

Bremen – Eine "Stadt der Kolonien"? Bremer Kolonialpläne während der NS-Zeit (1935–1945)

Andreas Scharfenort

Info

Andreas Scharfenort hat an der Universität Bremen Geschichte studiert. Nach dem Bachelor absolvierte er den Master Geschichte in der Öffentlichkeit. Dabei hat er unter anderem im Projekt „Aus den Akten auf die Bühne“ zum Thema „Bremerinnen und Bremer in Afrika“ gearbeitet. Aus diesem Seminar entstand auch die Idee für die vorliegende Masterarbeit. Auch sein Themenschwerpunkt im Master war Kolonialgeschichte und Bremer Geschichte in der NS-Zeit.

Haben Sie Fragen oder Anregungen an den Autoren? Sie erreichen ihn per Mail: anscha.scharfenort@gmail.com.

Dieser Artikel ist auf der Internetseite des Projekts <http://www.bonjour-geschichte.de> veröffentlicht.



Zusammenfassung

Eine kleine Gruppe von Kolonialrevisionist*innen übte während der NS-Zeit großen Einfluss auf die Bremer Stadtregierung aus. Parteimitglieder der NSDAP, Wissenschaftler*innen und Teile der Bremer Kaufmannschaft versuchten Bremen zum Zentrum deutscher Kolonialpolitik zu machen. Sie wollten der Stadt u.a. den inoffiziellen Zusatz „Stadt der Kolonien“ verleihen. Die dazugehörigen Korrespondenzen sind in Akten des Bremer Staatsarchivs überliefert. In dieser Arbeit werden Personen, Institutionen und Verbände vorgestellt, die den kolonialen Gedanken in Bremen förderten. Die Intentionen dieser kolonialen Akteure und wie sie untereinander vernetzt waren und zusammenarbeiteten, wird anhand konkreter Fallbeispiele erläutert.

1. Einleitung [S.2](#); 1.1 Fragestellung [S.2](#); 1.2 Forschungsstand [S.4](#); 1.3 Quellen und Quellenkritik [S.7](#); 1.4 Vorgehensweise [S.7](#); 2. Die NS-Kolonialpolitik – Organisation, Ziele und Ideologie [S.9](#); 3. Bremer Kolonialpläne während der NS-Zeit (1935-1945) [S.18](#); 3.1 Die Planer*innen der Kolonialpolitik im nationalsozialistischen Bremen [S.18](#); 3.2 „Arbeitsstätte spezieller Zweckforschung“ – Institute als Ausdruck kolonialer Interessen [S.26](#); 3.3 „Stadt der Kolonial-Tagungen“ – Bremen als Versammlungsort für den Reichskolonialbund [S.31](#); 3.4 „Ausbildung des jungen Kolonialkaufmannes“ – Entwürfe einer Bremer Kolonialschule [S.34](#); 3.5 Der Bremer Beitrag zum „Reichskolonialgesetz“ [S.43](#); 3.6 „Bremens zukünftige Kolonialaufgaben“ – Denkschriften als Sprachrohr kolonialer Ansprüche [S.45](#); 4. Zusammenfassung [S.47](#); 5. Quellenverzeichnis [S.51](#); 5.1 Unveröffentlichte Quellen aus dem Staatsarchiv Bremen [S.51](#); 5.2 Zeitungen [S.51](#); 5.3 Weitere Quellen [S.51](#); 6. Literaturverzeichnis [S.52](#).

1. Einleitung

1.1 Fragestellung

Der inoffizielle Zusatz „Stadt der Kolonien“ ist bereits 80 Jahre alt und war für die Initiator*innen¹ in Bremen weit mehr als nur Propaganda. Der Begriff taucht unter anderem in einer Akte des Staatsarchivs Bremen auf, die den Titel „Bremens Ansprüche auf dem Gebiet der Kolonialpolitik“² trägt. Aus diesen Unterlagen geht hervor, dass während der NS-Zeit führende Politiker wie Carl Bollmeyer, Otto Bernhard und Heinrich Böhmcker aus Bremen das Zentrum der deutschen Kolonialpolitik machen wollten.

„Bremen hat eine koloniale Tradition, seine Geschichte, Bremen ist die Geburtsstätte des kolonialen Gedankens, Bremens Bevölkerung hat das Verständnis für die kolonialen Notwendigkeiten [...]. Alles das sind Beweise, daß Bremen den ersten Anspruch hat auf den Titel, die „Stadt der Kolonien“ genannt zu werden, daß sie aber auch nach Lage und Art wie keine andere Stadt geeignet ist.“³

Auch Kaufleute wie Ludwig Roselius zeigten sich interessiert an den Plänen und steuerten eigene Ideen bei, wie Bremen diesen Titel erlangen könnte. Es entstand ein Potpourri an Vorschlägen, angefangen bei der Gründung von Kolonialschulen für zukünftige Kaufleute bis hin zu jährlich stattfindenden Tagungen des Reichskolonialbundes (RKB) in Bremen. Begründet wurde dieser Anspruch mit den sogenannten Bremer „Kolonialpionieren“ wie beispielsweise Adolf Lüderitz, der die erste Kolonie „Deutsch-Südwest Afrika“ erwarb oder Johann Karl Vietor, dessen Bremer Firma als erste eine Niederlassung in Togo besaß.⁴

Aus ökonomischer Sicht hätte es keinen Grund für diese koloniale Begeisterung gegeben, da die Bedeutung der deutschen Kolonien in Afrika für Bremens Wirtschaft und Verkehr gering war. 1913 hatte der Export nach Afrika ca. 2,5 Prozent und der Import

1 Um die Gleichberechtigung in diesem Text zu verankern, findet der Genderstern Verwendung.

2 Ansprüche Bremens auf dem Gebiet der Kolonialpolitik, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

3 Bürgermeister Heinrich Böhmcker während einer Besprechung im Rathaus, 24.6.1938, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

4 Schreiben von Bürgermeister Heinrich Böhmcker an den Reichskolonialbund, 1939, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

ca. 0,35 Prozent am Gesamtvolumen des Bremer Handels ausgemacht.⁵ Das Interesse wuchs erst, nachdem der Erste Weltkrieg endete und Deutschland sämtliche Ansprüche an überseeischem Besitz verlor. Die Kolonien wurden dem Völkerbund zugesprochen, einer zwischenstaatlichen, am 10. Januar 1920 von den Siegermächten des ersten Weltkriegs begründeten Organisation zur Wahrung des Friedens.⁶ Dieser Verlust löste eine Phase des Protestes aus, in der die ehemaligen deutschen Kolonien stärker denn je zurückgefordert wurden, in der ausschweifende Kolonialfantasien die Erinnerung an eine glorreiche deutsche Kolonialvergangenheit aufrechterhalten und an die nächste Generation vermitteln sollten. Es kam zu Gründungen von Vereinen wie der Deutschen Kolonialgesellschaft⁷ und koloniale Politik wurde Bestandteil der Weimarer Regierungen, die ihre Außenpolitik auf koloniale Revisionsforderungen ausrichteten.⁸ Kolonialveteran*innen verfassten Bücher, die versuchten, den Vorwurf einer gewalttätigen Herrschaft zu widerlegen. Ihr Motto lautete: Kulturelle Verdienste der deutschen Kolonialherrschaft herausarbeiten und für eine Rückgabe werben.⁹ Diese Botschaft verbreiteten die Kolonialrevisionist*innen auch während der NS-Zeit.

Die Bremer Pläne sind ein Beispiel dafür, wie koloniale Politik regional gestaltet und welche wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Ansätze zur Verfolgung kolonialer Ziele verwendet wurden. Nachdem die NSDAP 1937 damit begann, die Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien intensiver zu fordern, stiegen auch die Kaufmannschaft und die Handelskammer von Bremen in die Propaganda ein.¹⁰ Die Akten offenbaren, wer versuchte Einfluss auf Politiker*innen auszuüben, aber auch wie das Zusammenspiel zwischen den über- und untergeordneten Instanzen funktionierte. Zu diesem Zeitpunkt waren mit der Einweihung des „Reichskolonialehrendenkmal“ (1932) und der Umbenennung des „Städtischen Museums für Natur-, Völker- und Handelskunde“ in „Deutsches Kolonial- und Überseemuseum“ (1935) bereits erste Schritte unternommen worden. Der Kontakt zum Reichskolonialbund, dem Zentrum der Kolonialrevisionist*innen in der NS-Zeit, wurde verstärkt gesucht. Dem RKB wurden Angebote gemacht, um diesen dazu zu bewegen, Tagungen dauerhaft in Bremen stattfinden zu lassen. Doch nicht nur das: Die ganze Stadt sollte wieder von den Kolonien profitieren können.

In dieser Arbeit wird der Frage nachgegangen, wie während der NS-Zeit nationale Kolonialpolitik regional umgesetzt wurde. Anhand des Beispiels Bremen wird gezeigt, in welchem Kontext regional entwickelte Ideen zur Kolonialpolitik der Nationalsozialisten standen. Dabei stehen insbesondere die Verbindungen zu NS-Organisationen wie dem Reichskolonialbund, dem Kolonialpolitischem Amt der NSDAP und der Deutschen Arbeitsfront im Vordergrund. Welche Pläne sollten gemeinsam mit diesen Organisatio-

- 5 Müller, Hartmut: Lüderitz und der koloniale Mythos. Kolonialbewegungen in Bremen, in: Hinz, Manfred O. (Hrsg.): Namibia. Die Aktualität des kolonialen Verhältnisses (Diskurs. Bremer Beiträge zu Wissenschaft und Gesellschaft, Bd. 6.), Bremen 1982, S. 126.
- 6 Artikel 119 des Versailler Vertrags, in: Versailler Vertrag, Deutsches Reichsgesetzblatt Teil I, 12. August 1919, Nr. 140, „Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten“, S. 895.
- 7 Repussard, Catherine: „Back to the Wild“. Ambivalence of Colonial Education during the Weimar Period in „Deutsche Jugend und Deutsche Kolonien“, in: Krobbs, Florian; Martin, Elaine (Hrsg.): Weimar Colonialism. Discourses and Legacies of Post-Imperialism in Germany after 1918 (Postkoloniale Studien in der Germanistik, Band 6), Bielefeld 2014, S. 90.
- 8 Heyn, Susanne: Deutsche Missionen. Der Kolonialrevisionismus und seine KritikerInnen in der Weimarer Republik, in: Informationszentrum 3. Welt (iz3w), 2006, Heft 296, Deutsche Mission, S. 43.
- 9 Conrad, Sebastian: Deutsche Kolonialgeschichte, 2. durchgesehene Auflage, München 2012, S. 8.
- 10 Schleier, Carl Adolf Lüderitz, Ludwig Roselius und Bremen als Stadt der Kolonien, S. 233.

nen umgesetzt werden? Wo interferierten regionale und nationale Kolonialpolitik? Wer waren die Förderer*innen des kolonialen Gedankens in Bremen? Welche Motivation trieb sie an? Und welche Rückschlüsse lassen die Pläne auf die Bedeutung der Kolonien für Bremen zu?

1.2 Forschungsstand

In den Überblickswerken zur deutschen und zur europäischen Kolonialzeit werden die Kolonialpolitik der NSDAP und deren Auswirkungen knapp behandelt. Während Sebastian Conrad diesem Thema ein zweiseitiges Kapitel widmet, ist es bei anderen Autor*innen wie zum Beispiel Jürgen Osterhammel¹¹ nur ein kurzer Kapitelabschnitt. Er liefert in seiner Monografie Erläuterungen der verschiedenen Kolonialbegriffe und einen Überblick über die Entwicklung des Kolonialismus im beginnenden 20. Jahrhundert.

Historiker*innen bewerteten Kolonialrevisionismus in ihren Untersuchungen hauptsächlich als Instrument der nationalsozialistischen Außenpolitik, mit dem insbesondere Frankreich und Großbritannien außenpolitische Eingeständnisse abgerungen werden sollten. In ihrer Monografie „Die Deutsche Afrika-Schau (1935 - 1940)“ kritisiert Susann Lewerenz diese internationalistische Auslegung, da sie die Produktivität des Kolonialrevisionismus hinsichtlich der Konstruktion eines deutschen Selbstverständnisses in der NS-Zeit vernachlässige.¹² Forschungsarbeiten zur Kolonialpolitik der Nationalsozialist*innen hat unter anderem der Historiker Karsten Linne verfasst. In seiner Dissertation,¹³ mehreren Aufsätzen und einer Monografie untersucht er unter anderem die sozial- und wirtschaftspolitische Planungen während der NS-Zeit für Afrika. Er zeigt, welche Maßnahmen auf nationaler Ebene von NS-Organisationen ergriffen wurden und führt knapp aus, wie diese Kolonialpolitik in den Städten gestaltet wurde. Zu nennen sind auch Klaus Hildebrandt, der 1969 in seiner Arbeit „Vom Reich zum Weltreich“ auf über 900 Seiten das Verhältnis der NSDAP zur Kolonialpolitik aufarbeitete, sowie der amerikanische Historiker Wolfe Schmockel, in dessen umfangreicher Monografie zum deutschen Kolonialismus zahlreiche Quellen aus der Zeit des Nationalsozialismus ausgewertet werden, die Informationen zu Mitgliederzahlen der Kolonialvereine, Behördenstrukturen und Plänen innerhalb der NS-Kolonialpolitik liefern. Obwohl Schmockels Forschungsarbeit fast ein halbes Jahrhundert alt ist, helfen die von ihm ausgewerteten Quellen die NS-Kolonialpolitik einzuordnen.¹⁴ Die Forschungsarbeit von Klaus Hildebrandt gilt bis heute als eines der Standardwerke des deutschen Kolonialrevisionismus. Er arbeitet die Entwicklung der Kolonialpolitik chronologisch auf, beginnend in den Zwanzigerjahren mit der Entstehung der NSDAP bis hin zur Beurteilung der Kolonialforderungen Hitlers durch die Westmächte. Dabei dokumentiert Hildebrandt die Annäherung zwischen Kolonialrevisionist*innen und Nationalsozialist*innen und differenziert zwischen innen- und außenpolitischen Ein-

11 Osterhammel, Jürgen: Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen, 4. Auflage, München 2003.

12 Lewerenz, Susann: Die Deutsche Afrika-Schau (1935 - 1940). Rassismus, Kolonialrevisionismus und postkoloniale Auseinandersetzungen im nationalsozialistischen Deutschland, Frankfurt a. M. (u.a.) 2006, S. 21.

13 Linne Karsten: „Weiße Arbeitsführer“ im „Kolonialen Ergänzungsraum“. Afrika als Ziel sozial- und wirtschaftspolitischer Planungen in der NS-Zeit, Münster 2002.

14 Schmockel, Wolfe W.: Der Traum vom Reich. Der deutsche Kolonialismus zwischen 1919 und 1945, aus dem englischen von Elisabeth Wilke, London 1964, S. 166-167.

flüssen auf die Gestaltung nationalsozialistischer Kolonialpolitik. Hildebrandt kritisiert Schmokel dafür, dass er zwar sorgfältig Quellenmaterial und Äußerungen nationalsozialistischer Politiker*innen gesammelt habe, aber darauf verzichtete, diese in den Kontext der Geschichte des NS-Regimes und speziell in den Verlauf der nationalsozialistischen Außenpolitik einzuordnen.¹⁵ Kritik an den älteren Untersuchungen zur nationalsozialistischen Kolonialpolitik äußert Karsten Linne in einem Interview zu seinem Buch „Deutschland jenseits des Äquators“.¹⁶ Diese hätten durch eine andere Schwerpunktsetzung zentrale sozial- und wirtschaftspolitische Planungen vernachlässigt.¹⁷

Einen erweiternden Blick bieten Forschungsarbeiten, die sich mit den Auswirkungen der nationalsozialistischen Kolonialpolitik in Afrika befassen. Der aus Togo stammende Diplomarchivar und Germanist Jonas Bakoubayi Billy hat sich in seiner Dissertation mit den nationalsozialistischen Plänen für ein mittelafrikanisches Kolonialreich befasst und damit, wie Togo darin integriert werden sollte.¹⁸ Durch die detaillierte Recherche bietet Billys Arbeit eine Erweiterung des Forschungsstandes und eine Abwechslung zur ansonsten eurozentrischen Sichtweise der Kolonialgeschichte. Gleiches gilt auch für die Arbeit des kamerunischen Historikers Prinz Kum'a Ndumbe III.¹⁹ Darin schildert er die Pläne nationalsozialistischer Kolonialpolitik aus afrikanischer Sicht, führt auf, wie der Kontinent neugestaltet werden sollte und welche deutschen Behörden darin involviert waren. Des Weiteren greift er auf, wie die Zusammenarbeit vor Ort verlaufen sollte und mit wem die Nationalsozialist*innen kooperierten. Seine Arbeit bietet einen breiten Einblick in die koloniale Planungsbereitschaft während der NS-Zeit anhand zahlreicher afrikanischer Quellen.

Untersuchungen, die sich ausschließlich mit der Tätigkeit einzelner kolonialer Behörden oder Institutionen wie zum Beispiel dem Reichskolonialbund befassen, sind rar. Arne Schöfert, der sich selbst als Amateurhistoriker der deutschen Kolonialgeschichte bezeichnet und seine Schwerpunkte in der deutschen Kolonialgrafik und -alltagskultur sieht, hat eine Monografie über den RKB verfasst.²⁰ Darin gibt er an, dass das Material des Reichskolonialbundes nur unzureichend erschlossen sei. Es gäbe zum Beispiel keine Unterlagen, aus denen ersichtlich würde, wie, warum und womit Propagandaaktionen geplant und vollzogen wurden. Die Monografie bezieht sich auf zwei große Ausstellungen des Reichskolonialbundes in Wien und Leipzig als Quellenbasis. Schöfert vernachlässigt es, diese kritisch zu untersuchen und belässt es bei einer Beschreibung von Exponaten und des Ausstellungsaufbaus.²¹ Doch sein konkreter Blick auf die zwei Städte führt zu der Frage, wie die nationale Kolonialpolitik in Gemeinden und Städten umgesetzt wurde. Der Historiker Heiko Wegmann sieht in Untersuchungen auf lokaler

15 Hildebrandt, Klaus: Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und die koloniale Frage 1919 - 1945, München 1969, S. 20.

16 Linne, Karsten: Deutschland jenseits des Äquators? Die NS-Kolonialplanungen für Afrika, in: Schlaglichter der Kolonialgeschichte, Band 9, Berlin 2008.

17 Wegmann, Heiko: Der Buchautor Karsten Linne im Interview. Die NS-Kolonialplanungen für Afrika, 6.8.2008, online in: <http://www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/2008-Karsten-Linne-Kolonial-NS.htm>, 6.12.2008, gesehen am: 23.8.2018.

18 Bakoubayi Billy, Jonas: Musterkolonie des Rassenstaats. Togo in der kolonialpolitischen Propaganda und Planung Deutschlands 1919-1943, Dettelbach 2011.

19 Kum'a Ndumbe, Alexandre; Lakowski, Richard: Was wollte Hitler in Afrika? NS-Planungen für eine faschistische Neugestaltung Afrikas (Kritische und selbstkritische Forschungsberichte zur dritten Welt, 7), Frankfurt 1993.

20 Schöfert, Arne: Der Reichskolonialbund und seine kolonialrevisionistische Propagandatätigkeit zwischen 1933 - 1943, 1. Aufl., Greiz, König, 2012, S. 244.

21 Ebd., S. 7.

Ebene die Möglichkeit, Aufschlüsse darüber geben zu können, wie das Kolonialthema unterhalb der sog. „großen Politik“ in der Gesellschaft verhandelt wurde. Dies eröffne eine neue Forschungsperspektive. Er zeigt anhand des Beispiels Freiburg, wie eng inhaltliche und personelle Verquickungen waren.²²

Wie steht es um die Forschung zum Kolonialismus in Bremen? Die bekannten Forschungsarbeiten befassen sich unter anderem mit den Biografien Bremer Kaufleute, die in Afrika tätig waren. Die Historikerin Wiebke Hoffmann setzt sich mit dem Leben Bremer Kaufmannsfamilien auseinander. In ihrer Monografie „Auswandern und Zurückkehren“²³ untersucht sie, welche Folgen Auslandsaufenthalte für die Familien hatten und wie sich ihre Beziehungen zu anderen Kulturen gestalteten. In einem weiteren Buch²⁴ analysiert Hoffmann das Wirken und Leben des Bremer Kaufmanns Johann Karl Vietor in Afrika. Für ihre Arbeit wertete sie Nachlässe sowie Korrespondenzen der Familien aus. Christian Berth kritisiert, dass Hoffmann zwar anspricht, dass der Schriftwechsel Lücken bezüglich der „Stimmen der ‚Kolonisierten‘“ enthalte, diese jedoch nicht durch anderes Quellenmaterial ergänzt würden.²⁵ Untersuchungen über die kolonialrevisionistische Bewegung und deren Auswirkungen auf Politik und Bevölkerung in Bremen veröffentlichten zum Beispiel Heinz Gustaffson oder Hartmut Müller. Gustaffson gibt in seiner umfassenden Monografie einen Überblick der Bremer Kolonialgeschichte.²⁶ Die Entwicklungen am Ende der Weimarer Republik und in der NS-Zeit werden in drei Kapiteln, unter anderem anhand des „Reichskolonialehrendenkmal“ und dem Lüderitz-Haus, geschildert. Dabei berücksichtigt Gustaffson auch die Bremer Pläne, die „Stadt der Kolonien“ werden zu wollen. Wie die Ideen dazu umgesetzt werden sollten, schildert er jedoch nicht. Hartmut Müller befasste sich bereits Anfang der Achtzigerjahre in einem Artikel mit der Bremer Kolonialbewegung, griff die Beziehung zwischen der Hansestadt und den afrikanischen Kolonien auf und fasste deren Bedeutung für die Bremer Wirtschaft zusammen.²⁷ Auf welche Weise der Kolonialrevisionismus in der NS-Zeit institutionalisiert wurde, zeigen Bettina Schleier und Karsten Linne in ihren Aufsätzen. Schleier schreibt über die Zeit nach der Ausstellung „Bremen – Schlüssel zur Welt“, die 1938 stattfand. Diese führte zu einer verstärkten kolonialen Aktivität in der Stadt und zur Gründung eines Forschungsinstitutes für Kolonialfragen sowie eines Museums über Lüderitz. Schleier zeigt, wer an der Gründung beteiligt war und welchen Einfluss der Kaufmann Ludwig Roselius auf diese Projekte hatte.²⁸ Karsten Linne untersucht in einem Aufsatz die Bestrebungen der nationalsozialistischen Kolonialwissenschaften und vergleicht die Institutionalisierung kolonialer Wissenschaft verschiedener Städte, unter anderem Bremens und Hamburgs.²⁹

22 Wegmann, Heiko: Kokospalme mit Haken Kreuz. Die Kolonialbewegung in Freiburg während des Nationalsozialismus, in: Informationszentrum 3. Welt (iz3w), Juli/August 2009, Heft 313, S. 12.

23 Hoffmann, Wiebke: Auswandern und Zurückkehren. Kaufmannsfamilien zwischen Bremen und Übersee. Eine Mikrostudie 1860 - 1930 (Internationale Hochschulschriften, Bd. 523), Münster 2009.

24 Hoffmann, Wiebke: Ein alter Afrikaner. Der Kaufmann Johann Karl Vietor zwischen Bremen und Afrika (Volkskunde & Historische Anthropologie, Bd. 14), Bremen 2012.

25 Berth, Christian, Rez.: Hoffmann, Wiebke: Auswandern und Zurückkehren. Kaufmannsfamilien zwischen Bremen und Übersee. Eine Mikrostudie 1860 - 1930 (Internationale Hochschulschriften, Bd. 523), Münster 2009, in: Connections. A Journal for Historians and Area Specialists, 28.1.2011, online in: www.connections.dio-online.net/publicationreview/id/rezbuecher-14645, 28.1.2011, gesehen am: 23.8.2018.

26 Gustaffson, Heinz: Namibia, Bremen und Deutschland. Ein steiniger Weg zur Freundschaft, Delmenhorst 2003.

27 Müller, Lüderitz und der koloniale Mythos, Bremen 1982, S. 125-149.

28 Schleier, Bettina: Carl Adolf Lüderitz, Ludwig Roselius und Bremen als Stadt der Kolonien, in: Bremisches Jahrbuch 84, Bremen 2005.

29 Linne, Karsten: „Arbeit für unsere koloniale Zukunft“. Die nationalsozialistischen Kolonialwissenschaften, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften (ÖZG) 17 (2006), Heft 1, Innsbruck 2006, S. 91-113.

1.3 Quellen und Quellenkritik

In der bisherigen Forschung zum Kolonialrevisionismus in Bremen wurden die Pläne, die im Rahmen der NS-Kolonialpolitik entstanden, nicht im Detail untersucht. Das wird in dieser Arbeit geschehen. Das heißt konkret, dass die Entwicklung der wesentlichen Projekte so weit wie möglich nachvollziehbar gemacht werden soll. Um die Informationen zu den kolonialen Tätigkeiten in Bremen gewinnen zu können, ist eine genaue Analyse der Quellen notwendig. Dazu zählen dreizehn Akten des Staatsarchivs – vornehmlich aus der Senatsregistratur – von unterschiedlich großem Umfang. Eine Reihe von Zeitungsartikeln, die darüber Auskunft geben wie die Pläne an die Bevölkerung herangetragen wurden, werden ebenfalls herangezogen. Zur Auswertung der Dokumente ist es wichtig den Überblick über die verschiedenen Zeiträume zu behalten. Daher werden die Daten der einzelnen Schriftstücke erfasst, um sie später in einen zeitlichen Kontext einordnen zu können.

Ein weiterer wichtiger Faktor sind die Adressat*innen und Absender*innen der Korrespondenzen. Aufgrund weitreichender behördlicher Strukturen sind an den Schriftwechseln in den Quellen oftmals viele verschiedene Verfasser*innen beteiligt. Die dazugehörigen Hintergrunddaten werden ermittelt, um einerseits den Umfang der Einbindung in das koloniale Thema überblicken und andererseits die Motivation einzelner Verfasser*innen nachvollziehen zu können. Hierfür werden auch Informationen aus Bremer Biografien hinzugezogen. Diese müssen hinsichtlich der Fragestellung jedoch kritisch betrachtet werden, da die Autor*innen der jeweiligen Einträge den betroffenen Personen oftmals nahestanden und die Texte zumeist unkritisch und oberflächlich geschrieben sind. Um weitere personenbezogenen Informationen über die Akteur*innen und ihre Arbeit innerhalb der Partei gewinnen zu können, sind die Entnazifizierungsakten eine wichtige Quelle.

Den Ausgangspunkt der Arbeit bildet die Akte „Ansprüche Bremens auf dem Gebiet der Kolonialpolitik“. Dazu kommen unter anderem die Akte „Dienststelle für koloniale Fragen in Bremen“³⁰, die Akte „Koloniale Schulungsstätte“³¹ sowie die Akte „Staatliche Forschungsstelle für koloniale Wirtschaft in Bremen“³², die weiterführende Informationen zur geplanten Ausbildung von Kaufmännern für Afrika liefern können.

1.4 Vorgehensweise

Zunächst steht die Verbindung zwischen den in Bremen entstandenen Ideen für eine Kolonialstadt und der Entwicklung des Kolonialrevisionismus zwischen 1933 und 1945 im Vordergrund. Das zweite Kapitel enthält einen Abriss über die Kolonialpolitik der NS-Zeit, der die Leser*innen über die Hintergründe der zentralen Forschungsfragen dieser Arbeit informiert. Es beinhaltet zwei Schwerpunkte: Einerseits wird erläutert, zu welchem Zweck die NSDAP Kolonialpolitik betrieb und andererseits werden die kolonialpolitischen Ideen im Kontext nationalsozialistischer Ideologie betrachtet. Dabei werden auch das Konzept der „Volksgemeinschaft“ und das der „Rassenlehre“ zentrale

30 Dienststelle für koloniale Fragen in Bremen, in: StAB 3-R.1.g. Nr. 88.

31 Koloniale Schulungsstätte, in: StAB 3-R.1.g. Nr.108.

32 Staatliche Forschungsstelle für koloniale Wirtschaft in Bremen, in: StAB A.1.d. Nr. 8.

Rollen spielen. Die Einordnung ist notwendig, um beantworten zu können wie sich Bremen in der Kolonialpolitik positionieren wollte, welche weiteren NS-Organisationen erforderlich zur Umsetzung der Ideen waren und ob andere Städte ähnliche Pläne und Ziele verfolgten. Letztere Frage kann in dieser Arbeit jedoch nur in knappem Umfang beantwortet werden, da das vorhandene Material den Schwerpunkt Bremen vorgibt.

Kapitel 3.1 widmet sich den Hauptakteuren, also den Personen, die in den Korrespondenzen der Akten einen wesentlichen Anteil haben. Zum Personenkreis gehörten Politiker*innen der NSDAP wie auch Wissenschaftler und bekannte Persönlichkeiten der Bremer Kaufmannschaft. Ihre geäußerten Forderungen geben Aufschluss darüber, welche Wirkung die koloniale Vergangenheit Bremens auf die Pläne hatte. Die Koordinierung kolonialer Projekte und die Bearbeitung von Fragen zu den Möglichkeiten der Erschließung von Kolonien wurden in Bremen einer behördlichen Struktur unterstellt. Der Senator für Wirtschaft beheimatete die sogenannte „Dienststelle für koloniale Fragen“ und mit der „Forschungsstelle für koloniale Wirtschaft“ entstand ein weiteres Institut.

Diesen beiden Institutionen werden in Kapitel 3.2 behandelt, dass ihre Entstehung und Entwicklung aufgreift. Wie haben sie gearbeitet? Wer war dort beschäftigt? Und welche Ziele verfolgten sie? Für die Aufarbeitung der kolonialen Pläne Bremens sind sie von großer Bedeutung, da sie als Schnittstellen zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft agierten und koloniale Tätigkeit koordinieren sollten.

In Kapitel 3.3 werden die Ideen im Mittelpunkt stehen, die die Initiator*innen der Kolonialpläne in Bremen bei Wiedererlangen der Kolonien für den Reichskolonialbund umsetzen wollten. Ausgangspunkt ist ein Schreiben Böhmckers, in dem er die Vorteile Bremens als Kolonialstadt aufzählt und die Umsetzung verschiedener Projekte verspricht, angefangen beim Bau einer Veranstaltungshalle bis hin zur Einrichtung einer Schulungsstätte. Zu den einzelnen Projekten wurden weitere Akten ausgewertet, wodurch deren Entwicklung und Planung besser nachzuvollziehen sind.

Unter Kapitel 3.4 wird das in den Quellen viel besprochenen Thema „koloniale Schulungen“ behandelt. Dabei wurden in Bremen im Verlauf der NS-Zeit mehrere Ansätze verfolgt, die sowohl kaufmännische als auch wissenschaftliche Standpunkte berücksichtigten. Alle in den Akten vorhandenen Vorschläge werden vorgestellt und aufgezeigt, inwieweit diese auch von offizieller Seite verfolgt wurden und welche Parteiorganisationen involviert waren.

Um die Verbindung zwischen nationaler und regionaler Ebene aufzeigen zu können wurden Dokumente untersucht, die von Treffen berichten, bei denen die Teilnehmer*innen Vorschläge für ein „Reichskolonialgesetz“ diskutierten. Das Kapitel 3.5 dokumentiert wie beim Aufeinandertreffen dieser zwei Ebenen die Politiker*innen aus Bremen ihre Anliegen, mit denen sie Vorteile für die Wirtschaft der Hansestadt verknüpfen konnten, für das neue Gesetz miteinbrachten. Zwei Dinge werden dabei deutlich: Erstens wie sie dem Anspruch auf Kolonien Rechtmäßigkeit verliehen und zweitens wie sie die Pläne bürokratisierten.

Kapitel 3.6 thematisiert die Ansprüche, die Bremen nach einem Sieg im Zweiten Weltkrieg stellen wollte. Die Formulierung der Forderungen zeigt, wie sich die Kolonialzeit Bremens auch in der Wortwahl niederschlug und wie diese Dokumente intern behandelt wurden. Der Sprachgebrauch in der Korrespondenz ist ein wichtiger Anhaltspunkt, da die koloniale Vergangenheit oft als Beleg für die Eignung der Hansestadt herangezogen wurde, den Titel „Stadt der Kolonien“ tragen zu dürfen.

Das Netzwerk der verschiedenen kolonialen Organisationen, die an der umfangreichen Korrespondenz beteiligt waren, wird durch die Quellen sichtbar gemacht. Dadurch kann die Struktur der NS-Kolonialpolitik, in die sich Bremen integrierte, leichter verdeutlicht werden. Auch die sozialen Milieus der Korrespondent*innen und ihre gesellschaftliche sowie politische Stellung in Bremen sollen so gut wie möglich offenbart werden.

2. Die NS-Kolonialpolitik – Organisation, Ziele und Ideologie

Wie gestaltete die NSDAP ihre Kolonialpolitik? Zunächst nutzte sie die zeitgenössische Auffassung der Kolonialrevisionist*innen: Die Aberkennung der Kolonien sei nicht rechtmäßig und gründe auf einer Lüge des Versailler Vertrages.³³ Heinrich Schnee,³⁴ ehemaliger Gouverneur der Kolonie Deutsch-Ostafrika, prägte 1924 den Begriff der sogenannten „kolonialen Schuldlüge“ in seinem gleichnamigen Buch.³⁵ Der Ausdruck „Schuldlüge“ bezog sich auf die Aussage der Alliierten, Deutschland habe sich als Kolonialmacht als unfähig erwiesen.³⁶ Durch die Empörung über diese Darstellung gewann die Bewegung weiter an Zulauf. Die Kolonialrevisionist*innen gründeten Organisationen, in denen sie gemeinsam ihre Interessen vertraten und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machten. In Bremen gehörten dazu unter anderem die Bremer Vereinigung für Deutsche Kolonialinteressen (1917) und der Reichsbund der Kolonialdeutschen (1918).³⁷ Durch Vorträge, koloniale Filme, Flugblätter und Zeitungsartikel sollte Unterstützung mobilisiert werden.³⁸ Zwar hatte die breite Bevölkerung kein großes Interesse an der kolonialen Frage, den Kolonialrevisionist*innen sei es aber gelungen, dass ihre Agenda unter Politiker*innen gut vertreten war.³⁹ Sie waren eine kleine, dennoch einflussreiche, aktive und gut organisierte Gruppe.

Wenig überraschend deckten sich ihre Vorstellungen bezüglich der sogenannten „Raumfrage“ mit der NS-Politik, da die Forderung nach einem größeren Herrschaftsgebiet auch von den Ideolog*innen des deutschen Nationalsozialismus getragen wurde.⁴⁰

33 Linne, Karsten: Deutschland jenseits des Äquators? Die NS-Kolonialplanungen für Afrika, 1. Auflage, Berlin 2008, S. 19.

34 Schnee, Heinrich (* 4.2.1871; † 23.6.1949): Schnee war bis 1932 Mitglied in der Deutschen Volkspartei (DVP), zwischen 1933 und 1945 Mitglied in der NSDAP und u.a. auch Regierungsassessor in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes (1897) sowie stellvertretender Gouverneur von Dt.-Neuguinea (1900-1903) und Samoa (1904), vgl. dazu: Erbar, Ralph: s.v. Schnee, Albert Hermann Heinrich, in: Neue Deutsche Biografie (NDB), Bd. 23, Berlin 2007, S. 280 f.

35 Schnee, Heinrich: Afrika für Europa. Die koloniale Schuldlüge (Koloniale Volksschriften, Bd. 2), Berlin 1924.

36 van Laak, Dirk: Deutschland in Afrika. Der Kolonialismus und seine Nachwirkungen, online in: <http://www.bpb.de/internationales/afrika/afrika/58870/deutschland-in-afrika?p=all>, 21.5.2005, gesehen am: 23.8.2018.

37 Zimmerer, Jürgen: Expansion und Herrschaft. Geschichte des europäischen und deutschen Kolonialismus, in: *ApuZ* 44-45 (2012), S. 16.

38 Heyn, Deutsche Missionen, S. 42-45.

39 Schmoekel, Der Traum vom Reich, S. 23 ff.

40 Mosen, Markus: Der koloniale Traum. Angewandte Ethnologie im Nationalsozialismus, Bonn 1991, S. 30.

Die Aussage Hitlers im Sunday Express 1933, Deutschland bräuchte Kolonien so nötig wie irgendeine andere Macht, habe die kolonialen Aktivist*innen geblendet, da der NSDAP Kolonialpolitik und -propaganda vorrangig dem Zweck der außenpolitischen Einflussnahme diene. (Siehe Fußnote 41)⁴¹ In der ersten Hälfte der Dreißigerjahre instrumentalisierte Hitler die Forderung nach Kolonien, um gegenüber Großbritannien das Einverständnis für seine Kontinentalpolitik erwirken zu können.⁴² Hitler forderte zum Beispiel 1936 die Rückgabe der Kolonien, bot aber gleichzeitig an, dass Deutschland im Tausch gegen Raum in Osteuropa darauf verzichten würde.⁴³

Als der Sieg über Frankreich 1940 einen erfolgreichen Ausgang des Zweiten Weltkrieges für Deutschland möglich erschienen ließ, endete die Zurückhaltung.⁴⁴ Unter den Kolonialrevisionist*innen sei eine regelrechte Planungswut entbrannt und die Pläne nahmen größtenwahnsinnige Züge an.⁴⁵

Bereits zuvor hatten sich die Verantwortlichen hinter den Kolonialplänen in Verbänden organisiert, sodass die NSDAP bei ihrer Machtübernahme auf ein bestehendes Netzwerk an kolonialen Organisationen zurückgreifen konnte. 1930 zählten die wesentlichen Kolonialverbände, darunter die Deutsche Kolonialgesellschaft (DKG), der Deutsche Kolonialverein (DKV), der Bund für koloniale Erneuerung sowie die Deutsche Kolonial-Liga, mehr als 70 000 Mitglieder.⁴⁶ Alleine die DKG hatte 1933 rund 250 Ortsgruppen mit 25 000 Mitgliedern und verfügte über ein Vermögen von knapp einer halben Million Reichsmark.⁴⁷ Alle Vereine waren bis 1933 in der 1922 gegründeten Dachorganisation Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft, kurz KORAG, zusammengefasst. Der Reichskolonialbund entstand 1933, ersetzte die KORAG und wurde 1936 unter gleichem Namen neugegründet und gleichgeschaltet.⁴⁸

In seiner Satzung schrieb der Bund als Ziel fest, den kolonialen Gedanken in der Bevölkerung auf Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung zu erneuern. Die Verantwortlichen des Reichskolonialbundes betrachteten die Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien als Frage der „deutschen Ehre“ und des Rechts.⁴⁹ Dafür ergriff der RKB Maßnahmen um Arbeitskräfte, die in den Kolonien arbeiten sollten, anzuwerben und in Lehrgängen vorzubereiten.⁵⁰ Unabhängig agieren konnte der Reichskolonialbund jedoch nicht. Trotz Institutionalisierung des kolonialen Gedankens innerhalb der NSDAP, sei eine kolonialfeindliche Haltung gegenüber der alten Kolonialbewegung von Seiten einflussreicher Personen der Partei nicht zu übersehen gewesen.⁵¹

41 Linne, *Deutschland jenseits des Äquators?*, S. 26.

42 Lewerenz, *Die Deutsche Afrika-Schau (1935 - 1940)*, S. 21-22.

43 Rheinisches JournalistInnenbüro: „Auch hier liegt deutsches Land!“ Ein deutsches Reich in Afrika, in: *Recherche International e. V. (Hrsg.): „Unsere Opfer zählen nicht.“ Die dritte Welt im Zweiten Weltkrieg*, 4., unveränderte Aufl., Berlin (u.a.) 2012, S. 35-40.

44 Kum'a N'dumbe, Alexandre; Lakowski, Richard: *Was wollte Hitler in Afrika? NS-Planungen für eine faschistische Neugestaltung Afrikas (Kritische und selbstkritische Forschungsberichte zur dritten Welt, Bd. 7)*, Frankfurt 1993, S. 50.

45 Linne, *Deutschland jenseits des Äquators?*, S. 81.

46 Kum'a N'dumbe, Lakowski, *Was wollte Hitler in Afrika?*, S. 35.

47 Hildebrandt, *Vom Reich zum Weltreich*, S. 344.

48 Kum'a N'dumbe, Lakowski, *Was wollte Hitler in Afrika?*, S. 37-38.

49 Schöfert, *Der Reichskolonialbund und seine kolonialrevisionistische Propagandatätigkeit zwischen 1933 - 1943*, S. 139-142.

50 Linne, *Deutschland jenseits des Äquators?*, S. 46-48.

51 Hildebrandt, *Vom Reich zum Weltreich*, S. 346.

Bereits kurz nach der Gründung des Bundes kam es zu einer ersten Auseinandersetzung über dessen politische Führung. Die Differenzen ergaben sich zwischen Joachim von Ribbentrop und dem Leiter des Reichskolonialbundes Franz Xaver von Epp⁵². Hitler beauftragte 1936 von Ribbentrop, der zu dieser Zeit deutscher Botschafter in Großbritannien war, die Reorganisation der kolonialen Verbände vorzunehmen, um einen „[...] einheitlichen großen kolonialen Volksbund zu schaffen, der von der Volksgemeinschaft, im Besonderen aber von der NSDAP getragen wird.“⁵³ Für von Ribbentrop sei es unhaltbar gewesen, dass der Reichskolonialbund sich ohne seine Mitwirkung oder Aufsicht betätigen konnte, während er für die Kolonialpolitik im Allgemeinen und für die Politik des Reichs gegenüber England verantwortlich war.⁵⁴ Die Mitgliederzahl des RKB wurde auf eine Million begrenzt, sodass die Organisation gut überblick- und steuerbar wurde.⁵⁵ Dies konnte jedoch nicht verhindern, dass die Zahl bis 1943 die Marke von zwei Millionen überschritt.⁵⁶ Die Überwachung des Reichskolonialbundes übernahm das 1934 gegründete kolonialpolitische Amt ebenfalls unter der Leitung von Epp.⁵⁷ Das Kolonialpolitische Amt⁵⁸ war innerhalb des kolonialen Netzwerkes für die Behandlung aller kolonialpolitischen und kolonialwissenschaftlichen Fragen und die Herausgabe der Richtlinien und Weisungen der kolonialen Presse verantwortlich. Es monopolisierte Informationen für Zeitungen und Zeitschriften in kolonialen Fragen.⁵⁹ Ab 1940 betrieb das Amt Zweigstellen in Brüssel und Paris, nutzte die dort vorhandenen Unterlagen für die kolonialen Expansionspläne und arbeitete unter anderem mit dem französischen Ethnologen Henri Labouret⁶⁰ zusammen.⁶¹

Zu den wichtigsten Akteur*innen der Kolonialpolitik gehörte Kurt Weigelt, ein Vertreter wirtschaftlicher Interessen unter den Kolonialplaner*innen⁶². Weigelt galt als

52 Epp, Franz Xaver von (* 16.10.1868; † 31.1.1947): Franz Xaver Ritter von Epp leitete vor 1934 das Wehrpolitische Amt. Ab 1934 war er Reichsleiter des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP. 1936 wurde Epp Bundesführer des Reichskolonialamtes. Bis 1940 leitete Epp eine Dienststelle in Berlin, die sich mit kolonialen Fragen sowie mit Plänen der Übernahmen und Verwaltung künftiger deutscher Kolonien befasste. Epp verfolgte das Ziel, das Kolonialpolitische Amt in ein Kolonialministerium umzuwandeln. 1940 begann er mit dem Umbau und der Organisation des Reichskolonialministeriums, vgl. dazu: Bakoubayi Billy, *Musterkolonie des Rassenstaats*, S. 103, S. 106-107; Hildebrandt, *Vom Reich zum Weltreich*, S. 346.

53 Ebd., S. 377.

54 Ebd., S. 381.

55 Ebd., S. 384-385.

56 Ebd., S. 741.

57 Schmockel, *Der Traum vom Reich*, S. 33.

58 Das kolonialpolitische Amt war unterteilt in eine Zentrale (München) und einer Verbindungsstelle (Berlin). Die Zentrale bestand aus der Abteilung eins (Kolonialpolitik und Hauptplektorat), der Abteilung zwei (Verwaltung und Organisation) und der Abteilung drei (Presse und Schrifttum). Die Berliner Verbindungsstelle, ebenfalls unterteilt in Abteilung eins (Planung und Vorbereitung), zwei (Schulung) und drei (Wirtschaft), leitete SS-Oberführer Bauszus, vgl. dazu: Hildebrandt, *Vom Reich zum Weltreich*, S. 346.

59 Linne, *Deutschland jenseits des Äquators?*, S. 30-31.

60 Labouret, Henri (* 27.5.1878; † 4.6.1959) Labouret war Ethnologe und leitete ab 1927 das Internationale Afrikanische Institut. Daneben betätigte er sich als Professor für sudanesischen Sprachen an der Nationalen Schule Orientalischer Sprachen (1926-1945) und als Professor für afrikanische Zivilisation an der Kolonialschule in Paris (1926-1945), vgl. dazu: Deschamps, Hubert: Henri Labouret. Nachruf, in: *Journal de la Société des Africanistes*, Band 29 (1959), Heft 2, S. 291-292.

61 Bakoubayi Billy, *Musterkolonie des Rassenstaats*, S. 226.

62 Weigelt, Kurt (* 4.6.1884; † 5.8.1968): Kurt Weigelt studierte Jura und Volkswirtschaft. 1912 absolvierte er sein Examen und trat im Jahr darauf in die Deutsche Bank ein. Während des Ersten Weltkrieges leitete er den Kriegsausschuss für Öle und Fette. Von 1918 bis 1922 war er als Direktor der Deutschen Petroleum AG tätig. 1923 avancierte er zum stellvertretenden, später zum Direktor der Deutschen Bank. Seitdem habe Weigelt als deren „Außenminister“ gegolten. 1934 wurde er förderndes Mitglied der SS und trat 1937 in die NSDAP ein, vgl. dazu: Linne, Karsten: Afrika als „wirtschaftlicher Ergänzungsraum“. Kurt Weigelt und die kolonialwirtschaftlichen Planungen im „Dritten Reich“ (*Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 47, Heft 2), Berlin 2006, S. 144-146; Hildebrandt, *Vom Reich zum Weltreich*, S. 189-195.

führender Kopf hinter den Plänen für eine neue Kolonialwirtschaft.⁶³ In den Dreißigerjahren gehörte er den Aufsichtsräten von über 80 Unternehmen⁶⁴ an und war als Direktor der Deutschen Bank maßgeblich am Kolonialgeschäft interessiert. Auch Epp schätzte Weigelts Kompetenzen, ernannte ihn zum Wirtschaftsreferenten des Kolonialpolitischen Amtes und sah ihn für die Position des Leiters der Wirtschaftsabteilung im geplanten Kolonialministerium vor.⁶⁵ Eine weitere Funktion die Weigelt ausübte war die des Leiters der Deko-Gruppe. 1936 gegründet, galt die Deko-Gruppe als die Standesvertretung der privatwirtschaftlichen Kolonialfirmen in der Reichswirtschaftskammer.⁶⁶

Unter Weigelts Leitung habe sich die Deko-Gruppe zum organisatorischen Zentrum der kolonialwirtschaftlichen Planungen entwickelt. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben bestand darin, bei den zuständigen Ministerien und Behörden praktische Vorarbeit für den Fall der Rückgewinnung von Kolonien zu leisten.⁶⁷ Dies bedeutete zunächst nichts anderes als die Gründung von Arbeitsgruppen und die Entwicklung von Plänen. Epp bat Weigelt 1940 zum Beispiel darum, einen Wirtschaftsbericht über afrikanische Gebiete vorzulegen. In seiner Studie nannte er jene Länder, die sich das Reich für eine direkte Kolonisation vorbehalten sollte. Weigelt habe insbesondere den Raum an der Goldküste als das „ideale Kernstück“ eines deutschen Afrikabesitzes angesehen.⁶⁸ Des Weiteren hatte die Deko-Gruppe den Auftrag erhalten, die Produktionsmöglichkeiten zu untersuchen. Dafür wurden drei Arbeitsausschüsse für die Bereiche Ostafrika, Südwestafrika und Westafrika gebildet. Die dabei entstandenen Programme sollten dem Reichswirtschaftsministerium zur Verfügung gestellt werden und der künftigen deutschen Kolonialverwaltung dienen.⁶⁹

Den zahlreichen Vorschlägen für eine neue Kolonialpolitik ist zu entnehmen, dass wirtschaftliche Argumente wie Rohstoffmangel und die Lebensmittelversorgung im Vordergrund standen. Für Kolonialrevisionist*innen konnten sich dadurch Kolonial- und Ostpolitik ergänzen, da Kolonien die Rohstoffgewinnung sicherten und Osteuropa den bäuerlichen Siedlungsraum bot.⁷⁰ Für den Leiter der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes, Ernst Bielfeld, hätten die Wirtschaftsplanungen für die deutschen Kolonien den Bedarf von 150 Millionen Menschen Rechnung tragen müssen. Als Ziel habe er die Einflussnahme Deutschlands auf einen möglichst großen Teil des in Afrika ver-

63 Linne, Afrika als „wirtschaftlicher Ergänzungsraum“, S. 144.

64 Weigelt war unter anderem Vizepräsident der Deutschen Lufthansa AG, Vorsitzender des Deutschen Aero Lloyd, Mitglied im Bankenbeirat des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, Delegierter bei der Deutsch-Ungarischen Schuldenverwaltung in Paris sowie Aufsichtsratsmitglied bei der Siemens-Plania Werk AG und der Kali-Chemie AG. Außerdem engagierte er sich in diversen Kolonialinstitutionen, war zum Beispiel stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, Beiratsmitglied des Hamburger Kolonialinstituts, Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Kolonialschule Witzenhausen, Verwaltungsratsmitglied der Überseeischen Gesellschaft, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des Afrika-Vereins sowie des Kolonialrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht, Mitglied des Kolonialrats des Reichskolonialbundes und Leiter der Abteilung „Wirtschaft“ der Berliner Verbindungsstelle des „KPA“, vgl. dazu: Linne, Afrika als „wirtschaftlicher Ergänzungsraum“, S. 144-146; Hildebrandt, Vom Reich zum Weltreich, S. 189-195, S. 346.

65 Hildebrandt, Vom Reich zum Weltreich, S. 190.

66 Stoecker, Holger: Afrika als „kolonialer“ Ergänzungsraum im „Dritten Reich“. Ressourcen, Visionen und Limitationen der NS-Kolonialwissenschaften, in: Flachowsky, Sören; Hachtmann, Rüdiger; Schmaltz, Florian (Hrsg.): Ressourcenmobilisierung. Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem, Göttingen 2016, S. 157; Linne, Karsten: „Weiße Arbeitsführer“ im „Kolonialen Ergänzungsraum“. Afrika als Ziel sozial- und wirtschaftspolitischer Planung in der NS-Zeit, Münster 2002, S. 195-196.

67 Hildebrandt, Vom Reich zum Weltreich, S. 201.

68 Kum'a N'dumbe, Lakowski, Was wollte Hitler in Afrika?, S. 53; Linne, Deutschland jenseits des Äquators?, S. 73.

69 Linne, Deutschland jenseits des Äquators?, S. 114.

70 Schmoekel, Der Traum vom Reich, S. 60-61.

fügbaren Kolonialraumes ausgegeben, um sämtliche wirtschaftliche Möglichkeiten des Kontinents zum Nutzen von Europa und des Eigenbedarfs Deutschlands zu sichern.⁷¹ Fette gehörten zu den Naturprodukten, die in Europa seit 1937 Mangelware waren. Um den sogenannten „Fetthunger“ stillen zu können, schien den Planer*innen der Import von Ölen aus eigenen Kolonien eine geeignete Lösung zu sein. Dafür sei der Bau von Plantagen für Ölpalme, Kokospalme und Erdnuss forciert worden.⁷² Aber auch andere Naturprodukte wie Baumwolle, Kakao, Kaffee, Tee und Tabak sollten aus eigenen Kolonien bezogen werden. Dazu kamen durch Bergbau geförderte Rohstoffe wie Diamanten, Gold, Kobalt, Kupfer, Zink, Uran und Phosphate.⁷³

Um die Popularität dieser Ideen auch außerhalb kolonialer Kreise zu erhöhen, war eine breite Propagandatätigkeit notwendig. In den Schulen hatte koloniale Aufklärungsarbeit im gewohnten Rahmen stattgefunden, wie es bereits im Kaiserreich und der Weimarer Republik üblich war.⁷⁴ Einem breiten Publikum wurde die koloniale Idee in der sogenannten „Deutschen Afrika-Schau“ zugänglich gemacht. Diese hatte in den „Völkerschauen“ ihren Vorläufer und zeigte zwischen 1936 und 1940 Afrikaner*innen auf Jahrmärkten oder in Zoologischen Gärten. In nachgebauten Dörfern, die vermeintlich das typische Leben in ihrer Heimat repräsentierten, wurden sie vorgeführt.⁷⁵ Ursprünglich geplant war die „Deutsche Afrika-Schau“ als reines Kontrollinstrument, um in Deutschland lebende Afrikaner*innen überwachen zu können. Als sich 1936 die Fachgruppe Ambulantes Gewerbe der Deutschen Arbeitsfront einschaltete, sollte sie für die „Förderung von Volks- und Kolonialfragen“ vereinnahmt werden.⁷⁶ Ab 1939 wurde die „Deutsche Afrika Schau“ in das Deutsche Volksbildungswerk eingegliedert und aus dem als suspekt angesehenen Jahrmarktsmilieu herausgelöst.⁷⁷ Der Reichskolonialbund nutzte Wanderausstellungen, um für die Rückgewinnung von Kolonien zu werben und Städte in die Kolonialpolitik der Nationalsozialisten einzubinden. Die „Deutsche Kolonialausstellung“, die die Deutsche Kolonialgesellschaft Anfang der Dreißigerjahre als Propagandaveranstaltung konzipiert hatte, lief ab 1933 unter dem Namen des Reichskolonialbundes. Halt machte sie unter anderem in Chemnitz, Köln, Wiesbaden und Nürnberg. Die Besuchszahlen schwankten von 10 000 Personen in Wiesbaden bis zu 120 000 in Köln.⁷⁸ Neben den Ausstellungen gehörten die Tagungen des Reichskolonialbundes zu den präferierten Veranstaltungsformen, um zahlreiche Teilnehmer*innen in die Städte locken zu können.

Zum Kreis dieser Städte gehörte unter anderem Freiburg. Freiburg diente als Schauplatz zahlloser Treffen verschiedener kolonialer Verbände und mehrerer öffentlicher kolonialer Großkundgebungen. 1935 fanden zum Beispiel eine Tagung und Ausstellung des Reichskolonialbundes statt.⁷⁹ Vier Jahre später stellte Dresden 147 000 Reichsmark im Haushaltsplan für eine ähnliche Kolonialausstellung zur Verfügung.⁸⁰ Entsprechend dankbar zeigte sich der Reichskolonialbund über die „Dresdner Kolonialschau“. Bei der

71 Kum'a N'dumbe, Lakowski, Was wollte Hitler in Afrika?, S. 54-55.

72 Bakoubayi Billy, Musterkolonie des Rassenstaats, S. 93.

73 Kum'a N'dumbe, Lakowski, Was wollte Hitler in Afrika?, S. 58.

74 Hildebrandt, Vom Reich zum Weltreich, S. 406.

75 Lewerenz, Die Deutsche Afrika-Schau (1935 - 1940), S. 65-66.

76 Ebd., S. 90-92.

77 Ebd., S. 105.

78 Hildebrandt, Vom Reich zum Weltreich, S. 428.

79 Wegmann, Kokospalme mit Haken Kreuz, S. 12.

80 Schöfert, Der Reichskolonialbund und seine kolonialrevisionistische Propagandatätigkeit zwischen 1933 - 1943, S. 38.

Eröffnungsfeier gab der Geschäftsführer des RKB Richard Peter⁸¹ bekannt, die Bundestagung in Dresden abhalten zu wollen, da sich kaum eine andere Stadt so entschlossen für den kolonialen Gedanken eingesetzt habe.⁸² Die Hansestadt Hamburg bemühte sich in ähnlicher Weise um die Gunst des Kolonialbundes. Seit den Anfängen der deutschen Kolonialpolitik bestand in Hamburg großes Interesse an deutschen Kolonien, wodurch sich die Stadt zu einem Zentrum der Kolonialbewegung entwickelt hatte.⁸³ Jedoch verfolgte die Stadt weniger das Ziel Austragungsort kolonialer Veranstaltungen, sondern vielmehr Anbieter kolonialer Ausbildungen zu werden. Ab 1933 setzten sich Politik, Wissenschaft und Wirtschaft dafür ein, die koloniale Ausbildung an der Universität erneut zu etablieren. 1938 wurde das Hamburger Kolonialinstitut wiedereröffnet und bot Sonderlehrgänge für 400 Student*innen. Ein Jahr später beschäftigte das Institut bereits 31 Professor*innen und Dozent*innen, elf wissenschaftliche Räte und Assistent*innen.⁸⁴ Zu seinem Programm gehörten auch Kdf-Sprachkurse für Heer, Luftwaffe und Polizei.⁸⁵

Seit Ende der Dreißigerjahre gewann der wissenschaftliche Aspekt in der Kolonialpolitik zunehmend an Bedeutung. Die Ausbildung potentieller Arbeitskräfte, die für einen hypothetischen Einsatz in den Kolonien in Frage kamen, nahm mehr Raum ein und sollte unter anderem durch die Deutsche Kolonialschule, die Arbeitsgemeinschaft für Auslands- und Kolonialtechnik und dem Institut für ausländische und koloniale Forstwirtschaft erfolgen.⁸⁶ Angetrieben durch die euphorisierte Stimmung planten auch die wichtigsten Ämter eigene Schulen. Im Oktober 1938 errichtete das Kolonialpolitische Amt sowie der Reichskolonialbund das erste kolonialpolitische Schulungshaus in Ladeburg bei Berlin, um unter anderem die vorbereitenden Arbeiten für eine zukünftige Kolonialverwaltung weiter voranzutreiben.⁸⁷ Das KPA habe Bewerber*innen die Möglichkeit geben wollen, soziale Strukturen und Kulturen der zu kolonisierenden Gesellschaften im Voraus kennenzulernen.⁸⁸ Die Anwärter*innen auf eine der entsprechenden Stellen sollten von drei Sektionen bearbeitet werden. Die erste hatte sich mit Bewerbungen befasst, die für einen Soforteinsatz gedacht waren. Dazu zählten hochqualifizierte Beamte*innen, die bereits Erfahrungen in den Kolonien sammeln konnten. Der zweiten Sektion fiel die Zuständigkeit für Bewerber*innen zu, die für einen absehbaren Einsatz vorgesehen waren, unter anderem Fachleute ohne Kolonialerfahrung. Bewerber*innen, die erst bei einem erweiterten Bedarf zum Zuge kommen sollten, wurden von der dritten Sektion betreut.⁸⁹ Erste Tests für eine „Bescheinigung über Kolonialtauglichkeit“ seien bereits ab 1940 durchgeführt worden.⁹⁰

Zu diesem Zeitpunkt waren die Planungen soweit fortgeschritten, dass bereits daran gearbeitet wurde, gesetzliche Rahmenbedingungen für das Leben in afrikanischen Ko-

81 Peter, Richard Oberst a. D.: SS-Oberführer und Bundesgeschäftsführer des Reichskolonialbund (1938-1943). Peter war in Deutsch-Südwestafrika am Krieg gegen die Herero beteiligt, vgl. dazu: Hildebrandt, Vom Reich zum Weltreich, S. 387.

82 „Dresdner Kolonialschau eröffnet. Zeugnis deutscher Pionierarbeit - Reichsstatthalter Martin Mutschmann gab den feierlichen Auftakt“, *Dresdner Anzeiger*, 21.6.1939.

83 Hildebrandt, Vom Reich zum Weltreich, S. 27.

84 Linne, Deutschland jenseits des Äquators?, S. 54-55.

85 Ebd., S. 135-136.

86 Bakoubayi Billy, Musterkolonie des Rassenstaats, S. 224-225.

87 Vgl. dazu: Hildebrandt, Vom Reich zum Weltreich, S. 584; Linne, Deutschland jenseits des Äquators?, S. 48-49.

88 Bakoubayi Billy, Musterkolonie des Rassenstaats, S. 164.

89 Ebd., S. 226.

90 Kumia N'dumbe, Lakowski, Was wollte Hitler in Afrika?, S. 104.

lonien zu realisieren. Mehrere Behörden beteiligten sich an der detaillierten Ausarbeitung von Gesetzen für die Kolonien. Dazu gehörten unter anderem das Kolonialpolitische Amt, das Reichsjustizministerium, der Ausschuss für Kolonialrecht und weitere Reichsministerien.⁹¹ Dies führte unweigerlich zu Spannungen, da alle versuchten, ihre Ideen durchzusetzen. Im Juli 1940 stritten die Verantwortlichen der Behörden über die neunte Fassung eines „Reichskolonialgesetzes“.⁹² Dabei wurde über Themen wie Arbeitsrecht, Verwaltung, koloniale Wirtschaft und die sogenannte „Rassentrennung“ diskutiert.⁹³ Für die Nationalsozialist*innen habe der Grundsatz gegolten, dass die Kolonien Bestandteil des Reiches und kein Ausland sein sollten. Die NS-Verfassung sollte für die Rechtsstellung aller Europäer*innen und den ihnen gleichgestellten gelten.⁹⁴ Dafür unterteilten sie die Bevölkerung der Kolonien in Deutsche, „Eingeborene“ und Fremde.⁹⁵ Im September des gleichen Jahres schufen sie aus dem „Gesetz über den Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ das sogenannte „Kolonialblutschutzgesetz“.⁹⁶

Die Idealisierung der weißen Bevölkerungsschicht sollte in der Organisation der Arbeit eine entscheidende Rolle spielen. In der nationalsozialistischen „Rassenlehre“ habe der „Weiße“ die Rolle des Forschers und Entdeckers eingenommen, dessen Intelligenz es ihm ermöglichte, überall auf der Welt neue Zivilisationen zu schaffen. Dagegen setzten sie „Schwarze“ in ihrer Werte-Hierarchie mit Bauern gleich, die für ein reibungsloses Funktionieren weder Verstand noch Denken bräuchten.⁹⁷ Eine Mehrheit der Planer*innen habe daher eine Massenansiedlung von Europäer*innen abgelehnt, da „Weiße“ im kolonialen Raum nur Organisator*innen der Arbeit seien und die Rolle des „Führers“ übernehmen sollten.⁹⁸

Die Behörden erwarteten von ihnen ein ihrer rassistischen Vorzugsstellung entsprechendes Benehmen. Zum Beispiel verlangte die Auslandsorganisation, dass der „Deutsche“ dem „Eingeborenen“ ein Vorbild sein müsse und das Autoritätsverhältnis nicht untergräbt. Sie sollten sich nicht betrinken, nicht ihre Selbstbeherrschung verlieren und keinen Familienstreit in der Öffentlichkeit austragen. Der repressive Umgang mit der afrikanischen Bevölkerung basierte auf der zynischen Vorstellung, dass „Schwarze“ sich instinktiv wünschten von den „Weißen“ beherrscht zu werden.⁹⁹ Für die Planer*innen hätte die Bevölkerung einzig die Funktion eines „Arbeitsreservoir“ erfüllen müssen.¹⁰⁰ Dafür wollten sie strikte Kontrollen einführen. Männliche Arbeiter ab 16 Jahren hätten ein Arbeitsbuch bei sich tragen müssen, um eine schnelle Identifizierung zu ermöglichen. Unterschrift, Lichtbild sowie der Fingerabdruck waren hierfür vorgesehen. Des Weiteren sollte es wichtige Informationen über Arbeits-, Steuer- und Gesundheitsnachweis enthalten.¹⁰¹

91 Vgl. dazu: Bakoubayi Billy, *Musterkolonie des Rassenstaats*, S. 145; Linne, *Deutschland jenseits des Äquators?*, S. 49.

92 Linne, *Deutschland jenseits des Äquators?*, S. 123-124.

93 Kum'a N'dumbe, Lakowski, *Was wollte Hitler in Afrika?*, S. 114 ff.

94 Bakoubayi Billy, *Musterkolonie des Rassenstaats*, S. 146.

95 Linne, *Deutschland jenseits des Äquators?*, S. 123-124.

96 Kum'a N'dumbe, Lakowski, *Was wollte Hitler in Afrika?*, S. 107-109.

97 Ebd., S. 94-96.

98 Vgl. dazu: Linne, *Deutschland jenseits des Äquators?*, S. 63; Kum'a N'dumbe, Lakowski, *Was wollte Hitler in Afrika?*, S. 79.

99 Bakoubayi Billy, *Musterkolonie des Rassenstaats*, S. 101, S. 149.

100 Gründer, Horst: „...da und dort ein junges Deutschland gründen.“ Rassismus, Kolonien und kolonialer Gedanke vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, München 1999, S. 334.

101 Bakoubayi Billy, *Musterkolonie des Rassenstaats*, S. 158-160.

In allen Gesetzesvorhaben wurde der Wirtschaft große Bedeutung beigemessen. Laut den Vorstellungen der Kolonialplaner*innen hätten die neuen Kolonien das Deutsche Reich sowie Europa mitfinanzieren können.¹⁰² Zunächst war jedoch unklar, welche Wirtschaftsform Anwendung finden sollte. Dabei unterschieden sie zwischen den Möglichkeiten „Europäerwirtschaft“ und der sogenannten „Eingeborenenwirtschaft“. Konkret bedeutete dies, dass entweder europäische Großplantagen oder afrikanische Kleinbetriebe gefördert werden sollten.¹⁰³ Die tatsächlichen Handelszahlen mit Afrika rechtfertigten die Ambitionen nicht. Laut einer Untersuchung, die der Völkerbund bereits 1937 publizierte, hätten alle unter kolonialer Herrschaft stehenden Gebiete zusammen gerade einmal drei Prozent der lebenswichtigen Rohstoffe geliefert.¹⁰⁴ Deutschlands Kolonien waren ein Verlustgeschäft, das schon zwischen 1884 und 1914 mit 646 Millionen Mark finanziert werden musste. In seiner Untersuchung konstatiert Linne, dass die deutsche Einfuhr aus Afrika bereits 1928 mit 710,5 Millionen Reichsmark ihren Höchststand erreicht habe, was einen Anteil von nur rund fünf Prozent am deutschen Gesamtimport bedeutete. Der deutsche Export nach Afrika war wertmäßig noch geringer und erreichte 1929 mit 311,9 Millionen Reichsmark seinen Höchststand.¹⁰⁵ Linne resümiert, dass das Deutsche Kolonialreich wirtschaftlich nicht erträglich war.¹⁰⁶ Nur durch staatliche Stützungsaktionen mit Mitteln in Höhe von 35,5 Millionen Mark konnte die Anzahl der Kolonialgesellschaften in den Kolonien von 73 vor dem Ersten Weltkrieg auf 85 im Jahr 1933 anwachsen. Sie sorgten für ein politisch gewolltes Überleben der Firmen.¹⁰⁷ Noch im August 1936 bewertete das Auswärtige Amt die kolonialen Zukunftsaussichten eher skeptisch.¹⁰⁸ Trotz dieser Bedenken und entgegen jeder Logik, trieben die Verantwortlichen die Planungen bis 1942 weiter voran. Politiker*innen und Kaufleute träumten von einer kolonialen Zukunft, in der sie sich wieder in den deutschen Kolonien Afrikas wähten und erfolgreich Handel trieben. Dabei wurden die Ideen nicht als vage Hoffnungen oder Vermutungen formuliert, sondern immer fest davon ausgegangen, dass Deutschland wieder zu Kolonialbesitz gelangen würde. Was gab ihnen diese Zuversicht und bestärkte ihren Größenwahn?

Für eine derartige Expansionspolitik sei es notwendig gewesen, die innere Geschlossenheit in der deutschen Gesellschaft herzustellen.¹⁰⁹ Eine Möglichkeit dafür fand sich in der kontinuierlichen Propagierung der sogenannten „Volksgemeinschaft“. Der Gedanke an eine „Volksgemeinschaft“ war bei weitem nicht neu, sondern wurde bereits in der Weimarer Republik häufig verwendet. Er war Teil der politischen Kommunikation über Parteien hinaus und diente zur Stärkung von Einheit und Geschlossenheit der Bevölkerung.¹¹⁰ Nach der Niederlage des Ersten Weltkrieges und den Auswirkungen des Versailler Vertrages, verfassten national gesinnte Autor*innen Romane mit utopisch völkischen Zukunftsvisionen. Darunter sind Titel wie „1934. Deutschlands Auferstehung“ (1921), „Der Erlöser-Kaiser. Erzählung aus Deutschlands Zukunft und von sei-

102 Kum'a N'dumbe, Lakowski, Was wollte Hitler in Afrika?, S. 75.

103 Linne, Deutschland jenseits des Äquators?, S. 111.

104 Schmoekel, Der Traum vom Reich, S. 63.

105 Linne, Afrika als „wirtschaftlicher Ergänzungsraum“, S. 142.

106 Linne, Deutschland jenseits des Äquators?, S. 18-19.

107 Ebd., S. 38.

108 Linne, Afrika als „wirtschaftlicher Ergänzungsraum“, S. 143.

109 Michalka, Wolfgang: „Volksgemeinschaft“ und Großmachtpolitik 1933-1939 (Das Dritte Reich. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, Band 1), München 1985, S. 69-70.

110 Wildt, Michael: Die Ungleichheit des Volkes. „Volksgemeinschaft“ in der politischen Kommunikation der Weimarer Republik, in: Bajohr, Frank; Wildt, Michael (Hrg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2009, S. 24-25.

ner Wiedergeburt" (1923) oder „Kommen wird der Tag! Die Geschichte der nächsten Befreiung" (1921).¹¹¹ Die Bücher verbindet ein völkisch verklärtes Bild einer neuen Gesellschaft, die ihre Autor*innen in utopischer Absicht verfasst haben.¹¹² Aus Sicht der NSDAP waren ihre Pläne eine Verbesserung bisheriger Zustände, ein Gegenentwurf zur Weimarer Republik. Das bürgerliche Zeitalter des Liberalismus sollte durch eine neue Ära des völkischen Rassegedankens abgelöst werden. Dabei setzten sie auf eine qualitative und quantitative Veränderung der Bevölkerungsstruktur.¹¹³ Die „Volksgemeinschaft" sollte geschaffen werden durch Integration der sogenannten „Volksdeutschen" beziehungsweise durch Ausgrenzung von deren Feinden.¹¹⁴ Unerwünschte und diejenigen, die dem Regime im Weg standen, wurden in der NS-Zeit unterdrückt, terrorisiert und ermordet.

Hitlers „Volksgemeinschaft" war ein radikales Modell zur Vernichtung der pluralistischen Gesellschaft. Damit war sie nichts Anderes als eine „Gesinnungsgemeinschaft", die von irrationalen Einstellungen und gleichgerichteten Emotionen getragen wurde, eine den Verstand lähmende Art der emotionalen Vergemeinschaftung.¹¹⁵

„In den deutschen Kolonien gilt der Grundsatz der Scheidung der Rassen. Es besteht daher zwischen der weißen und der farbigen Bevölkerung der Kolonien keine Volksgemeinschaft, wie sie in Deutschland besteht."¹¹⁶

Die Planer*innen eines neuen deutschen Kolonialreichs waren davon überzeugt, dass einer derart hochentwickelten Gesellschaft das Recht zustehe, sich jedes Land zu nehmen. Aus ihrer Sicht ist das der entsprechende Schritt in eine neue, bessere und erfolgreichere Welt. Gleichzeitig führte der Weg zurück zu etwas bereits Vergangenen, das romantisiert und verklärt wurde. Die Idee der „Volksgemeinschaft" leistete dazu ihren Beitrag. Anfang des Jahres 1942 wurden im Auswärtigen Amt immer noch Pläne für künftige Kolonien geschmiedet. Die Planer*innen beschäftigten sich mit teils absurden Inhalten wie technischen Normen für künftige Kolonien.¹¹⁷ Doch mit dem absehbaren Ende des Zweiten Weltkrieges folgte auch das unweigerliche Aus aller Kolonialplanungen. Das Personal des Kolonialpolitischen Amtes musste bis zum 1. April 1942 insgesamt um 32 % abgebaut werden, bei wehrfähigen Personen um 53 %. Martin Bormann, Chef der Parteikanzlei und erklärter Gegner der Kolonialpolitik, ließ auf Weisung Hitlers bis zum 15. Februar 1943 die Tätigkeit des Kolonialpolitischen Amtes und des RKB komplett stilllegen.¹¹⁸

Welche Spuren blieben von den Plänen? Und wie werden sie in der Forschung bewertet? Über die Kolonialplaner*innen der NS-Zeit schreibt Karsten Linne, dass diese Kolonien als sozialwissenschaftliches Experimentierfeld betrachtet hätten. Kennzeichnend dafür

111 Hermand, Jost: Der alte Traum vom neuen Reich. Völkische Utopien und Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1988, S. 118-119; S. 123.

112 Ebd., S. 148-149.

113 Michalka, „Volksgemeinschaft" und Großmachtpolitik 1933-1939, S. 117.

114 Ebd., S. 150.

115 Dahm, Volker: Die „deutsche Volksgemeinschaft" und ihre Organisation, in: Dahm, Volker; Feiber, Albert A.; Mehringer, Hartmut; Möller, Horst (Hrg.): Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente zum Dritten Reich, 6. durchges. Aufl., München 2011, S. 239-241.

116 Asmis, Rudolf: Grundlage und Ziele der künftigen deutschen Kolonialverwaltung, in: Deutscher Kolonial-Dienst 5 (1940), Heft 9, S. 129 f.

117 Linne, Deutschland jenseits des Äquators?, S. 140-143.

118 Kum'a N'dumbe, Lakowski, Was wollte Hitler in Afrika?, S. 238-240.

sei die starke Beteiligung in Frage kommender Wissenschaften gewesen. Dagegen habe Hitler Kolonialpolitik primär als taktisches Druckmittel gegen England und Lockmittel für einen Teil der alten deutschen Eliten eingesetzt. Linne schlussfolgert, das Scheitern der Pläne läge auch an der mangelnden Politikfähigkeit der Kolonialplaner*innen.¹¹⁹ Auch Hildebrandt hielt das Schicksal der konservativen Kolonialanhänger*innen für besiegelt, als sie sich so weit der nationalsozialistischen „Bewegung“ in weltanschaulicher und politischer Hinsicht angenähert hatten, dass sie aus dem Streit mit der Partei um die Frage nach Ost- oder Überseepolitik eindeutig als Verlierer*innen hervorgingen.¹²⁰ Dennoch schufen sie in dieser kurzen Phase ein großes koloniales Konstrukt, beruhend auf einer illusionären Gewissheit. Obwohl Pläne für ein neues Kolonialreich wie zum Beispiel „Deutsch-Mittelafrika“ Träume blieben, sollte dies nicht dazu verleiten, koloniale Gedankenwelt und reale Planungen zu unterschätzen.¹²¹

3. Bremer Kolonialpläne während der NS-Zeit (1935-1945)

3.1 Die Planer*innen der Kolonialpolitik im nationalsozialistischen Bremen

Wer waren die Personen, die die kolonialen Ideen für Bremen entwickelten? Welche Institutionen oder Organisationen waren in die Planungen eingebunden? Wer hatte ein Interesse daran, aus Bremen die Kolonialstadt des nationalsozialistischen Deutschlands zu machen?

Die Vertreter*innen dieser Ideen in Bremen, gehörten zum großen Teil der gebildeten bürgerlichen Schicht an und waren in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft tätig. Sie machten eine Minderheit in der Bevölkerung aus, hatten jedoch Positionen inne, in der sie die Meinungsbildung beeinflussen konnten. Entstanden ist die Bewegung nicht erst mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten. Sie hatte ihre Wurzeln in den konservativen kolonialrevisionistischen Kreisen der Weimarer Jahre, die ihre Forderungen nach Rückgabe der Kolonien auch in Bremen lautstark kundtaten. Zeitungen – wie die Bremer Nachrichten oder die Weser Zeitung – veröffentlichten in den 20er Jahren Sonderbeilagen¹²² und bezogen mit Artikelüberschriften wie „Gebt uns unsere Kolonien wieder“¹²³ eine eindeutige Stellung für eine Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien. In ihren Artikeln priesen sie die Leistungen der sogenannten „Kolonialpioniere“ Lüderitz und Vogelsang an und verkärten sie zu Helden der Bremer Kolonialgeschichte.¹²⁴ In der NS-Zeit setzten sie diese Strategie nahtlos fort und publizierten Schlagzeilen wie „Deutschland braucht Lebensraum“¹²⁵

Die nationalsozialistische Regierung in Bremen beflügelte die Hoffnungen der Kolonialrevisionist*innen, woraufhin diese ihren Einfluss auf die Bremer Politik verstärkten. Die ehemaligen deutschen Kolonien waren für Bremer Kaufleute, die Geschäfte in Afrika tätigten, von Bedeutung. Auch sie versuchten ihre Vorstellungen einer neu-

119 Linne, *Deutschland jenseits des Äquators?*, S. 165-166.

120 Hildebrandt, *Vom Reich zum Weltreich*, S. 769.

121 Wegmann, *Kokospalme mit Haken Kreuz*, S. 14.

122 Sonderbeilage der Bremer Nachrichten zur Kolonialen Gedenkfeier, 24.4.1924; Sonderbeilage der Weser Zeitung zur Kolonialkriegertagung in Bremen, 20.6.1924.

123 „Gebt uns unsere Kolonien wieder“, in: Bremer Nachrichten, 24.4.1924.

124 „Die Erwerbung Deutsch-Südwest Afrikas durch Lüderitz und Vogelsang“, in: Weser Zeitung, 24.4.1924.

125 „Deutschland braucht Lebensraum. Kundgebung am Kolonial-Ehrenmal“, in: Bremer Nachrichten, 18.6.1933.

en, deutschen Kolonialpolitik den Spitzen von Partei und Kolonialverbänden nahezu bringen. Auf den folgenden Seiten wird anhand verschiedener Personen, Institutionen und Verbände erläutert, welche Intentionen die kolonialen Akteur*innen antrieb, wie sie untereinander vernetzt waren und zusammenarbeiteten. Sie alle hatten in den untersuchten Akten einen wesentlichen Anteil an den Plänen, aus Bremen die „Stadt der Kolonien“ zu machen.

Die erste treibende Kraft waren die kolonialen Verbände, allen voran die Bremer Ortsgruppe des Deutschen Kolonialvereins. Diese wählte 1927 Friedrich Gustav Rendemann, einen der Aktivist*innen in den Planungen, zu ihrem 1. Vorsitzenden.¹²⁶ Schon zu dieser Zeit rührte er die Werbetrommel für das koloniale Anliegen und lud Bremer Beamt*innen zur in Bremen stattfindenden Reichstagung des Kolonialvereins ein. Er machte auf Vorträge aufmerksam und bat darum, auch anderen von den Veranstaltungen zu berichten.¹²⁷ 1930 trat Rendemann der NSDAP bei, war Obersteuerinspektor und wurde 1936 Ortsgruppenleiter der Partei in Neustadt-Süd. Noch im selben Jahr stieg er zum Gauverbandsleiter Weser-Ems des Reichskolonialbundes auf.¹²⁸ Rendemann erkannte im Machtwechsel die Möglichkeit, eine koloniale Politik etablieren zu können. Im März 1933 schrieb er an die Mitglieder des Kolonialvereins:

„Unsere Gegenwart zeigt uns ein völlig verändertes Bild der Lage. [...] Die Genesung aus Verwirrung und Krankheit ist da. Aber nun heißt es: An die Arbeit! [...] Der koloniale Gedanke dämmert, aber er lebt nicht. [...] Ausdehnung ist alles, Raum behebt jede Not.“¹²⁹

Die unter Nationalsozialist*innen gebräuchliche Ausdrucksform von der „Erweiterung des Lebensraumes“ war auch den Kolonialrevisionist*innen nicht unbekannt, jedoch dachten sie dabei vorrangig an einen „kolonialen Ergänzungsraum“ in Afrika. Rendemann warb schon Anfang 1933 dafür, den „koloniale[n] Gedanke[n]“ stärker in den Vordergrund der deutschen Politik zu rücken, damit der „dem [...] deutschen Volke [...] zu seiner Rettung notwendige Lebensraum [...]“ wiedererlangt werden könne.¹³⁰ Nach der Tagung des RKB in Bremen 1938,¹³¹ galt sein Einsatz der Festlegung auf nur noch einen einzigen Tagungsort: Bremen. Rendemann gab den Anstoß für diese Pläne und war an allen relevanten Gesprächen mit Politik, Wirtschaft und Kolonialbund beteiligt. Innerhalb des RKB bezog er Position für Bremen und begründete dies unter anderem mit dem Gelingen der Tagung von 1938, der Ausstellung „Bremen - Schlüssel zur Welt“ und den günstigen Verhältnissen in der Stadt.¹³² Bereits während der Tagung

126 Vgl. Gustafsson, Namibia, Bremen und Deutschland, S. 298; Deutscher Kolonialverein, Gesellschaft für nationale Siedlungs- und Auslandspolitik e.V., Berlin, StAB 3-V.2. Nr. 1591.

127 Einladung an die Beamtenschaft Bremen durch die Ortsgruppe Bremen des Deutschen Kolonialvereins, 29.8.1927, StAB 3-V.2. Nr. 1591.

128 Anfrage der Gestapo bezüglich Friedlich Rendemann in Bremen, 2.10.1936, StAB 4,65-1122.

129 Schreiben von Friedrich Rendemann an die Mitglieder des Deutschen Kolonialvereins Bremen, 17.3.1933, StAB 3-V.2. Nr. 1591.

130 Schreiben von Friedrich Rendemann an Bürgermeister Martin Donandt, 4.2.1933, StAB 3-V.2. Nr. 1591.

131 Die Tagung des Reichskolonialbundes fand zwischen dem 26. und dem 29. Mai 1938 zeitgleich mit der Ausstellung „Bremen - Schlüssel zur Welt“ statt. Die Stadt wurde aufwendig geschmückt. Neben einem Empfang in der Rathauhalle beinhaltete das Rahmenprogramm Konzerten auf verschiedenen Plätzen der Stadt. Die Veranstalter rechneten mit bis zu 70.000 Besuchern, vgl. dazu: „Bremen, Stadt des kolonialen Gedankens“, in: Bremer Nachrichten, 17.5.1938; „Festliche Tage in der Stadt der kolonialen Tradition. Feierliche Eröffnung der Reichskolonialtagung zu Bremen in der oberen Halle des alten Rathauses“, in: Bremer Nachrichten, 28.5.1938; „Großdeutschlands kolonialer Wille unerschütterlich. Feierstunde am Kolonial-Ehrenmal in Bremen - Begeisternder Vorbeimarsch beendet die Reichskolonialtagung“, in: Bremer Nachrichten, 28.5.1938.

132 Niederschrift einer Besprechung im Rathaus, 24.6.1938, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

sprach er davon, dass die allseitige Zustimmung und die Anerkennung zu der Annahme berechtige, Bremen sei als Tagungsort bestens geeignet.

„Wenn Bremen nach seinem Geist, seiner Geschichte, seiner Struktur und Eigenart so die Bedingungen erfülle, tue man wohl nicht unrecht, wenn die Bundesleitung Bremen überhaupt für immer zum Ort der Kolonialtagung erhebe. Der Redner dankte dem Regierenden Bürgermeister, dass er heute in der Sitzung des Kolonialrats diesen Antrag gestellt habe.“¹³³

Um Bremens Attraktivität als dauerhaften Austragungsort zu gewährleisten, hielt Rendemann den Titel „Stadt der Kolonien“ für unabdingbar. Bei einer Beiratssitzung des RKB-Gauverbandes Weser-Ems wurde dies einstimmig beschlossen.¹³⁴ Rendemann betätigte sich als Bindeglied zwischen der Bremer Politik und dem Kolonialbund, führte Gespräche mit der Führungsspitze des RKB und organisierte Treffen mit beiden Seiten, zum Beispiel im August 1938 in der Gaststätte „Krokodil“ in Nürnberg.¹³⁵ Mit seinem Handeln versuchte er seine Position innerhalb des Reichskolonialbundes zu stärken. Rendemann verfolgte die kolonialen Ziele bis zu seinem Einzug in die Wehrmacht 1940.¹³⁶

Ein wichtiger Gesprächspartner für die Realisierung seiner Ideen war der Regierende Bürgermeister Johann Heinrich Böhmcker, der das Amt von 1937 bis zu seinem Tod 1944 ausübte. Böhmcker wurde im Kreis Eutin geboren und betätigte sich dort als Rechtsanwalt. Bis zu seinem Antritt als Regierender Bürgermeister war er Mitglied des Oldenburger Landtages.¹³⁷ In der Begründung der Spruchkammer zu seinem Entnazifizierungsverfahren heißt es, dass Böhmcker sich schnell an die Gegebenheiten in Bremen anpasste und sich insbesondere von den Kaufleuten beraten ließ. Des Weiteren wurde in seinem Entnazifizierungsverfahren festgehalten, dass er die Ansichten der Männer aus dem Bremer Handel und der Industrie bezüglich wirtschaftlicher Fragen akzeptiert habe.¹³⁸

Es ist wenig verwunderlich, dass er sich für koloniale Pläne offen zeigte. Böhmcker war Mitglied im Kolonialrat¹³⁹ und vermittelte dort die kolonialen Planungen in Bremen. Diese Rolle nahm er auch gegenüber den Verantwortlichen im Kolonialbund, im Auswärtigen Amt und der Auslandsorganisation¹⁴⁰ ein. Dabei agierte er als Mittler

133 „Bremen - Schlüssel zur kolonialen Welt. Die große Mitgliedshauptversammlung des Reichskolonialbundes“, in: Bremer Zeitung, 28.5.1938.

134 Schreiben von Friedrich Rendemann an Bürgermeister Heinrich Böhmcker, 28.7.1938, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

135 Friedrich Rendemann berichtet in einem Schreiben an Bürgermeister Heinrich Böhmcker über ein geplantes Treffen mit dem Bundesführer des Reichskolonialbundes Franz von Epp in Nürnberg, 18.8.1938, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

136 Gustafsson, Namibia, Bremen und Deutschland, S. 298.

137 Böhmcker, Johann Heinrich (* 22.7.1896; † 16.6.1944): Bereits früh Mitglied in der SA (1925) und der NSDAP (1927). Leitete ab 1934 die SA-Gruppe „Nordsee“. 1937 musste er sein Amt als Regierungspräsident des oldenburgischen Landesteils in Eutin aufgeben, weil Eutin preußisch wurde. Daraufhin setzte ihn Reichsstatthalter Röver als Regierenden Bürgermeister in Bremen ein, vgl.: Schwarzwälder, s. Böhmcker, Heinrich, in: Das große Bremen-Lexikon, 2. aktualisierte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Band 1 A-K, S. 86-87; Böhmcker, Heinrich, Entnazifizierung, StAB 4,66-I-1005.

138 Begründung der Spruchkammer, Entnazifizierung Heinrich Böhmcker, StAB 4,66-I-1005.

139 Heinrich Böhmcker wurde Anfang 1938 in den Kolonialrat des Reichskolonialbundes berufen und repräsentierte Bremen als die „Deutsche Kolonialstadt“, vgl.: „Böhmcker in den Kolonialrat berufen“, in: Bremer Nachrichten, 5.2.1938.

140 Die Auslandsorganisation (AO) war ein Zusammenschluss aller im Ausland lebenden Parteimitglieder der NSDAP. Sie betrieb auch Stützpunkte in Afrika, unter anderem in Namibia und Südwafrika, vgl.: Koop, Volker: Hitlers fünfte Kolonne. Die Auslands-Organisation der NSDAP, Berlin 2009, S. 199 f.

zwischen Politik und Öffentlichkeit und vertrat die Bremer Ideen gegenüber offiziellen Stellen. Er verdeutlichte, wie wichtig der Titel „Stadt der Kolonien“ sei und warb damit, dass Bremen in der Kolonialpolitik und der kolonialen Bewegung eine „Sonderstellung“ einnehme. Immer wieder betonte er, dass die Bremer Regierung bereit sei, erhebliche Mittel für das Gelingen der kolonialen Projekte aufzuwenden.¹⁴¹ Er äußerte in einer Besprechung über Bremens Stellung in der Kolonialbewegung mit dem Bundesführer des Reichskolonialbundes Epp, dem Bremer Wirtschaftssenator Otto Bernhard und Friedrich Rendemann, dass in Bremen „jeder Mensch kolonial orientiert“¹⁴² sei. Böhmcker sah sich mit Konkurrenz konfrontiert, denn auch andere Städte wie zum Beispiel Hamburg bemühten sich, die Gunst des Reichskolonialbundes für sich zu gewinnen. Er ließ Denkschriften, die Bremens Standpunkte zur Kolonialpolitik darlegten, anfertigen und in seinem Namen publizieren.¹⁴³

Jedoch wurden die Bremer*innen nur gelegentlich über den Stand der Diskussion informiert. Ein Großteil der Besprechungen, die nicht nur in Behörden, sondern auch in Gaststätten und Privatwohnungen stattfanden, blieben der Bevölkerung unzugänglich. Böhmcker dagegen wurde regelmäßig über den Fortschritt der Kolonialpläne auf dem Laufenden gehalten und versuchte dies zum Vorteil Bremens zu nutzen. Die Deutung der Motivation Böhmckers, sich für Bremen einzusetzen, fiel unterschiedlich aus. Enge Vertraute¹⁴⁴ und die Verteidigung erklärten in seinem Entnazifizierungsverfahren, dass dieser nur die Geltung Bremens im Gau Weser-Ems und auf nationaler Ebene stärken wollte. Er habe sich für die Erhaltung der Selbstständigkeit Bremens eingesetzt und dafür gesorgt, dass Teile der Provinz Hannover mit wichtiger Industrie dem Land Bremen eingegliedert würden. Böhmcker sei ein Förderer des Handels und der Industrie in Bremen gewesen und habe erreicht, dass der Sitz des Gauleiters Weser-Ems von Oldenburg nach Bremen verlegt wurde. Der Vorsitzende des Verfahrens, äußerte erhebliche Zweifel an den Aussagen der Zeugen. Die Behauptung, Böhmcker habe sich große Verdienste um die Erhaltung der Selbstständigkeit Bremens als eigenes Land erworben, hätte nicht bewiesen werden können. Vielmehr habe er im Interesse seiner eigenen Position gehandelt, denn wäre Bremen in ein anderes Land aufgenommen worden, hätte er nicht mehr die Stellung eines Regierungschefs inne gehabt.¹⁴⁵ Im Bremen-Lexikon von Herbert Schwarzwälder heißt es über Böhmcker nur, dieser habe bremische Interessen vertreten und 1939 Gebietsveränderungen in Bremen angestrebt, wodurch es zur Konfrontation mit Carl Röver gekommen sei. Laut Schwarzwälder seien die Gemeinden nördlich der Lesum, sowie Hemelingen, Abergen und Mahndorf durch die Initiative Böhmckers bremisch geworden.¹⁴⁶ Unabhängig von seiner persönlichen Motivation hat Böhmcker viele Schritte eingeleitet, um Bremen in der nationalsozialistischen Kolonialpolitik zu positionieren. Im August 1937 ließ er zum Beispiel durch eine Verfügung beim Senator für Wirtschaft eine „Dienststelle für koloniale Fragen“ ansiedeln.¹⁴⁷

141 Abschrift einer Besprechung in Nürnberg, 10.9.1938, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

142 Abschrift einer Besprechung zwischen Bürgermeister Heinrich Böhmcker, dem Bundesführer des Reichskolonialbundes Franz von Epp, dem Senator für Wirtschaft Otto Bernhard, dem Geschäftsführer des Kolonialpolitischen Amtes und des Reichskolonialbundes Bauzus und dem Gauverbandsleiter RKB Friedrich Rendemann in Nürnberg, 10.9.1938, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

143 Böhmcker, Heinrich: „Die Freie Hansestadt Bremen und ihre Beziehungen zu den deutschen Kolonien“, in: Unser kolonialer Wille. Beilage der Bremer Zeitung unter Mitarbeit des Gauverbandes Weser-Ems im Reichskolonialbund, Folge 1, 27.11.1940.

144 Zeugenaussage von Franz Karl Heinrich Stappelfeld, Sitzungsprotokoll vom 15./16.12.1949, StAB 4,66-I.-1005.

145 Begründung des Urteils durch den Vorsitzenden Dr. Dr. Zschauer, 21.2.1950, StAB 4.66-I.-1005.

146 Schwarzwälder, s.v. Böhmcker, Das große Bremen-Lexikon, S. 87.

147 Verfügung des Bürgermeisters Heinrich Böhmcker, 17.8.1937, StAB 3-R.1.g. Nr. 88.

Maßgeblich beteiligt an der Arbeit dieser Abteilung war Josef Renne. Renne, der zwischen 1927 und 1932 auf Schiffen des Norddeutschen Lloyd zur See fuhr, war Mitglied der NSDAP und der SA. Ab 1936 war er Dienststellenleiter der Abteilung Seefahrt, trat aber bereits 1937 aus selbiger aus und begann beim Senator für Wirtschaft zu arbeiten. Im selben Jahr wurde er Mitglied des Reichskolonialbundes. In seinem Entnazifizierungsverfahren gab er jedoch an, sich zu diesem Zeitpunkt bereits von jeder politischen Tätigkeit ferngehalten zu haben.¹⁴⁸ Obwohl Renne 1939 zur Wehrmacht eingezogen wurde, ist den Akten zu entnehmen, dass er bis 1941 ein- bis zweimal wöchentlich Urlaub erhielt, um weiterhin für die Dienststelle tätig sein zu können.¹⁴⁹ Im Juli 1941 äußert er in einem Schreiben, er stünde „jetzt täglich zur Verfügung.“¹⁵⁰

In den Korrespondenzen wird Renne oft als „Referent für Kolonialangelegenheiten“ oder „Kolonialreferent“ bezeichnet, zum Beispiel von Böhmcker.¹⁵¹ Neben seiner Arbeit für die Dienststelle beim Wirtschaftsminister war er in den Aufbau der Forschungsstelle für Kolonialwirtschaft¹⁵² eingebunden und leistete dafür verschiedene Vorarbeiten. Er war Mitarbeiter des engeren Arbeitsausschusses, unternahm Reisen um Personal für die Forschungsstelle anzuwerben und wurde 1941 zum Geschäftsführer des Kuratoriums ernannt.¹⁵³ Renne machte ebenfalls Vorschläge, welche Maßnahmen nötig wären, um Bremen für Kolonialtagungen attraktiv zu machen. Dabei vertrat er den Standpunkt, dass Attraktionen geschaffen werden müssten, die mit dem Kontinent Afrika in Zusammenhang stehen. Seine Vorstellungen waren weit gefasst, unter anderem schlug er den Bau eines Kolonial-Zoos vor und empfahl den Zoologen Hans Wagner, Mitarbeiter des „Kolonial- und Überseemuseums“, dafür als Experten zu engagieren.¹⁵⁴ Renne übte in dieser Zeit die Funktion eines Botschafters der Bremer Kolonialpläne aus und unternahm Reisen nach Berlin, wo er mit den Spitzen von Reichskolonialbund und Auslandsorganisation Gespräche führte, um sie von der Idee zu überzeugen, dass Bremen als Austragungsort für koloniale Tagungen und als „Stadt der Kolonien“ anderen Städten vorzuziehen sei.¹⁵⁵

Diesen Zweck verfolgte auch die Dienststelle für koloniale Fragen. Laut Wirtschaftsminister Otto Bernhard¹⁵⁶ befasste sie sich unter anderem mit der amtlichen Bearbeitung kolonialer Fragen, um den kolonialen Gedanken in Deutschland zu vertiefen und der

148 Renne, Josef, Entnazifizierung, StAB 4,66-I-8884.

149 Schreiben des Gauobmanns für Berufserziehung und Betriebsführung der „DAF“ an den Senator für Wirtschaft Otto Bernhard, 5.5.1939, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

150 Schreiben von Josef Renne an Regierungsrat Köster, 14.7.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 88.

151 U.a. Schreiben von Bürgermeister Heinrich Böhmcker an Kurt Weigelt, 18.2.1948, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

152 Zur Forschungsstelle für Kolonialwirtschaft u. a.: Staatliche Forschungsstelle für Handel und Überseewirtschaft, StAB 4,92/1 [78]; StAB 3-R.1.g. Nr. 93, enthält u.a. Eingabe des Gauschulungsleiters Gerdts vom Gauschulungsamt wegen Führung der Bezeichnung „Bremen - Deutsche Kolonialstadt“.

153 Im Entwurf einer Satzung für die „Staatliche Forschungsstelle für Kolonialwirtschaft in Bremen“ wird Josef Renne unter „Geschäftsführer des Kuratoriums“ geführt, 11.7.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (2).

154 Schreiben von Josef Renne an Bürgermeister Heinrich Böhmcker, 25.5.1939, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

155 Josef Renne berichtet Bürgermeister Heinrich Böhmcker über den Besuch beim Bundesführer des RKB in Berlin, 20.6.1939, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

156 Bernhard, Otto (* 22.8.1880; † 20.9.1952): Otto Bernhard studierte Elektrotechnik und war von 1914 bis 1918 in britischer Internierung. 1920 arbeitete er in einem US-amerikanischen Tabakunternehmen, kehrte 1921 nach Bremen zurück und wurde Teilhaber der Tabakfirma Ankersmit & Co. Ab 1926 war Bernhard maßgeblich an der Gründung der Focke-Wulf Flugzeugbau AG beteiligt. Aus Ehrgeiz sei er 1930 Mitglied der NSDAP und Mitglied der Bürgerschaft geworden. Am 18. März 1938 wurde er kommissarischer Wirtschaftsminister, am 5. Mai erfolgte seine Bestätigung im Amt, vgl.: Schwarzwälder, s. Otto Bernhard, in: Das große Bremen-Lexikon, Band 1 A-K, S. 73.

Regierung Arbeitsmaterial zur Verfügung zu stellen. Ziel war es, Deutschland wieder zu Kolonialbesitz zu verhelfen. Warum der Standort Bremen bestens geeignet war, begründete Bernhard in seinem Schreiben mit der Kolonialgeschichte der Stadt, denn von Bremen aus habe das „deutsche Kolonialwesen“ seinen Ausgang genommen.

Hierbei spielte die Konkurrenz zu anderen Städten, insbesondere Hamburg, auch eine Rolle für die Bremer Politiker*innen. In einem Brief an Ministerialdirektor Meyer-Rodenberg, dem Vertreter Oldenburgs und Bremens in Berlin, fragte Bernhard nach eben jener Stadt, weil er gehört haben wollte, dass dort bei der Regierung eine ähnliche Stelle eingerichtet worden sei. Des Weiteren interessierte ihn, seit wann die Stelle bestand, wie sie dem Finanzminister gegenüber begründet wurde und welchen personellen beziehungsweise sachlichen Umfang die Hamburger Dienststelle hatte.¹⁵⁷ Um der Konkurrenz zuvorkommen zu können, wurde auch die Publikation von Zeitungsartikeln über die Bremer Dienststelle in Frage gestellt. Wöhrl äußerte gegenüber Böhmcker Bedenken bezüglich einer Veröffentlichung in der Zeitung, weil er einerseits eine Kampagne in der Kolonialfrage der „deutschfeindlich eingestellten“ Presse befürchtete und andererseits verhindern wollte, dass die Berichterstattung über die Arbeit in Bremen „unerwünschte Aktivitäten“ der hamburgischen Wirtschafts- und Schifffahrtskreise hervorrufe. Diese könnten sich laut Wöhrl im Falle einer Rückgabe deutscher Kolonialgebiete zum Nachteil der bremischen Interessen auswirken.¹⁵⁸ Trotz seiner Bedenken wurde am 21. November 1937 ein kurzer Artikel zur Einrichtung der Dienststelle veröffentlicht.¹⁵⁹ Wöhrl leitete die Dienststelle bis März 1938, dann übertrug er die Aufgabe kommissarisch an den Studienrat Dr. Heinrich Ebeling.¹⁶⁰ In seinem Schreiben an Ebeling vom 23. März 1938 fügte er hinzu, dass „[...] durch die Verbindung mit der Gruppe Deutscher kolonialwirtschaftlicher Unternehmungen [...]“ Ebeling über „[...] die vom Reiche [...] (oder auch hamburgischen) Firmen geplanten Unternehmungen in den Kolonien Kenntnisse erhalten können [...]“ wird. Mit diesen Informationen hätte er etwaigen Konkurrenzgefahren für die Bremer Wirtschaft rechtzeitig begegnen können.¹⁶¹

Ebelings Amtszeit in der Dienststelle für koloniale Fragen war nicht von langer Dauer, denn bereits nach einem Jahr wurde er wieder abgelöst. Am 17. April 1939 schrieb Böhmcker an den Ausschuss für Kolonialrecht, dass Josef Renne offiziell als hauptamtlicher Referent für Kolonialfragen diese Aufgabe übernehmen sollte. Böhmcker begründete diesen Schritt gegenüber Ebeling damit, dass die wachsende Bedeutung der Kolonialfrage eine dauerhafte Kontaktaufnahme mit Berliner Stellen erfordere, wofür Renne offensichtlich geeigneter schien.¹⁶²

Dabei hatte Wöhrl Ebeling für die Leitung der Dienststelle vorgeschlagen, weil dieser über entsprechende Kenntnisse aufgrund seiner Beobachtungen und Reisen in Afrika und den ehemaligen deutschen Kolonialgebieten verfügte.¹⁶³ Dr. Heinrich Ebeling war als Fachschulleiter tätig, Mitglied des Nationalsozialistischen Lehrerbundes und 34/35 dessen Schulvertreter. Bis 1941 war er ebenfalls Mitglied im Reichskolonialbund und

157 Schreiben von Wirtschaftssenator Otto Bernhard an Ministerialdirektor Meyer-Rodenberg, 5.10.1937, StAB 3-R.1.g. Nr. 88.

158 Schreiben von Oberregierungsrat Wöhrl an Bürgermeister Heinrich Böhmcker, 15.10.1937, StAB 3-R.1.g. Nr. 88.

159 Pressemitteilung zur Einrichtung einer Dienststelle für koloniale Fragen, 21.11.1937, StAB 3-R.1.g. Nr. 88.

160 Schreiben von Oberregierungsrat Wöhrl an Heinrich Ebeling, 23.3.1938, StAB 3-R.1.g. Nr. 88.

161 Vgl. ebd.

162 Schreiben von Bürgermeister Heinrich Böhmcker an Heinrich Ebeling, 22.2.1939, StAB 4,92/1 [78].

163 Schreiben von Oberregierungsrat Wöhrl an Bürgermeister Heinrich Böhmcker, 23.3.1938, StAB 4,92/1 [78].

kletterte in dieser Zeit die Karriereleiter bis zum Gauverbandsschulungsleiter hinauf, da er laut Zeugenaussagen der einzige Sachverständige bezüglich Afrika in der Bremer Abteilung des Vereins war.¹⁶⁴ Ebelings Begründung für den Eintritt in den RKB klingt kurios: Auf Drängen des Reichskolonialbundes stellte er sich diesem zur Verfügung, weil er befürchtete, seine Ausreise aus Afrika sei gefährdet. Diese Angst entstand, da er in Afrika der Bevormundung der Partei entgehen und kein politisches Amt mehr ausführen wollte.¹⁶⁵ Zuvor hatte Ebeling sein Amt im Nationalsozialistischen Lehrerbund unter dem Vorwand aufgegeben, eine Studienreise nach Afrika unternehmen zu wollen. Tatsächlich wollte er sich auf dem Kontinent beruflich betätigen. In seiner Entnazifizierungsakte bestätigten Zeugen, dass Ebeling die Reise 1938 für ein Konsortium bremischer Holzfirmen angetreten hatte, um im Tropengebiet Afrikas Verhandlungen für die Einrichtung eines Großsägewerkes zu treffen, dessen Leitung er später übernehmen sollte.¹⁶⁶ Sein Engagement galt auch der Erweiterung des Wirtschaftsraumes mithilfe Afrikas. In Vorträgen, die er während des Krieges zur Wehrbetreuung hielt, sprach er sich unter anderem dafür aus, dass Deutschland sich wirtschaftlich an der Entwicklung Afrikas beteiligen solle. Dabei hatte er von einem „Ergänzungsraum Europas“ gesprochen und das die „Eingeborenen“ auf dem Gebiet des Erziehungswesens und der Gesundheitspflege Hilfe bedürfen.¹⁶⁷ Zu diesem Zeitpunkt war Ebeling Handelsstudienrat an der Handelsschule der Union¹⁶⁸ Bremen.¹⁶⁹ 1938 schlug er vor, die Handelsschule zu einer Wirtschafts- und Kolonialoberschule auszubauen und überreichte diesen Vorschlag im Juli desselben Jahres unter anderem an den Präses der Bremer Handels- und Industriekammer Karl Bollmeyer.¹⁷⁰

Bollmeyer und die Handelskammer vertraten die Interessen der Bremer Wirtschaft und nahmen diese Position in den Plänen, die Stadt zum zukünftigen Kolonialstandort Deutschlands zu machen, ein. Bollmeyer wurde im Juli 1933 Präses der Industrie- und Handelskammer.¹⁷¹ Mehrere Zeug*innen behaupteten in seinem Entnazifizierungsverfahren, dass er das Amt nur deshalb annahm, weil er glaubte, auf diesem Weg den Autarkiebestrebungen der Partei entgegenzutreten und den Bremer Handel vor dem Einfluss der NS-Ideologie bewahren zu können.¹⁷² Sein Werdegang verrät, dass er die völkischen Ideen der Nationalsozialisten teilte. Bereits 1923 schloss er sich der völkischen Bewe-

164 Ebeling, Dr. Heinrich, Entnazifizierung, StAB 4,66-I.-2461, Zeugenaussage Dr. Ottensmeyer, 18.3.1946; Bescheinigung, 18.3.1946.

165 Aussage von Heinrich Ebeling, 3.6.1947, StAB 4,66-I.-2461.

166 Zeugenaussage von Dr. Ottensmeyer, 18.3.1946; Bescheinigung, 18.3.1946, StAB 4,66-I.-2461.

167 Zeugenaussage eines Soldaten, 15.3.1947, StAB 4,66-I.-2461.

168 Die Union war ein Club, der 1801 von jungen Kaufleuten in Bremen gegründet wurde. Zu Beginn trafen sie sich zu Spiel und musikalischer Unterhaltung. 1860 schlossen sie sich mit dem kaufmännischen Verein zusammen, begannen einen Schulungsbetrieb, den sie 1899 vergrößern wollten. Zu diesem Zeitpunkt war die Anzahl der Mitglieder auf 2500 angewachsen. Die Handelsschule wurde 1907 selbstständig, während der NS-Zeit jedoch verstaatlicht. Im Rahmen des Reichswerkes „Buch und Volk“ benannte sich die Union in „Gesellschaft für Kunst und Literatur“ um. 1946 wurde der Verein neugegründet, vgl.: Schwarzwälder, Herbert: s.v. Union, in: Das große Bremen-Lexikon, Bremen 2002, S. 740 f.

169 Zeugenaussage von Dr. Ottensmeyer, 18.3.1946, StAB 4,66-I.-2461.

170 Schreiben von Heinrich Ebeling an den Präses der Handelskammer Karl Bollmeyer, 25.7.1938, StAB V.2. Nr. 338 [75].

171 Bollmeyer, Karl, Meldebogen, 4.7.1947, StAB 4,66-I.-1136, Entnazifizierung Karl Bollmeyer.

172 Aussage seiner Exfrau, 27.9.1948; Aussage von Dr. Heinrich Reiners, 14.12.1947, StAB 4,66-I.-1136.

gung an und sympathisierte mit der Ludendorff-Bewegung.¹⁷³ Seine Karriere hatte Bollmeyer der NSDAP zu verdanken. Er galt als Aushängeschild der Partei und hatte zwischen 1943 und 1945 das Amt des Präses der Gauwirtschaftskammer inne.¹⁷⁴ Bezogen auf die Kolonialpolitik war Bollmeyer ebenfalls auf einer Linie mit der NS-Ideologie. Er wollte die Stadt zum Stützpunkt des kolonialen Handels machen. Die Handelskammer war Schnittstelle zwischen Politik und der Bremer Wirtschaft. Unter anderem stellte sie Geld für die Ausbildung von Kolonialkaufleuten zur Verfügung. Auf der Sitzung des Gauverbandes des Reichskolonialbundes vom 22. Juli 1938 sprach Bollmeyer unter anderem über die finanzielle Unterstützung einer Kolonialschule. Dabei betonte er, Bremen könne erwarten, dass der Reichskolonialbund die Patenschaft für die Stadt übernehme.¹⁷⁵

Einer der Kaufleute, der die kolonialen Pläne aktiv unterstützte, war Ludwig Roselius. Roselius, der 1874 in Bremen zur Welt kam, besuchte die Handelsschule und ging bei der Kolonialwarenhandlung Grote in Hannover in die Lehre. 1906 gründete er die Kaffee-Handels AG (Kaffee HAG). Nach dem Ersten Weltkrieg baute er Kaffee-HAG wieder zu einem Großunternehmen auf. Roselius sei ein vielfältiger Mäzen gewesen, habe dabei aber besonders an die Werbung für seine eigene Firma gedacht.¹⁷⁶ Er gehörte ab Juli 1941 dem Beirat der Forschungsstelle für koloniale Wirtschaft in Bremen an und nutzte seinen Einfluss dahingehend, Carl Adolf Lüderitz, den Sohn des zu dieser Zeit als „Kolonialpionier“ gefeierte Adolf Lüderitz, zum Geschäftsführer der Forschungsstelle zu machen. In seinem Schreiben erwähnte Roselius explizit, dass er der Forschungsstelle seine Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung gestellt hatte und betonte, wie wichtig Lüderitz für die Außenwahrnehmung der Koloniarbeit in Bremen wäre.¹⁷⁷ Lüderitz wurde zunächst abgelehnt, da seine Gehaltsvorstellungen für die Bremer Politiker*innen zu hoch waren. Zwei Tage nachdem Roselius in seinem Brief Druck ausübte, erhielt Lüderitz die Mitteilung, dass er die Stelle des Geschäftsführers für ein monatliches Gehalt von 500 Reichsmark antreten könne.¹⁷⁸

173 Die Ludendorff-Bewegung ist noch heute unter dem Namen „Bund für Gotterkenntnis“ aktiv und ging aus dem „Tannenbergbund“ hervor, deren Schirmherr der General und Politiker Erich Ludendorff war. Die Gründung des Vereins „Bund für Deutsche Gotterkenntnis“ trieb Mathilde Ludendorff voran. Der Aufbau dieser Organisation ähnelte einer Sekten und besaß eine hierarchische Struktur nach den Willen der Ludendorffs. Diese publizierten in ihrem eigenen Verlag Schriften, in denen sie gegen sogenannte „überstaatliche Mächte“ hetzten, die sie in Freimaurern, Juden und der katholischen Kirche erkannten. 1951 wurde der Bund von Mathilde Ludendorff wiedergegründet. Auch heute wird die Organisation vom Verfassungsschutz als rechtsextrem und antisemitisch eingestuft, vgl. dazu: Amm, Bettina: Die Ludendorff-Bewegung. Zwischen nationalsozialistischem Kampfbund und völkischer Weltanschauungssekte, Hamburg 2006, S. 3-14; Verfassungsschutz Brandenburg: Verfassungsschutzbericht 2016, Brandenburg 2016, S. 108, online in: https://verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/VSB%202016_web.pdf, gesehen am: 18.7.2018.

174 Bollmeyer, Karl: (* 25.6.1887; † 1.7.1982), vgl.: Schwarzwälder, s. v. Karl Bollmeyer, in: Das große Bremen-Lexikon, Band 1 A-K, S. 90-91.

175 Gauverbandssitzung des RKB Weser-Ems, 22.7.1938, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

176 Roselius, Ludwig, vgl.: Schwarzwälder, Das große Bremen-Lexikon, Band 2. L-Z, s. Ludwig Roselius, S. 741.

177 Schreiben von Alfred Müller-Armack, 5.7.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (1); Schreiben von Ludwig Roselius an Bürgermeister Heinrich Böhmcker, 10.11.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (3).

178 Schreiben von Josef Renne an Carl Lüderitz, 12.11.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (3).

3.2 „Arbeitsstätte spezieller Zweckforschung“ – Institute als Ausdruck kolonialer Interessen

Im August 1937 ließ Heinrich Böhmcker die Dienststelle für koloniale Fragen gründen und siedelte diese beim Senator für Wirtschaft an.¹⁷⁹ Mit der Leitung beauftragte er den Oberregierungsrat Wöhrl.¹⁸⁰ Für Wöhrl lagen die Hauptaufgaben der Dienststelle in der Zusammenarbeit mit den ansässigen Unternehmen, die bereits Handel mit Afrika trieben oder auf Grund ihrer früheren Arbeit in den deutschen Kolonien über entsprechende Erfahrungen verfügten.¹⁸¹ Bei der Übergabe der Dienststelle an den Studienrat Dr. Ebeling fügte Wöhrl seinem Brief eine genaue Beschreibung der Dienststelle bei. Darin benannte er als deren Hauptaufgaben den Aufbau einer Schifffahrtslinie von Bremen zu den künftigen Kolonien, den Import- und Exporthandel, die Plantagenwirtschaft und Rohstoffgewinnung, die Erschließung von Bodenschätzen, sowie die Entwicklung des Verkehrswesens, darunter Hafen-, Kanal-, Straßen- und Eisenbahnbau. Des Weiteren sollte die Dienststelle erforschen, wie die Kolonien industrialisiert werden könnten. Hierfür hätten sowohl politische, soziale als auch klimatische Bedingungen untersucht werden sollen. Darüber hinaus war vorgesehen, dass die Dienststelle bremische Firmen berät, um diese vor Verlusten und Rückschlägen in ihren Unternehmungen zu bewahren.

„Die von Ihnen bereits bisher gepflogene Zusammenarbeit mit dem hiesigen Gauverband des Reichs-Kolonialbundes wird Ihnen auch in Zukunft die Möglichkeit geben, die Organisation des Reichs-Kolonialbundes und seines propagandistischen Apparates dahin einzusetzen, dass die bremische Öffentlichkeit in steigendem Maße für die Erschließung unserer Kolonien durch die bremische Wirtschaft interessiert wird.“¹⁸²

Die beim Wirtschaftssenator angesiedelte Dienststelle blieb nicht die einzige institutionelle Einrichtung, die sich mit kolonialen Themen befasste. Dr. Alfred Müller-Armack,¹⁸³ Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Münster, regte 1940 die Gründung eines kolonialwissenschaftlichen Institutes in Bremen an. Welche Gründe ihn dazu veranlassten den Kontakt mit der Stadt zu suchen ist seinem Schreiben nicht zu entnehmen. Müller-Armack hielt die Gründung dieses Institutes für notwendig, um Bremen eine entsprechende Beteiligung an der zukünftigen Kolonialpolitik zu sichern. Die Hauptaufgaben des Instituts: Die Wirtschafts- und Kolonialverwaltung. Müller-Armack war der Meinung, dass eine Institution zur Pflege von wirtschaftlichen, rechtlichen und geografischen Fragen fehle. Das Institut hätte die Ausbildung von Kolonialbeamt*innen und Kolonialkaufleuten regeln und die Erforschung wirtschaftlicher, politischer, sozialer und geografischer Herausforderungen der Kolo-

179 Schreiben von Wirtschaftssenator Otto Bernhard an Ministerialdirektor Meyer-Rodenburg, Vertretung Oldenburgs und Bremens, 5.10.1937, StAB 3-R.1.g. Nr. 88.

180 Verfügung von Bürgermeister Heinrich Böhmcker, 17.8.1937, StAB 3-R.1.g. Nr. 88.

181 Schreiben von Oberregierungsrat Wöhrl an Bürgermeister Böhmcker, 15.10.1937, StAB 3-R.1.g. Nr. 88.

182 Schreiben von Oberregierungsrat Wöhrl an Studienrat Heinrich Ebeling, 23.3.1938, StAB 3-R.1.g. Nr. 88.

183 Müller-Armack, Alfred (* 28.6.1901; † 16.3.1978): Müller-Armack studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, arbeitete zwischen 1934 und 1940 als außerordentlicher Professor an der Universität Köln und war zwischen 1940 und 1945 als ordentlicher Professor für Nationalökonomie und Kultursoziologie an der Universität Münster beschäftigt. Zudem leitete er dort das Forschungsinstitut für allgemeine und textile Marktwirtschaft. Nach 1945 entwarf er die Idee und den Begriff der „sozialen Marktwirtschaft“, vgl. dazu: Zündorf, Irmgard: Biografie Alfred Müller-Armack, in: LeMO-Biografien, Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, online in: <http://www.hdg.de/lemo/biografie/alfred-mueller-armack.html>, gesehen am: 23.8.2018.

nien planen sollen. Er forcierte hierfür eine Beteiligung an staatlichen Aufgaben der Kolonialpolitik durch Planungsuntersuchungen oder statistischen Erhebungen.

„Das Institut soll keineswegs eine Art Verwaltungs- oder Handelshochschule darstellen, sondern mehr eine wissenschaftliche Zusatzausbildung geben [...]“¹⁸⁴

In einem ergänzenden Entwurf von Müller-Armack zum Kolonialinstitut wird der Vorschlag Bremens erwähnt, dieses als zentrale Forschungsstätte für Kolonialwirtschaft und Kolonialverwaltung im deutschen Reich zu etablieren. „Es werden sicherlich in der Nachkriegszeit von den verschiedenen Stellen wissenschaftliche Untersuchungen über die Kolonien durchgeführt werden.“¹⁸⁵ Durch seine günstige Verkehrslage würden sich in Bremen künftig die Kolonialbeziehungen treffen, weiterentwickeln und einem Institut „dauernd einen Strom lebendiger Anregung zuführen.“¹⁸⁶ Müller-Armacks Vorschläge fanden Anklang bei den Beteiligten. Er konnte sich nicht nur der Unterstützung Böhmckers sicher sein, sondern auch der des Gauleiters Bohle.¹⁸⁷ In der Denkschrift „Vorschlag zur Errichtung einer Reichsforschungsstelle für Kolonialwirtschaft und Kolonialplanung in Bremen“ präsentierte Müller-Armack seine Ideen und stellte einen Bezug zum Memorandum „Die Freie Hansestadt Bremen und ihre Beziehungen zu den deutschen Kolonien“ her. Laut seinen Ausführungen gingen die Verantwortlichen in Bremen davon aus, dass sich die zukünftige Arbeit in den Kolonien durch staatliche Führung sowie planende Vorbereitung in erhöhtem Umfang auszeichnen würde. Er sah in dem Institut eine Möglichkeit für die Stadt, unmittelbar für die Aufgaben der staatlichen und wirtschaftlichen Praxis Untersuchungen durchzuführen. Es sei „[...] Arbeitsstätte spezieller Zweckforschung auf einem völkisch besonders wichtigem Gebiet [...]“

Durch das Erstellen von Gutachten und die Weitergabe von Informationen an Behörden hätte das Institut den Zweck der staatlichen Raumordnung und Raumplanung erfüllen sollen. Des Weiteren wäre ihm auch die Aufgabe zugefallen, Marktforschung für die an den Kolonien interessierte Wirtschaft zu betreiben. Was war für Müller-Armack entscheidend am Standort Bremen? Er begründete seine Auswahl mit der „Kolonialtradition“ der Stadt und der Erfahrung vieler Exportkaufleute. Seiner Denkschrift fügte er eine Kalkulation bei, laut derer sich die Kosten auf einen jährlichen zusätzlich laufenden Finanzbedarf von 300 000 Reichsmark beliefen. Die Stadt erklärte sich bereit, dem Institut ein Gebäude zur Verfügung zu stellen, für das unter anderem eine Bibliothek mit umfassendem Bücher- und Zeitschriftenmaterial, ein Archiv zur Zusammenfassung des aktuellen Berichts- und Zeitungsmaterials und eine statistische Abteilung vorgesehen waren. Müller-Armack plante mit einer Redaktionsabteilung, die die Wochen- und Monatsberichte sowie Zeitschriften und Schriftreihen herausbringen sollte.¹⁸⁸

Die Bremer Regierung versuchte die Umsetzung seiner Vorschläge voranzutreiben, wodurch das Forschungsinstitut zu einem Teil der realen Kolonialpolitik wurde. Möglicherweise spielte dabei der Konkurrenzdruck zu Hamburg eine entscheidende Rolle. In einem Schreiben an Staatsrat Dr. Freiherr von Hodenberg, Bremens Verbindungs-

184 Schreiben von Alfred Müller-Armack an Wilhelm Dannasch, 31.5.1940, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (1).

185 Ergänzender Entwurf von Alfred Müller-Armack zum Kolonialinstitut, 15.6.1940, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (1)

186 EVgl. ebd.

187 Vermerk über das Treffen zwischen Bürgermeister Heinrich Böhmcker und Gauleiter Wilhelm Bohle in Berlin, 11.9.1940, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (1).

188 Denkschrift „Vorschlag zur Errichtung einer Reichsforschungsstelle für Kolonialwirtschaft und Kolonialplanung in Bremen“ von Alfred Müller-Armack an Wilhelm Dannasch, 6.1.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (1).

mann zur Auslandsorganisation, betonte der Präsident der Regierungskanzlei Wilhelm Dannasch,¹⁸⁹ dass Hamburg in Bezug auf die Errichtung eines Kolonialinstitutes aktiver gewesen sei als Bremen. Daher hätte Bremen dieses Thema mit Beschleunigung bearbeiten müssen, wenn Aussicht auf Erfolg bestehen sollte.¹⁹⁰ Die Idee auf nationaler Ebene durchzusetzen, bereitete jedoch Probleme.

Erste Bedenken kamen aus dem Reichskolonialministerium. Im Mai 1941 bat dessen Leiter Epp darum, die Errichtung des Kolonialinstitutes vorläufig zurückzustellen, weil dieses zum Tätigkeitsbereich des Reichskolonialministeriums gehöre.¹⁹¹ Um ein endgültiges Aus zu umgehen, verzichtete Bremen daher auf die Bezeichnung „Institut“ und plante stattdessen die Gründung einer „Forschungsstelle“.¹⁹² Unter der Bezeichnung „Staatliche Forschungsstelle für Kolonialwirtschaft“ wurde daraufhin eine kolonialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft in Bremen gegründet. Der erste Satzungsentwurf enthielt unter anderem eine Zusammenstellung der Aufgaben, dazu gehörte zum Beispiel das Betreiben von Marktforschung. Außerdem sollte die Einrichtung allen an kolonialwirtschaftlichen Fragen interessierten Kreisen des Reiches zur Verfügung stehen.¹⁹³ Im Sommer 1941 begannen sie das Personal aufzustocken und den weiteren Aufbau zu organisieren. Dies geschah unter anderem durch Josef Renne, der für die beim Wirtschaftssenator angesiedelte Dienststelle Reisen unternahm, um zum Beispiel in Hamburg Arbeitskräfte anzuwerben.¹⁹⁴ Eine weiteres Mittel zur Personalsuche waren deutschlandweit geschaltete Zeitungsannoncen. In der Sonntagsausgabe der Frankfurter Zeitung wurde eine Anzeige zur Suche von „wissenschaftlichen Referenten, Assistenten, Diplom-Volkswirten oder Diplom-Kaufmännern“ veröffentlicht, die insbesondere junge Bewerber*innen niedrigerer Gehaltsklassen ansprechen sollte.¹⁹⁵ Ein Bericht vom Dezember 1941 offenbart, wie gering die Personaldecke der Forschungsstelle war. Zu diesem Zeitpunkt beschäftigte die Stelle insgesamt sieben Mitarbeiter*innen, darunter zwei wissenschaftliche Angestellte.¹⁹⁶ Die Mitarbeiter*innennot wurde auch dem Kolonialpolitischen Amt bekannt. Epp teilte in einem Schreiben mit, dass er bereit sei, für das Kuratorium der Forschungsstelle Personal von KPA und RKB zur Verfügung zu stellen.¹⁹⁷ Auch Müller-Armack selbst half bei der Suche nach geeigneten Mitarbeiter*innen. Dabei stieß er auf eine bekannte Bremer Persönlichkeit: Der Kaufmann Ludwig Roselius erklärte sich bereit, dem Beirat der Forschungsstelle anzugehören.¹⁹⁸ Er unterstützte die Forschungsstelle nicht nur durch seine Tätigkeit, sondern half bei der Einrichtung von Arbeitsplätzen. Dafür stellte Roselius der Forschungsstelle

189 Dannasch, Dr. jur. Wilhelm († 24.6.1942): 1939 wurde der aus Münster stammende Landesverwaltungsrat zum Präsidenten des staatlichen Personalamtes Bremen ernannt. Später übte er die Funktion des Präsidenten der Regierungskanzlei aus. Dannasch fiel 1942 im Krieg, vgl.: Peters, Fritz, Zwölf Jahre Bremen, 1933-1945. Eine Chronik, S. 183, S. 228.

190 Schreiben von Wilhelm Dannasch an Staatsrat Hodenberg, 15.1.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (1).

191 Schreiben des Bundesführers RKB Franz von Epp an Bürgermeister Heinrich Böhmcker, 8.5.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (1).

192 Schreiben von Staatsrat Hodenberg an Wilhelm Dannasch, 14.5.1941, 3-R.1.g. Nr. 93 (1).

193 Entwurf einer Satzung für die „Staatliche Forschungsstelle für Kolonialwirtschaft in Bremen“, 11.7.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (2).

194 Schreiben der Auslandsorganisation an den Senator für Wirtschaft, Abteilung für koloniale Fragen, 31.7.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (3).

195 Staatliche Forschungsstelle für Kolonialwirtschaft in Bremen an die Frankfurter Zeitung, 9.12.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (3).

196 Schreiben der Regierungskanzlei an die Besoldungsstelle der Landeshauptkasse, 10.12.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (3).

197 Schreiben des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP an Bürgermeister Heinrich Böhmcker, 5.11.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (5).

198 Schreiben von Alfred Müller-Armack an den Senator für Wirtschaft, 5.7.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (1).

unter anderem Räumlichkeiten in seinem Unternehmen zur Verfügung.¹⁹⁹ Roselius betätigte sich nicht nur im Beirat, sondern war auch Teil des Kuratoriums. Dessen Aufgaben bestanden darin, die Übereinstimmung der Arbeiten der Forschungsstelle mit den Bedürfnissen der Wirtschaftspraxis und -verwaltung zu sichern.²⁰⁰ Weitere Mitglieder waren der Bildungssenator Ernst von Hoff²⁰¹, Richard Duckwitz, Dr. Wilhelm Dannasch, der Präses der Handelskammer Karl Bollmeyer, Staatsrat Hodenberg und General Paul von Lettow-Vorbeck.²⁰²

Die Finanzierung der Forschungsstelle setzte sich laut Satzung aus verschiedenen Quellen zusammen, unter anderem aus Beträgen des ordentlichen Haushaltes, aus Zuschüssen, Förderbeiträgen, Einnahmen aus der Erstattung von Gutachten und aus Einnahmen von Schriftverkäufen.²⁰³ Zuschüsse, zum Beispiel für die Entlohnung wissenschaftlicher Arbeitskräfte, kamen unter anderem vom Reichsforschungsrat. Dieser stellte eine einmalige Zahlung von 20 000 bis 25 000 Reichsmark in Aussicht und begründete dies damit, der Hansestadt ermöglichen zu wollen, sich in einem „[...] ihrer Bedeutung und Tradition entsprechenden Umfang in die aktive kolonialwissenschaftliche Arbeit [...]“ mit einzuschalten.²⁰⁴ Die Stadt gewährte der Forschungsstelle einen finanziellen Vorschuss und übernahm für die Kriegszeit die finanzielle Absicherung. Für die Nachkriegszeit war die Gründung einer Fördergesellschaft vorgesehen. Der Vorschuss wurde von anfangs 1 000 Reichsmark auf 10 225 Reichsmark für die Instandsetzung von Büroräumen erhöht.²⁰⁵

In der Wahl der Geschäftsführung stellte Müller-Armack eine direkte Verbindung zur Kolonialgeschichte Bremens her. Er favorisierte Carl Lüderitz, den Sohn von Adolf Lüderitz. Der Vorschlag kam aber nicht von ihm selbst. In einem Schreiben an den Präsidenten der Regierungskanzlei äußerte Josef Renne, dass Ludwig Roselius dazu angeregt habe, Lüderitz als Geschäftsführer anzustellen und sich bereit erkläre, einen Teil der Gehaltsforderung beizusteuern.²⁰⁶ Hierbei schien es sich auch um einen Freundschaftsdienst von Roselius gehandelt zu haben, da Müller-Armack durch Rücksprache mit Lüderitz erfuhr, dass es um ihn finanziell nicht gut stünde.²⁰⁷ Zunächst verweigerte der Präsident der Regierungskanzlei Dannasch aus Kostengründen die Anstellung von

199 Schreiben von Josef Renne an Alfred Müller-Armack, 22.7.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (1).

200 Entwurf einer Satzung für die „Staatliche Forschungsstelle für Kolonialwirtschaft in Bremen“, 11.7.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (2).

201 Von Hoff, Ernst Richard (* 12.6.1880; † 7.5.1945): Ab 1907 für 26 Jahre an der Oberrealschule an der Dechanatstraße tätig, zunächst als wissenschaftlicher Hilfslehrer, ab 1909 als Studienrat. 1933 vom Kommissar des Reichs mit der Leitung der kirchlichen Angelegenheiten, des Schulwesens und der Bildungsanstalten beauftragt. Vom 1.10.1933 bis zum 26.4.1945 war er als Senator für das Bildungswesen tätig. In späteren Jahren wirkte er auch als Herausgeber der Zeitschrift „Rasse“ mit, vgl. dazu: Dehning, Gustav: s.v. Hoff, in: Lührs, Wilhelm: Bremische Biographie 1912-1962, Bremen 1969, S. 239-240.

202 Schreiben der Industrie- und Handelskammer Bremen an den Senator für Wirtschaft, 1.8.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (2).

203 Gesetzesblatt der Freien Hansestadt Bremen, Satzung der Staatlichen Forschungsstelle für Kolonialwirtschaft in Bremen, 31.12.1941, StAB A.1.d. Nr. 8.

204 Schreiben von Bürgermeister Heinrich Böhmcker an Franz von Epp, 6.2.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (1); Schreiben der kolonialwissenschaftlichen Abteilung des Reichsforschungsrates an Alfred Müller-Armack, 16.5.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (1).

205 Schreiben des Senators für die Finanzen Otto Flohr an den Senator für Wirtschaft, Abteilung für koloniale Fragen, 2.8.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (1).

206 Schreiben von Josef Renne an Wilhelm Dannasch, 18.10.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (3).

207 Besprechung beim Senator für Wirtschaft Otto Bernhard mit Alfred Müller-Armack und Dr. Meyer, 22.8.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (1).

Lüderitz,²⁰⁸ doch auf Druck von Roselius wurde dieser schlussendlich zum Geschäftsführer der Forschungsstelle ernannt.

Das Datum der offiziellen Gründung der „Staatlichen Forschungsstelle für koloniale Wirtschaft“ war der 26. Mai 1941. Die praktische Arbeit begann am 1. August 1941.²⁰⁹ Die endgültige Fassung der Satzung vom 22. Oktober 1941 enthielt einen Erlass Böhmeckers.

„In der deutschen Kolonialgeschichte nimmt die Hansestadt Bremen durch die bahnbrechenden Leistungen bremischer Kaufleute einen Ehrenplatz ein. Es ist eine Verpflichtung unserer alten Hansestadt, dieses übernommene Erbgut zu erhalten [...]. Bei der engen Verbundenheit Bremens mit der Wirtschaft halte ich [...] wissenschaftliche Forschungs- und Planungsarbeiten auf dem Gebiete der Kolonialwirtschaft für notwendig.“²¹⁰

Der Erlass wurde in dieser Form im Gesetzesblatt der Hansestadt veröffentlicht. Unter der Geschäftsführung von Carl Lüderitz begann die „Staatliche Forschungsstelle für Kolonialwirtschaft“ erste Arbeiten zu erstellen. Dazu gehörten unter anderem die „Textilbilanz Afrika“, die aufgliedert in vier Teilen über die Produktionsmöglichkeiten und Anbaumengen von Sisal, Wolle und anderen Faserstoffen berichtete. Des Weiteren erstellte die Forschungsstelle eine Arbeit über „Afrika als Einfuhr- und Ausfuhrmarkt für Tabak und seine Bedeutung für die Tabakversorgung Kontinental-Europas“, einen Bericht über die „Koloniale Erschließungsarbeit der Bremer Handelshäuser“ unter Berücksichtigung der „Südsee-Phosphatgesellschaft“ und eine weitere Arbeit über den „Holzbedarf Großdeutschlands“.²¹¹ Der Betrieb wurde bis 1944 aufrechterhalten. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges schmiedete Lüderitz bereits Pläne, wie die Forschungsstelle hätte weiterbetrieben werden können. Er schlug vor, dass diese sich auf Untersuchungen konzentrieren sollte, die den Handelsverkehr zwischen Bremen und den USA thematisieren. Sie sollten so gehalten werden, dass sie bremischen Wirtschaftsbehörden für wirtschaftliche Verhandlungen mit den Amerikanern in der Nachkriegszeit wertvolle Unterlagen liefern könnten.²¹²

Die Dienststelle für koloniale Fragen behandelte zuletzt vermehrt Fragen der Kolonisation im Osten Europas. 1941 schrieb Josef Renne an Staatsrat Hodenberg, dass er sich mit dem Ölsaatenbau in Osteuropa befasse und dafür eine Gesellschaft in Bremen gründen wolle.²¹³ Dennoch waren Dienst- und Forschungsstelle, im Gegensatz zu anderen Projekten, über das Stadium der Planung hinausgekommen. Sie gehörten zur aktiven Kolonialpolitik Bremens und leisteten ihren Beitrag zur nationalen Kolonialpolitik.

208 Schreiben von Josef Renne an Alfred Müller Armack, 4.11.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (1); Schreiben von Josef Renne an den Senator für Finanzen Otto Flohr, 7.11.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (3).

209 Schreiben der Dienststelle für koloniale Fragen an den Ministerialrat des Reichswirtschaftsministeriums Bethge, 2.8.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (1).

210 Gesetzesblatt der Freien Hansestadt Bremen, ausgegeben am 31.12.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (1).

211 Schreiben des Senators für Wirtschaft Otto Bernhard an Bürgermeister Heinrich Böhmecker, 10.5.1943, StAB 3-R.1.g. Nr. 93 (7); Berichte über die Tätigkeit der Staatlichen Forschungsstelle für Kolonialwirtschaft in Bremen, 29.1.1943, 29.3.1943, Juli 1943, 1.10.1943, Januar 1944, 31.3.1944, 1.7.1944, StAB 4,35 Nr. 43, Monatsberichte über den Geschäftsbereich 1942-1944.

212 Besprechung der Forschungsstelle für Handel und Überseewirtschaft, 30.8.1945, StAB 4,92/1 [78].

213 Schreiben von Josef Renne an Staatsrat Hodenberg, 26.8.1941, StAB 3-R.1.g. Nr. 88.

3.3 „Stadt der Kolonial-Tagungen“ – Bremen als Versammlungsort für den Reichskolonialbund

Drei Jahre zuvor hatte die koloniale Bewegung in Bremen einen ihrer Höhepunkte erreicht. 1938 hielt der Reichskolonialbund seine jährlich stattfindende Reichskolonialtagung erstmals in der Hansestadt ab. Das Treffen wurde wie ein Großevent zelebriert und die Zeitungen berichteten enthusiastisch über die Feierlichkeiten.

„Lachende Sonne über festlicher Stadt! Schon in der neunten Morgenstunde ziehen in dichten Scharen frohe Volksgenossen aus allen deutschen Gauen durch Bremens Straßen.“²¹⁴

Zur gleichen Zeit fand die große Industrie- und Handelsausstellung „Bremen - Schlüssel zur Welt“ statt. Auf dem Ausstellungsgelände wurden Pavillons aufgebaut, die Bremens Wirken in der Weltwirtschaft präsentieren sollten. Wirtschaftssenator Otto Bernhard verkündete in einer Sonderbeilage der Bremer Nachrichten, dass die starke wirtschaftliche Leistung einer Stadt mit Überseehafen wie Bremen auch in großer Form der Welt vor Augen geführt werden müsse. „Diese Aufgabe und diese Leistung wird auf der Ausstellung „Bremen - Schlüssel zur Welt“ dem deutschen Volke und unseren Freunden im Ausland [...] nahegebracht.“²¹⁵

In den Ausstellungsräumen präsentierte Bremen neben Schifffahrt und Handel auch die koloniale Geschichte der Stadt. Durch Bilder, Schaustücke und umfassender Vorstellung der sogenannten „Kolonialpioniere“, sollte die Erinnerung an die Besitzergreifung der deutschen Kolonien wieder ins Gedächtnis gerufen werden.²¹⁶ Die Kolonialausstellung von „Bremen – Schlüssel zur Welt“ warf einen melancholischen Blick in die Vergangenheit und stellte eine Verklärung der Bremer Kolonialgeschichte dar. Die Namen Lüderitz, Vogelsang, Viotor und Rohlf's nutzten die Aussteller als Projektionsflächen ihrer Empörung über Repressionen des Versailler Vertrages und das Verlangen nach Wiederherstellung eines vergangenen Zustandes. In der gleichen Sonderbeilage der Bremer Nachrichten, die Senator Bernhard für sein Statement nutzte, schrieb Friedrich Rendemann über eben jene „Pioniere“ der Bremer Kolonialgeschichte und schloss seinen Artikel mit den Worten „Buten und binnen – wagen und gewinnen. Bremen geht voran im Kampf um unsere Kolonien!“²¹⁷

Rendemann ist einer der Kolonialrevisionisten, der die koloniale Vergangenheit Bremens wieder zum Leben erwecken wollte. Die Akte „Bremens Ansprüche auf dem Gebiet der Kolonialpolitik“²¹⁸ dokumentiert das unmittelbar nach der Tagung und Ausstellung beginnende Bestreben, aus Bremen die „Stadt der Kolonien“ machen zu wollen. Friedrich Rendemann verfolgte das Ziel, die Tagungen des Reichskolonialbundes dauerhaft an die Stadt zu binden. Die Verantwortlichen des RKB mussten von dieser Idee überzeugt werden, denn insbesondere dessen Leiter Epp hatte zunächst andere

214 „Festliche Tage in der Stadt der kolonialen Tradition. Feierliche Eröffnung der Reichskolonialtagung zu Bremen in der oberen Halle des alten Rathauses“, in: Bremer Nachrichten, 28.5.1938

215 „Bremens Aufgabe. Geleitwort des Senators für die Wirtschaft O. Bernhard“, in: Bremer Nachrichten, Sonderbeilage „Bremen - Schlüssel zur Welt“, 25.5.1938.

216 „Wagen, Schaffen, Vollbringen – bremischer Dreiklang. Erster Ausstellungs-Rundgang“, in: Bremer Nachrichten, 26.5.1938.

217 „Bremer schufen Kolonien“, in: Bremer Nachrichten, Sonderbeilage „Bremen - Schlüssel zur Welt“, 25.5.1938.

218 StAB 3-R.1.g. Nr. 92, Bremens Ansprüche auf dem Gebiet der Kolonialpolitik.

Pläne. Insgesamt zehn Gauverbände des Reichskolonialbundes bewarben sich für die Austragung der Kolonialtagung, darunter Städte wie Breslau und Hamburg. Zu diesem Zeitpunkt plante der RKB noch nicht, die Tagung an nur einem Standort abzuhalten.

„Der RKB habe Verpflichtungen Breslau, Leipzig und Hamburg gegenüber [...]“²¹⁹

Als schlagkräftiges Argument für Bremen betrachtete Rendemann ein umfangreiches Angebot der Stadt an den Reichskolonialbund. In seiner Begründung hob er zwei Punkte hervor, die seiner Meinung nach notwendig waren, um überzeugen zu können: Der Bau einer großen Tagungshalle und die Errichtung einer kolonialen Schulungsstätte für den RKB.²²⁰ Die Tagungshalle war ein Projekt, das im Verlauf der Dreißigerjahre immer wieder auf der Agenda stand. Bereits ab 1934 wurde der Entwurf der sogenannten „Niedersachsenhalle“ konzipiert.²²¹ Die NS-Handwerks-, Handels- und Gewerbe-Organisation (NS-HAGO) sprach die Notwendigkeit einer Stadthalle für bis zu 20 000 Personen in einem Schreiben vom 11. Januar 1934 an. Darin hieß es, dass die in Bremen vorhandenen Versammlungsräume für Massenversammlungen, darunter verstand die HAGO insbesondere Auftritte von Adolf Hitler, potenziell zu klein wären. Des Weiteren bräuchte Bremen als „Ausfallstor Deutschlands“ ein derartiges Bauwerk, um der deutschen Bevölkerung die Seehäfen näher zu bringen.²²² Die Planungen begannen 1935 zunächst mit der Bildung eines Arbeitsausschusses²²³ und wurden 1936 durch die Gründung des Vereins „Niedersachsenhalle Bremen“ fortgesetzt. Dieser Verein schrieb in seiner Satzung als Ziel die Errichtung einer Veranstaltungshalle fest.²²⁴ Um die auf drei bis vier Millionen Reichsmark geschätzten Baukosten decken zu können, wurde die Bremer Bevölkerung zu Spenden aufgerufen.²²⁵ Der Aufruf brachte jedoch lediglich 700 000 bis 800 000 Reichsmark ein.²²⁶ Ab 1937 ebte das Interesse an dem Veranstaltungsgebäude ab, denn Investitionen in den Wohnungsbau hatten Vorrang.²²⁷ 1938 wurde der Verein „Niedersachsenhalle Bremen“ in „Weserhalle Bremen“ unbenannt und Josef Renne erhielt den Auftrag unter anderem Hallen in Dortmund, Köln, Stuttgart und Berlin zu besichtigen, um über deren Größe und Wirtschaftlichkeit zu berichten. Aufgrund der Erkenntnisse, die er während seiner ersten Reise gewann, besuchte er im Oktober 1938 gemeinsam mit einer Delegation erneut die Deutschlandhalle in Berlin.²²⁸ In einem Schreiben an Böhmcker berichtet Renne über ein Treffen mit dem Reichskolonialbund und Gauverbandsleiter Rendemann. Seinem Schreiben hatte Renne ein Ansuchen an die Bundesleitung des RKB beigelegt, in der der Bau einer „Weserhalle“ in Aussicht gestellt wurde, die bis zu 16 000 Menschen Platz bieten sollte.²²⁹

219 Niederschrift der Besprechung mit der Bundesleitung des RKB in Berlin, 25.6.1938, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

220 Schreiben von Friedrich Rendemann an Bürgermeister Heinrich Böhmcker, 29.6.1938, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

221 Schreiben der NS-Handwerks-, Handels- und Gewerbe-Organisation (NS-HAGO), Kreis Bremen, Errichtung einer Stadthalle in Bremen, 11.1.1934, StAB 7,1066-132.

222 Schreiben der NS-Handwerks-, Handels- und Gewerbe-Organisation (NS-HAGO), Kreis Bremen, Wann erhält Bremen eine Stadthalle?, 11.1.1934, StAB 7,1066-132.

223 Schreiben des Kreiswirtschaftsberaters an die Mitglieder des Arbeitsausschusses, Einladung zu Sitzung des engeren Arbeitsausschusses, 1.7.1935, StAB 7,1066-132.

224 Satzung für den Verein „Niedersachsenhalle Bremen“, 12.2.1936, StAB 7,1066-132.

225 „Ein stolzes Werk bremischen Opfersinns“, in: Bremer Zeitung, 25.5.1936; „Bremen, deine Hilfe tut Not!“, in: Bremer Nachrichten, 5.7.1936.

226 Schreiben des Amtes für Handwerk und Handel, Kreisleitung Bremen, an den Leiter des Arbeitsamtes Kohl, 31.10.19, StAB 7,1066-132.

227 Schreiben von Staatsrat von Hagel an Wilhelm Lakenau, 14.4.1937, StAB 7,1066-132.

228 Geschäftsbericht und Jahresabschluss 1938, Verein „Weserhalle“, bis 23.8/24.9.1938 Verein „Niedersachsenhalle“, 29.3.1939, StAB 7,1066-132.

229 Schreiben von Josef Renne an Bürgermeister Heinrich Böhmcker; Eingabe an die Bundesführung des RKB, 20.6.1939, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

Im Gegensatz zur Veranstaltungshalle sollte die Kolonialschule dem RKB vorbehalten bleiben. Für die ab 1938 diskutierte Idee hatten die verantwortlichen Planer*innen bereits ein Grundstück in Aussicht: Die Marcusallee 9, Bremen. Es sollte kostenfrei zur Verfügung gestellt und der Unterhalt der Schule durch jährliche Beihilfen mitfinanziert werden.²³⁰ Unter anderem schlug Böhmcker vor, dass der Schule ein Internat für bis zu 60 Schüler*innen angeschlossen werden könnte.²³¹ Die Bremer Wirtschaft zeigte ebenfalls Interesse an einer kolonialen Schulung. Bei einer Besprechung in der Handelskammer kündigte Bollmeyer an, dass diese die laufenden Kosten mit einer jährlichen Summe von 10 000 Reichsmark unterstützen würde und die Wirtschaftskreise in Bremen Geld beisteuern könnten. Er sah eine Notwendigkeit für Lehrgänge, in denen junge Deutsche, die sich in den Kolonien betätigen wollten, unter anderem Unterricht in afrikanischen Sprachen erhielten.²³² Obwohl zur gleichen Zeit auch die „Deutsche Arbeitsfront“ die Errichtung einer Kolonialschule²³³ in Bremen plante und bereits eine vorläufige koloniale Schulung in der „R. Muchow Schule“²³⁴ stattfand, hielten die Verantwortlichen an ihrem Angebot an den Reichskolonialbund fest.²³⁵ Es blieb jedoch ohne Erfolg und das vorgesehene Grundstück wurde einem anderen Zweck zugeführt. Eine Eintragung bei der Grundstücksverwaltung des Hauptamtes für Volkswohlfahrt belegt, dass das Gebäude als „Schülerinternat für Kindergärtnerinnen und Sozialschülerinnen“ genutzt wurde.²³⁶

Das Ziel, die Tagungen des Reichskolonialbundes ausschließlich in Bremen abzuhalten, war weiterhin von großer Bedeutung. Dafür mussten jedoch organisatorische Probleme gelöst werden, denn die Veranstaltungen des Reichskolonialbundes lockten viele Teilnehmer*innen an. Es bestand die Notwendigkeit, die Unterbringungsmöglichkeiten in der Stadt auszubauen. Unter anderem argumentiert Josef Renne in einem Schreiben an den Bürgermeister, dass die Unterbringung auch durch den Bau eines „K.d.F.-Hafens“²³⁷ gelöst werden könnte. Renne versuchte die Deutsche Arbeitsfront von dieser Idee zu überzeugen und erreichte bei einem Gespräch, dass die Pläne für die „Kolonialstadt Bremen“ diese wohlwollend zurückließ. Die Verantwortlichen der Deutschen Arbeitsfront hatten zunächst ausgesagt, dass Hamburg „K.d.F.-Reisenden“ mehr zu bieten hätte.²³⁸ Aus Rennes Schreiben geht hervor, dass seine Präsentation der Pläne sie dem Gedanken eines Hafens in Bremen näherkommen ließ. Jedoch fehlten seiner

230 Schreiben von Friedrich Rendemann an Bürgermeister Heinrich Böhmcker, 29.6.1938, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

231 Niederschrift einer Besprechung im Rathaus, 24.6.1938, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

232 Niederschrift einer Besprechung in der Handelskammer, ohne Datum, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

233 Schreiben von Friedrich Rendemann an Bürgermeister Heinrich Böhmcker, 28.7.1938, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

234 Die Schule der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) in Bremen erhielt 1936 die Bezeichnung „Reinhold-Muchow Schule, Arbeitsschule der DAF, Bremen“. Benannt wurde die Schule nach dem NS-Sozialpolitiker Muchow, der 1933 Organisationsleiter der „DAF“ war und sich an der Zerschlagung der Gewerkschaften beteiligt hatte. Er verstarb im selben Jahr, vermutlich durch einen Unfall, vgl.: Peters, Zwölf Jahre Bremen, S. 109; Weiß, Hermann: s.v. Muchow, Reinhold, in: Weiß, Hermann (Hrsg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. 2002, S. 326.

235 Besprechung mit dem Bundesführer des RKB Franz von Epp in Nürnberg, 19.9.1938, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

236 Gauamtsleitung Weser-Ems an die Grundstücksverwaltung des Hauptamtes für Volkswohlfahrt, Antrag auf Erwerb eines Grundstückes, Bremen, Marcusallee 9, Internat für die Ausbildung von Sozialschülerinnen, 27.1.1941, StAB 7,1066-323.

237 Die Abkürzung „K.d.F.“ steht für die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“. Diese Organisation gehörte der „Deutschen Arbeitsfront“ an und diente dem Zweck, Erholungs- und Unterhaltungsprogramm einer breiten Bevölkerungsmasse anzubieten. Gleichzeitig verfolge sie die Gleichschaltung der Freizeitgestaltung und die Erziehung des Volkes im Sinne des Nationalsozialismus, auch um die deutsche Bevölkerung von der Rechtschaffenheit des Regimes zu überzeugen, vgl. dazu: Schneider, Claudia: Die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“. Erholung für die Arbeiter - Produktionssteigerung für den Staat, online in: <http://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/die-ns-gemeinschaft-kraft-durch-freude/>, 2.11.2004, aktualisiert 15.6.2017, gesehen am: 23.8.2018.

238 Schreiben von Josef Renne an Bürgermeister Heinrich Böhmcker, 25.5.1939, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

Argumentation Angaben über die Details und den Fortschritt der Planungen.²³⁹ Dafür griff Renne in einer anderen Korrespondenz erneut die Konkurrenz zu Hamburg auf. Hamburg habe für den „RKB“ einen Empfang auf dem Dampfer „Ubena“ veranstaltet, alle angesehenen Persönlichkeiten der Stadt eingeladen und versucht, die Geschäftsführung von den Vorzügen Hamburgs zu überzeugen. Der Empfang hinterließ einen entsprechenden Eindruck.

„Ich habe erklärt, dass Hamburg sich schlecht einmal ‚Stadt der K.d.F.-Tagungen‘ und vielleicht 14 Tage später ‚Stadt der Kolonial-Tagungen‘ nennen kann“²⁴⁰

Nach einer zweistündigen Besprechung gelang es Renne die unschlüssigen Verantwortlichen des Reichskolonialbundes für eine Abhaltung der Tagungen in Bremen zu überzeugen. Er überreichte eine Denkschrift, die für Bremens Vorzüge sprechen sollte. In seinen Erläuterungen standen die Leistungen, die die sogenannten „Kolonialpioniere“ erbracht hätten, im Vordergrund. Aber auch der Bau eines K.d.F.-Hafens wurde weiterhin fest eingeplant und damit einhergehend ein 3 000 Betten fassendes Hotel.²⁴¹

3.4 „Ausbildung des jungen Kolonialkaufmannes“ – Entwürfe einer Bremer Kolonialschule

Die Überlegung, dem Reichskolonialbund eine Kolonialschule zur Verfügung zu stellen war nicht der einzige Versuch, koloniale Ausbildung in Bremen zu etablieren. Der Kaufmann Ernst August Euting schlug bereits 1935 in einem Memorandum vor, das „Kolonial- und Übersee-Museum“ als Kolonialschule zu nutzen. Er begründete seinen Vorstoß damit, dass es nur noch wenige der „alten Vorkriegskolonialpioniere“ gebe, die über koloniales Wissen verfügten und sich der Nachwuchs daher die notwendigen Kenntnisse aneignen müsse.²⁴² Euting wollte durch angemessene Schulung gezielt das Interesse junger Menschen wecken, die in Afrika im Sinne des nationalsozialistischen Denkens wirtschaftlich aktiv werden würden.

„Die Durchführung dieses Programmes wird es unserem kolonialen Nachwuchs ermöglichen zur gegebenen Zeit, vorbereitet in kolonialem Können und Wissen, hinauszugehen in deutsche Schutzgebiete um für das Volksganze zu schaffen.“²⁴³

Letztendlich konnte der Plan, im Museum eine koloniale Ausbildung zu ermöglichen, nicht umgesetzt werden.

Aber schon im Jahr darauf wurde die Diskussion, eine Schule mit kolonialem Bezug zu gründen, fortgesetzt. Involviert in diese Pläne war unter anderem die Deutsche Arbeitsfront. Bremen und die DAF verhandelten, in der Stadt eine koloniale Außenhandelschule zu errichten. Jedoch entstand ein Konflikt darüber, unter welcher Aufsicht eine derartige Schule stehen und welche Ausrichtung sie erhalten sollte. Die Deutsche

239 SVgl. ebd.

240 Schreiben von Josef Renne an Bürgermeister Heinrich Böhmcker, 20.6.1939, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

241 Vgl. ebd.

242 Schulung im Kolonial- und Überseemuseum, Begleitschreiben und Memorandum: „Deutsches Kolonialmuseum“ von Ernst August Euting, 26.2.1935, StAB 3-R.1.g. Nr. 108.

243 Schulung im Kolonial- und Überseemuseum, Pressemitteilung „Deutsches Kolonial-Museum Bremen“, von Ernst August Euting an Richard von Hoff, 1.5.1935, StAB 3-R.1.g. Nr. 108.

Arbeitsfront wollte eine Kolonialschule in Bremen übernehmen, Bürgermeister Otto Heider²⁴⁴ verständigte sich jedoch in einem Gespräch mit Bildungssenator von Hoff darüber, dass die Kolonialschule der Union anzugliedern sei.²⁴⁵ Daraufhin beschloss der Verwaltungsrat der Union, ihre Handelsschule um eine Kolonialschule zu erweitern. Deren Aufgabe sollte sein, jungen Kaufleuten für den Kolonial- und Überseedienst eine theoretische Ergänzung und Vertiefung ihres Wissens über das Ausland zu vermitteln. Die Union verfolgte damit unter anderem den Zweck, den kolonialen Gedanken in der Jugend wachzuhalten. Um den kolonialen Aspekt zu verdeutlichen, beschlossen sie eine Umbenennung der Schule in „Handels- und Kolonialschule der Union zu Bremen“.²⁴⁶ Bereits einen Monat später berichteten die Bremer Nachrichten über die Namensänderung und über eine neuerrichtete Kolonialschule. „Wieder ein Schritt vorwärts. Ausbau der Handelsschule der Union.“²⁴⁷ Von offiziellen Stellen wurde dieser Bericht jedoch dementiert und als Falschmeldung abgetan. Das Dementi konnte nicht verhindern, dass es zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen der Deutschen Arbeitsfront und der Bremer Schulverwaltung anlässlich der Namensänderung kam. Sie stritten darum, wo die Grenzen zwischen der Schulungsarbeit des Staates und die der Partei lagen. Es wurde darauf verwiesen, dass die Im- und Exportschulen der Deutschen Arbeitsfront und die Kolonialschule möglichst zusammenarbeiten müssten.²⁴⁸ Heider äußerte gegenüber dem Reichserziehungsministerium, dass die Pressemitteilung über die Gründung einer Handels- und Kolonialschule in Bremen nicht den Tatsachen entspreche, sondern bloß den voreiligen Vermutungen eines Zeitungsschreibers zuzuordnen sei.²⁴⁹ Jene Schule, die in Bremen gegründet werden sollte, stünde nicht in Konkurrenz zu den landwirtschaftlichen Schulen der Deutschen Arbeitsfront. Dennoch verhinderte die Gauleitung Weser-Ems eine Erweiterung und Umbenennung der Handelsschule der Union.²⁵⁰

Die Akten enthalten Schriftverkehr zu verschiedenen Vorschlägen, wie eine koloniale Schulung in Bremen hätte gestaltet werden sollen. Nicht alle Ideengeber *innen bekleideten politische Ämter, sondern folgten vielmehr beruflichen und persönlichen Interessen. Johann Hinrich Knittermeyer²⁵¹, zwischen 1933 und 1936 kommissarischer Leiter der „Volksbücherei Bremen“ sowie ab 1941 Leiter der neugegründeten „Volksbildungsstätte Bremen“, äußerte seine Ideen 1938 in dem Exposé „Über eine Kolonialhochschule in Bremen“.²⁵² Er sprach in seinen Ausführungen darüber, dass die kolonialwissenschaftliche Arbeit in Bremen ihren Mittelpunkt erhalten müsse. Knittermeyer

244 Heider, Otto (* 26.5.1896; † 13.5.1960): Mitglied der NSDAP ab 1925, Mitglied der SA ab 1930. Die Partei verhalf ihm ab 1933 zu seiner politische Karriere. Er wurde Senator für Arbeit Technik und Wohlfahrt (Oktober 1933) und 1934 als Bürgermeister eingesetzt. Von diesem Amt wurde er 1937 abgesetzt, unter anderem wegen der satzungswidrigen Verwendung von Stiftungsgeldern, vgl.: Schwarzwälder, s. v. Heider, Otto, in: Das große Bremen-Lexikon, Band 1 A-K, S. 369.

245 Auszug aus der Niederschrift über die Senatorenbesprechung über die Kolonialschule in Bremen, 17.6.1936, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

246 Schreiben der Handelsschule der Union zu Bremen an Bürgermeister Otto Heider, 24.6.1936, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

247 „Bremer Kolonial- und Überseeschule. Wieder ein Schritt vorwärts. Ausbau der Handelsschule der Union“, in: Bremer Zeitung, 14.7.1936.

248 Auszug über die Senatorenbesprechung beim Regierenden Bürgermeister, 23.9.1936, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

249 Schreiben von Bürgermeister Otto Heider an das Reichserziehungsministerium, 5.9.1936, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

250 Schreiben der NSDAP Gauleitung Weser-Ems an Bildungssenator von Hoff, 8.10.1936, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

251 Knittermeyer, Johann Hinrich (* 20.2.1891; † 25.2.1958): deutscher Bibliothekar und Philosoph, Leiter der Bremer Staatsbibliothek (1923-1945) und Mitglied der NSDAP (1933-1945), vgl. dazu: Seekamp, Hans-Jürgen, s. v. Johann Hinrich Knittermeyer, in: Lührs, Bremische Biographie 1912-1962, S. 277-279.

252 Exposé „Über eine Kolonialhochschule in Bremen“, Dr. Hinrich Knittermeyer, Juni 1938, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

strebte Verhandlungen mit den Behörden an um zu erreichen, dass neue koloniale Forschungs- und Ausbildungsstätten nach Bremen kommen. Er fürchtete, dass die Stadt weiterhin im Schatten Hamburgs um ihr Dasein kämpfen müsste und sah im Ausbau Bremens zu einem Standort kolonialer Forschung und Schulung den Ausweg.

„Die Führung muss darüber wachen, dass [...] einige wenige große Ziele mit zäher Energie verfolgt und durchgesetzt werden. Die gegenwärtige Führung Bremens hat als ein solches Ziel den Einsatz für den kolonialen Gedanken herausgestellt.“

Knittermeyer knüpfte wie viele vor ihm dieses Ziel an koloniale Traditionen Bremens an. Er empfand es als natürlich, dass Bremen auf dem kolonialen Gebiet die Führung für sich beanspruchte. Im Verlauf seiner Argumentation verwies er darauf, dass die Ansätze in Bremen bereits gegeben seien, zum Beispiel durch das „Kolonial- und Überseemuseum“ und deren Sammlung oder durch die Staatsbibliothek, die umfangreich koloniale Literatur in ihrem Bestand hätte. Da Hamburg eine Universität besaß, empfand er es nur als gerecht, wenn Bremen eine koloniale Fachhochschule bekäme. Um Konkurrenten wie der Hansischen Universität aber auch der Berliner Universität zuvorkommen zu können, sah er die Notwendigkeit, die Fachhochschule als Kolonial- und Handelshochschule auszubauen. Diese müsste auf kolonialen „Forschungs- und Lebensraum“ ausgerichtet sein. „Wir wollen keine Universität. Wir wollen eine Zentralstelle für die kolonialen Wissenschaften schaffen.“

Bei aller Konkurrenz zu Hamburg wollte er dennoch nicht auf die Erfahrung und das Wissen der dort ansässigen Expert*innen verzichten. Knittermeyer befand es für notwendig, eine Reihe hamburgischer Professor*innen nebenamtlich an die Kolonialhochschule zu berufen, um auf wissenschaftlichem Gebiet einen Ausgleich zwischen den beiden Hansestädten zu erreichen. In seinem Planspiel hatte er die Kolonialhochschule bereits in Relation zu anderen gleichwertigen Schulen gesetzt, insbesondere zur Deutschen Kolonialschule in Witzenhausen. Gegenüber dieser Einrichtung hätte die Bremer Kolonialhochschule seiner Meinung nach die Funktion eines Oberbaues darstellen sollen, da in Witzenhausen eine praktische Ausbildung für Landwirte, Handwerker und weibliche Hilfskräfte stattgefunden habe. „Entscheidend wird hier wahrscheinlich die Stellung des Reichskolonialbundes sein, der bei dem heutigen Aufriss unseres Staatslebens einen stärkeren Einfluss als die in Frage kommenden Staatsstellen haben dürfte.“

Die Deutsche Kolonialschule in Witzenhausen spielte eine wesentliche Rolle bei den Kolonialplanungen, galt als Zentrum in der Ausbildung von Landwirten für die Kolonien. Gegründet wurde die Schule am 18. Mai 1898 um dem Mangel an ausgebildeten Arbeitskräften in den Kolonien zu begegnen. Ab 1934 umfasste das Studium, in dem unter anderen Koloniallandwirte geschult wurden, um autark arbeiten zu können, sechs Semester. Ab 1940 erhielten die Absolvent*innen nach bestandener Prüfung die Urkunde als „Staatlich geprüfter Koloniallandwirt“. Endgültig eingestellt wurde der Schulbetrieb erst im Herbst 1944.²⁵³ Eine weitere Kolonialschule bestand in Rendsburg. Bis 1930 stellte diese Schule eine Mischung aus Volkshochschule und einer landwirtschaftlichen Frauenschule dar. Als koloniale Fachschule bildete das Institut Frauen theoretisch und praktisch für haus- und landwirtschaftliche Berufe in den Kolonien aus. 1942 wurde

253 Linne, *Deutschland jenseits des Äquators?*, S. 33-34.

den Schülerinnen verkündet, dass die Kolonien nicht länger im Afrika, sondern im Osten lägen. Die Arbeit wurde im Oktober 1945 eingestellt.²⁵⁴

Die Kolonialhochschule in Bremen sollte zum selbstständigen, produktiven Einsatz in den Kolonien befähigen und im Geiste des nationalsozialistischen Vierjahresplans die Gewähr für den volkswirtschaftlichen Einsatz der kolonialen Besiedlung schaffen. In seiner Denkschrift zählte Knittermeyer die Wissenschaftsgebiete auf, die seiner Ansicht nach für eine neue deutsche Kolonialarbeit besondere Aufmerksamkeit bedurften. Dazu gehörten die Geschichte der Kolonial- und Überseepolitik, wobei die deutsche Kolonialgeschichte im Vordergrund stand, koloniales Recht und Verwaltung, Landeskunde, koloniale Naturwissenschaften, Rohstoffkunde, Völkerkunde, koloniale Sprachwissenschaften und tropische Medizin. Dabei orientierte er die Fächer an nationalsozialistischer Ideologie und „Rassenlehre“. Knittermeyer forderte unter anderem, dass die unüberbrückbare Grenze zwischen „Weißen“ und „Schwarzen“ anerkannt und eine Rechts- und Verwaltungsform gesucht werden müsste, die die „produktive Mitwirkung der Bevölkerung“ ermögliche. Andere Fächer hatten einen starken wirtschaftlichen Bezug und sollten Fragen hinsichtlich der Besiedlungsmöglichkeiten, der Züchtungs- und Verwertungsmöglichkeiten von Tieren und Pflanzen klären als auch geologische und mineralogische Untersuchungen zugunsten deutscher Bedürfnisse unternehmen. In seinen Plänen nahm die Völkerkunde einen wesentlichen Platz ein, da sie laut seinen Vorstellungen notwendig war, um Lebensgewohnheiten und Glaubensvorstellungen der in Afrika lebenden Bevölkerung zu behandeln. Knittermeyer sah in einer Zusammenarbeit zwischen der Bremer Kolonialhochschule und der Hansischen Universität in Form einer Arbeitsgemeinschaft große Chancen, da seiner Meinung nach die beiden Städte am engsten mit den kolonialen Fragen verbunden waren.

Das Schulungskonzept richtete sich hauptsächlich an Schüler*innen und Student*innen, die bereits eine Handelsschule besuchten. Er hielt es für wahrscheinlich, dass zukünftige koloniale Beamte*innen des Deutschen Reiches ein Studium an der Bremer Kolonialhochschule absolvieren müssten. Dies weitete er auf den militärischen Bereich aus, denn auch Heer, Marine und Luftwaffe würden eine kolonialwissenschaftliche Ausbildung verlangen.

Knittermeyer sah die Politiker*innen Bremens in der Verantwortung die Realisierung einer Kolonialhochschule schnell voranzutreiben. Denn der Aufbau dieser Schule würde in Bremen mit Begeisterung als die der Stadt zugewiesene nationalpolitische Aufgabe ergriffen werden und geschlossene Erfüllung finden.

„Bremen kann nicht aus dem Kampf der Gegenwart für eine größere deutsche Zukunft ausscheiden wollen, um eine kulturelle Aufgabe für den niederdeutschen Raum zu erfüllen. Die koloniale Aufgabe bietet ihm eine große Gelegenheit, um seinen alten Ruhm durch eine neue Tat zu verjüngen.“²⁵⁵

254 Ebd., S. 35-36.

255 Exposé „Über eine Kolonialhochschule in Bremen“, Dr. Hinrich Knittermeyer, Juni 1938, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

Die Bremer Politiker*innen der NSDAP reagierten auf die Vorschläge zunächst zaghaft. In einem Schreiben an Carl Völckers,²⁵⁶ Präsident der Behörde für Schifffahrt, Handel und Gewerbe, kommentierte der Syndikus Arthur Ulrich von der Handelskammer Bremen 1938 die Diskussion über Handelshochschule und Kolonialhochschule in der Stadt damit, dass die Projekte einer sorgfältigen Prüfung bedürften.²⁵⁷ Dies betraf auch den Vorschlag von Knittermeyer, für dessen Finanzierung Ulrich eine Beteiligung der Handelskammer ausschloss.²⁵⁸ Dagegen wurde ein erneuter Vorstoß, die Handelsschule der Union zu einer Wirtschafts- und Kolonialschule auszubauen, von den Verantwortlichen in Betracht gezogen. Der Vorschlag kam 1938 von Studienrat Heinrich Ebeling, der diesen ausführlich in einem Schreiben an Karl Bollmeyer darlegte.²⁵⁹ Er zählte darin die Punkte auf, die laut seiner Ansicht für einen Ausbau der Handelsschule sprachen. Ebeling vertrat die Meinung, dass Bremen als zweiter See- und Außenhandelsplatz Deutschlands einer Schule bedürfe, in der junge Menschen, die sich dem Handel zuwenden wollen, in mehrjährigen Lehrgängen eine sorgfältige Ausbildung erfahren. Bezugnehmend auf die Auseinandersetzung mit der DAF schrieb er, dass in Bremen bisher Unklarheit darüber geherrscht habe, wer Träger der Schule sein und was unterrichtet werden sollte. Er schlug vor, aus der Handelsschule der Union eine Wirtschafts- und Kolonialschule zu entwickeln. Darin sah Ebeling den Vorteil, dass diese auf die umfangreiche koloniale Sammlung der Handelsschule der Union zurückgreifen könnte. Da die Schule insbesondere der Bremer Wirtschaft dienlich sein sollte, war eine Ausrichtung auf die theoretischen und praktischen Notwendigkeiten des Handels unter Berücksichtigung des Groß- und Außenhandels und der Kolonialwirtschaft auf allen Gebieten vorgesehen. Ebeling empfand das kaufmännische Schulwesen in Bremen im Vergleich zu anderen Großstädten in Deutschland als zurückgeblieben und vertrat die Auffassung, dass die „Eigenart des bremischen Handels“ ihre besondere Schulform haben müsste.

Im Gegensatz zum Vorschlag Knittermeyers, band er in seine Pläne die praktische Ausbildung stärker mit ein. Während der dreijährigen Schulung hätte im zweiten Jahr die Geschäftspraxis dominieren sollen. Im ersten Jahr hätten kaufmännische Schulungen unter besonderer Berücksichtigung des Kolonial- und Außenhandels stattgefunden, im dritten die Ausbildung auf dem Gebiet des Handels. Ebeling begnügte sich nicht nur damit, den Ausbildungsverlauf zu skizzieren, sondern verfasste bereits einen möglichen Lehrplan. Dabei gab er bekannten Schulfächern eine kolonial-wirtschaftliche Note. Erdkunde wäre zur Wirtschafts- und Handelsgeografie mit praktischer Länder- und Kolonialkunde ausgebaut worden und im Fach Mathematik hätten die Schüler*innen neben Versicherungs- und Bilanzrechnung zusätzlich Bank- und Devisenrechnung gelernt. Um ein klares Bild im Streit um territoriale Herrschaft zeichnen zu können, schlug er als weiteres Fach „Einführung in das Wesen des Engländers“ vor, um dessen Denkart und Schwächen durch die Lektüre von Fachbüchern, Handelszeitschriften und wirtschaftlichen Abhandlungen ergründen zu können. Laut seinen Vorstellungen

256 Völckers, Carl (* 24.10.1886; † November 1970): Carl Völckers war ab 1919 Staatssekretär beim Bremer Senat, ab 1931 Staatsrat in der Verwaltung für Schifffahrt, Handel und Gewerbe. Zwischen 1933 und 1945 stand er dieser Behörde als Präsident vor, vgl. dazu: Völckers, Carl, Indexeintrag: Deutsche Biographie, online in: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd133793273.html>, gesehen am: 18.07.2018.

257 Schreiben von Arthur Ulrich, Syndikus der Handelskammer, an Carl Völckers, Präsident der Behörde für Schifffahrt, Handel und Gewerbe, 30.6.1938, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

258 Industrie- und Handelskammer an die Behörde für Schifffahrt, Handel und Gewerbe, 19.8.1938, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

259 Schreiben von Arthur Ulrich, Syndikus der Industrie- und Handelskammer Bremen, an Carl Völckers, Präsident der Behörde für Schifffahrt, Handel und Gewerbe, 19.8.1938, StAB V.2. Nr. 338 [75].

wäre das Fach zu einem wertvollen Gebiet nationalsozialistischer Erziehung geworden, wodurch der Schüler lernte „[...] voll Stolz die Leistung seines Vaterlandes neben die des großen britischen Weltreiches zu stellen, und der damit weder in ein Kriechen vor überragender englischer Weltmacht und Klugheit noch in eine im Auslande das deutsche Ansehen oft schwer schädigende Überheblichkeit verfällt.“ Dazu passt sein Vorstoß, während der dreijährigen Ausbildung einen sechswöchigen Schüleraustausch unter anderem mit England vorzunehmen. Nationalsozialistische Erziehung war für das Ferienprogramm vorgesehen, das in Gemeinschaftslagern mit weltanschaulichen Schulungskursen der Arbeitsfront verbracht werden sollte.

Für den Aufenthalt im Ausland bedurfte es einer zusätzlichen Sprachausbildung. Ebeling sah hierfür zum Beispiel Unterricht in Englisch und Spanisch vor, mit Schwerpunkt auf praktischen und wirtschaftlichen Aspekten. Dies bedeutete für ihn eine zusätzliche Möglichkeit, die Schule als Dolmetscher- und Korrespondenten-Vorschule zu nutzen. Unterricht in Französisch, Italienisch und den sogenannten „Eingeborenensprachen“ sollte als Wahlfach angeboten werden. Um konkret auf die unmittelbaren Bedürfnisse des Handels eingehen zu können, schlug er entsprechende Sonderfachkurse für Kolonialkaufleute, Bilanzbuchhalter oder Steuersachverständige vor. Ebeling nannte als Ziel seiner Schulung, dass junge Menschen, die sich der Wirtschaft zuwenden wollten, frühzeitig und gründlich ausgebildet werden könnten. „Weltanschaulich gefestigt und auf allen Gebieten hervorragend geschult, wird der junge Auslandskaufmann auch Bremens Ansehen entsprechend jahrhundertelanger Tradition zu vertreten wissen.“²⁶⁰

Ebelings Ideen rückten in den Mittelpunkt einer erneuten Diskussion zwischen Stadt und der Leitung des Gau Weser-Ems über einer Schule. 1939 vermerkte Josef Renne in einer Akte, dass wegen der Errichtung einer Außenhandelsschule in Bremen Gauhauptstellenleiter Schnurbusch und der Leiter der „Muchow-Schule Bremen“ beim Wirtschaftssenator vorstellig waren. Renne wohnte dieser Besprechung bei und präsentierte den von Ebeling gemachten Vorschlag. Schnurbusch lehnte ihn jedoch ab, weil dafür einerseits im Handel tätige Kaufleute gebraucht wurden und somit nicht mehr ihrer Arbeit nachgehen konnten und andererseits im Außenhandel tätige Unternehmer die Meinung vertraten, dass die Kolonien „nicht Wissenschaftler sondern Praktiker“ bräuchten.²⁶¹ Renne schlug daraufhin ein Gespräch beim Bürgermeister vor, zu dem alle eingeladen würden, die Pläne eingereicht hätten. Sie sollten ihre Meinungen und Ansichten darlegen, woraufhin entschieden würde, welche Form die Schule letztendlich annehmen sollte.²⁶² Bis dieses Gespräch schlussendlich stattfand, vergingen zwei weitere Jahre.

In der Zwischenzeit hatte sich auch die Union dem Thema erneut angenommen und beschlossen, durch die Vermittlung der Industrie- und Handelskammer die Errichtung einer Kolonialschule und einer Wirtschaftsoberschule beim Senator für Bildung zu beantragen. In den Lehrplänen der Kolonialabteilung der Handels- und Kolonialschule der Union waren bereits im Winterhalbjahr 1938/39 koloniale Lehrgänge angegeben, darunter Kolonialkunde mit Erwerb und Entwicklung der Kolonien bis zum Weltkrieg,

260 Schreiben von Heinrich Ebeling an den Präses der Handelskammer Karl Bollmeyer, 25.7.1938, StAB V.2. Nr. 338 [75].

261 Aktennotiz von Josef Renne, 14.4.1939, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

262 Schreiben von Josef Renne an Carl Völckers, Präsident der Behörde für Schifffahrt, Handel und Gewerbe, 9.5.1939, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

„Siedlungs- und Eingeborenenfragen“ sowie sogenannte „Rassekundliche Belehrungen“. Letztgenannter Lehrgang wurde von Friedrich Rendemann durchgeführt und mit einer Museumsführung zum Thema „Unsere afrikanischen Kolonien als Rohstofflieferant und Absatzmärkte.“ von Dr. Abel verbunden.²⁶³ Dies schien der Union noch nicht auszureichen. Die Verantwortlichen argumentierten, dass ihr erstes Vorhaben 1936 die Zustimmung aller staatlichen Instanzen gehabt hätte, aber durch die Deutsche Arbeitsfront verhindert worden wäre. Diese habe versprochen, selbst eine Schule zu gründen, löste dieses Versprechen aber nicht ein. Nach Meinung des Verwaltungsrates würde eine solche Übersee- und Kolonialhandelsschule alle Ansprüche erfüllen, die Bremen als Welthandelsplatz stellen müsste. Die Schule sollte bereits 1942 als Teil der Union eröffnet werden.²⁶⁴ In einer Denkschrift mit dem Titel „Hanseatische Kolonial- und Überseehandelsschule zu Bremen“ präsentierten sie ihr Konzept. Die Union plante die Einrichtung einer kaufmännischen Fachschule in Form einer Tagesschule mit 30 Stunden Unterricht wöchentlich. Dabei sollte der Ausdruck „hanseatisch“ eine kaufmännische Tradition vermitteln und „[...] die, wenn auch vielleicht mehr gefühlsbetonte, Vorstellung des wagenden, unternehmenden Weltkaufmanns und Seefahrers [...]“ wecken.

Laut Darstellung der Union hätte die Schule keine Konkurrenz zur bestehenden Kolonialschule in Witzhausen dargestellt und der Lehrplan sich zunächst nur mit dem afrikanischen Raum befasst. „Nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges wird Deutschland über ein seiner Größe und Bedeutung als europäische Zentralmacht entsprechendes Kolonialreich verfügen.“ Dafür sollten die Schüler*innen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Geografie, Betriebswirtschaft, Sprachen und Tropenhygiene geschult werden.²⁶⁵ Zur gleichen Zeit beauftragte Gauleiter Röver den Gau-Hauptstellenleiter Schnurbusch die Gründung einer Außenhandelsschule in Bremen vorzubereiten. „Der Handel mit Übersee und mit den Kolonien wird von Bremen aus [...] in großzügiger Weise entwickelt werden müssen.“²⁶⁶

Im März 1941 verfasste er eine Arbeit über den Aufbau einer „Außenhandelsschule in Bremen“.²⁶⁷ Eine der Denkschrift beigelegte Anlage enthielt den Satzungsentwurf für den Verein „Bremer Außenhandel“. Der Entwurf beinhaltete das Konzept für einen ersten Lehrplan, der für das vierte Unterrichtssemester zum Beispiel das Fach „Deutsche Kolonialpioniere, Lebensbilder, Bedeutung, Werke“ vorsah. Wobei letzteres kritisch gelesen, betrachtet und besprochen werden sollte. Renne führte unterdessen Gespräche mit Kurt Weigelt. Dabei verwies er auf die Notwendigkeit der Gründung einer Schule für Kolonial-Kaufleute, welche Weigelt bejahte und Renne an den zuständigen Sachbearbeiter im Reichswirtschaftsministerium weiterleitete. Mit dem Referenten Oberregierungsrat Uhlenmücke kam Renne überein, dass eine solche Schule notwendig sei und als Platz hierfür nur Bremen in Frage kommen könnte.²⁶⁸

263 Handels- und Kolonialsschule der Union zu Bremen, Aufgaben und Lehrplan der Kolonialabteilung, Winterhalbjahr 1938/39, StAB V.2. Nr. 338 [75].

264 Beschluss des Verwaltungsrates der Union, 7.2.1941, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

265 Denkschrift „Hanseatische Kolonial- und Überseehandelsschule zu Bremen“, ohne Datum, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

266 Denkschrift über den Aufbau einer „Außenhandelsschule Bremen“, 1. Ausfertigung von Heinrich Schnurbusch, 15.3.1941, S. 2, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

267 Die Denkschrift wurde mit einem Schreiben von Heinrich Schnurbusch am 21. März 1941 an Bürgermeister Böhmcker geschickt.

268 Schreiben von Josef Renne an die Industrie- und Handelskammer, 6.3.1941, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

Die von Renne vorgeschlagene Besprechung mit dem Bürgermeister fand im Mai 1941 statt. Neben Böhmcker nahmen daran unter anderem Schnurbusch, Bildungssenator von Hoff, Wirtschaftssenator Bernhard, Senator Flohr, Präses Bollmeyer, Josef Renne und der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Union Hassenkamp teil. Zur Diskussion standen der Vorschlag von Schnurbusch und eine veränderte Version des Vorschlages, den Ebeling der Stadt unterbreitet hatte. Schnurbusch schlug vor, die Union als Träger der Bremer Außenhandelsschule einzusetzen und eine viersemestrige Fachschule für Kaufleute aufzubauen. Dagegen stand der Vorschlag der Verantwortlichen der Stadt, die eine zwei Semester umfassende Schule für Kolonial- und Überseehandel bevorzugten. Träger für diese Lösung sollte Bremen sein. Schnurbusch fand mit seiner Idee keine Mehrheit. Es wurde entschieden, dass die Hansestadt eine „Kolonial- und Überseehandelsschule“ als zweisemestrige Schule für Kaufleute mit Tagesunterricht einrichtet und dass die Schule die Anerkennung als Reichsschule anstreben sollte.²⁶⁹ Der Alleingang der Bremer Politiker*innen widerstrebe der Partei. Sie begründeten ihr Missfallen damit, dass der Gauleiter den Auftrag dazu erteilt hatte, eine Denkschrift zur Einrichtung einer Außenhandelsschule zu verfassen. Eine Aussprache mit Schnurbusch beziehungsweise eine Stellungnahme der verantwortlichen Stellen in Bremen sei dazu aber nicht erfolgt. Die Gauleitung bestand auf ihrer Auffassung, dass Aufträge des Gauleiters an Mitarbeiter*innen der Gauleitung nicht einfach abgelehnt werden könnten.²⁷⁰

In Bremen wurde dieser Widerstand zunächst ignoriert. Böhmcker berichtete dem Kolonialpolitischen Amt von der Absicht, in Bremen eine Fachschule für Kolonial- und Überseehandel aufzubauen, wofür die Zustimmung des Reichserziehungsministeriums und des Schulungsamtes des Kolonialpolitischen Amtes bereits durch mündliche Vorverhandlungen eingeholt wurden. Heinrich Ebeling, der als Lehrgangleiter im Reichskolonialinstitut in Berlin tätig war, habe die Pläne ausgearbeitet. „Die Einrichtung einer Kolonialschule für Kaufleute wird einem dringenden Bedürfnis entsprechen. Schon während des Krieges muss die fachliche Ausbildung des jungen Kolonialkaufmannes eingeleitet werden.“²⁷¹ Das Kolonialpolitische Amt begrüßte die Einrichtung in Bremen und sagte beim Ausbau der Schule seine Unterstützung zu.²⁷² Für die Leitung der neuen Fachschule sah Böhmcker Ebeling vor. Um die verhärteten Fronten zu aufzulockern, fand eine erneute Aussprache über die Pläne statt. Diese ergab, dass die Pläne von Gauhauptstellenleiter Schnurbusch keineswegs unvereinbar mit den Bremer Vorstellungen gewesen wären. Darüber hinaus wurde eine Einigung darüber erzielt, die künftige Einrichtung „Fachschule für Kolonial- und Außenhandel“ zu benennen. Dennoch musste der Partei Einblick in die Pläne gewährt werden.²⁷³

Konnte dadurch der Konflikt mit der Gauleitung abgemildert werden, blieb die Auseinandersetzung mit der Deutschen Arbeitsfront über die Errichtung einer kolonialen Schulungsstätte bestehen und verschärfte sich im Laufe der Zeit weiter. Die DAF richtete ein Schreiben an Böhmcker in dem es hieß:

269 Besprechung im Dienstzimmer des Bürgermeisters Heinrich Böhmcker, 6.5.1941, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

270 Schreiben von Gaustabsamtsleiter Walkenhorst an Bürgermeister Heinrich Böhmcker, 10.6.1941, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

271 Schreiben von Bürgermeister Heinrich Böhmcker an das Kolonialpolitische Amt der NSDAP, 30.5.1941, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

272 Schreiben des Presseamtes des Kolonialpolitischen Amtes an die Landesschulbehörde Bremen, Abteilung Berufs- und Fachschulen Bremen, 18.6.1941, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

273 Besprechung auf dem Bookholzberg unter Leitung von Gaustabsamtsleiter Walkenhorst, 25.8.1941, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

„Aus den bisherigen Bemühungen des Staates Bremen [...] war ersichtlich, dass die Landesschulbehörde [...] trotz des Wissens um unsere Vorbereitungsarbeiten eine eigene Kolonialhandelsschule aufbauen wollte. Die Planung für diese Kolonialhandelsschule [...] erscheint in allen Punkten ungenügend und der kommenden Aufgabe nicht entsprechend.“

Würde Bremen seine Pläne weiterverfolgen, drohte die Deutsche Arbeitsfront damit, ihre höhere kaufmännische Fachschule für Kolonial- und Außenhandelswesen nicht in Bremen, sondern in Hamburg aufzubauen. Die DAF sah die Notwendigkeit, jeden Deutschen, der das Land in irgendeiner Form im Ausland vertrat, durch hohe Anforderungen die bestmögliche Ausbildung zu verschaffen. Die Verantwortlichen in Bremen wehrten sich gegen diese Darstellung, was der handschriftliche Vermerk „Sofort widerlegen“ auf dem Schreiben andeutete.²⁷⁴ Während einer Besprechung in Oldenburg eröffnete Gaustabsamtsleiter Walkenhorst, dass Bremen direkt bei der Parteikanzlei in München klären lassen wollte, ob die DAF überhaupt befugt sei, weitere Schulen als Träger aufzubauen.²⁷⁵

Doch die Aussprache blieb hinfällig, denn die Position änderte sich schlagartig. Die Verhandlungen zwischen Deutscher Arbeitsfront und dem Bremer Staat über die Errichtung einer Außenhandelsschule kamen zu einem überraschenden Abschluss. In einem Schreiben verkündete die Bremer Regierung, dass der Bremer Staat darauf verzichte, eine eigene Außenhandelsschule oder Kolonialschule zu errichten. Bremen überließ die Errichtung der Außenhandelsschule komplett der Deutschen Arbeitsfront.²⁷⁶ Was hatte den Meinungswandel verursacht? In einem handschriftlichen Brief vermerkte Wilhelm Dannasch, dass das Reichserziehungsministerium nicht den Standpunkt vertrat, dass eine Schule vom Staat betrieben werden müsste. Daher bestand die Gefahr, dass die DAF aus Bremen verdrängt würde und sich in Hamburg niederlassen könnte. Bremen stieg unter der Bedingung aus, dass die Deutsche Arbeitsfront sich dazu verpflichtete, in Bremen eine Schule aufzubauen, deren Kosten sie alleine trüge und deren Lehrkörper und Lehrpläne mindestens den Bremer Plänen entsprächen.²⁷⁷ In einem Aktenvermerk berichtete Dannasch über ein Treffen in Berlin mit Bremhorst, dem Leiter des Amtes für Berufserziehung der Deutschen Arbeitsfront. Dabei musste Bremen erneut den Vergleich mit Hamburg über sich ergehen lassen, der zu einer seltsamen Schlussfolgerung führte. Bremhorst erläuterte, „[...] dass auch Hamburg wegen Schaffung einer Kolonial- und Außenhandelsschule an ihn herangetreten sei. Er stünde auf dem Standpunkt, dass derartige Schulen nicht in Weltstädte gehörten.“ Die DAF habe sich für Bremen entschieden, da die Stadt wegen ihrer Größe und ihres Charakters einer Mittelstadt glich und daher besser geeignet sei.²⁷⁸

Die neue Schule der DAF sollte schon am 1. April 1942 ins Leben gerufen werden. Heinrich Ebeling erklärte sich bereit, die Leitung der neuen Kolonialschule zu übernehmen

274 Schreiben der „Deutschen Arbeitsfront“ an Bürgermeister Heinrich Böhmcker, 9.9.1941, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

275 Besprechung der Angelegenheit koloniale Außenhandelsschule mit Oberregierungsrat Müller in Oldenburg, 22.9.1941, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

276 H.-Stelle für Berufserziehung und Betriebsführung/ Außenhandelsschule Bremen, 1.10.1941, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

277 Handschriftlicher Brief von Wilhelm Dannasch, ohne Datum, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

278 Aktenvermerk von Wilhelm Dannasch über ein Treffen mit Bremhorst, Leiter des Amtes Berufserziehung der „DAF“ in Berlin, 14.11.1941, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

und bat im Dezember 1941, aus dem Dienst der Handelsschule der Union entlassen zu werden.²⁷⁹ Doch entgegen der ersten Ankündigung, eröffnete das Amt für Berufserziehung und Betriebsführung die neue „Fachschole für den Außenhandels- und Kolonialkaufmann“ sowie die „Fachschole für den Betriebskaufmann“ offiziell erst am 1. November 1942. Noch im Februar 1944 schrieben die Bremer Nachrichten und die Bremer Zeitung, dass die „Reichsfachschole für den Außenhandels- und Kolonialkaufmann“ und die „Reichsfachschole für den Betriebskaufmann“ als erste Kaufmannsfachschole im Reich staatliche anerkannt wurden.²⁸⁰ Noch während des Krieges hatte Bremen die lang geplante Kolonialshole erhalten, doch sie entsprach nicht den Wunschvorstellungen. Mit dem Abtreten der Planung an die Deutsche Arbeitsfront verlor die Regierung die Möglichkeit, die Lehrpläne den Anforderungen des Handels in der Hansestadt anzupassen.

3.5 Der Bremer Beitrag zum „Reichskolonialgesetz“

Der Aufbau des Kolonialhandels hatte für die Bremer Wirtschaft während der NS-Zeit einen besonderen Stellenwert. In einer Denkschrift hielten verschiedene hanseatische Firmen ihre Wünsche für einen neuen Handel mit Afrika fest. Verfasst wurde der Bericht von einem Mitglied des kolonialwirtschaftlichen Ausschusses der Reichsgruppe Handel, das gleichzeitig Teilhaber der Firma C.F. Corssen & Co. aus Bremen war. Welche anderen Firmen sich daran beteiligten, ist dem Dokument nicht zu entnehmen. In der Denkschrift wird von der Bereitschaft der hanseatischen Exportfirmen berichtet, ihre Geschäfte mit Afrika erheblich zu erweitern und Niederlassungen in den von ihnen bearbeiteten Gebieten zu vermehren. Dafür setzten sie jedoch eine großzügigere Regelung der Entschädigung für die durch den Krieg erlittenen Verluste und die Bereitstellung von Krediten voraus. Außerdem sollten nur Unternehmen herangezogen werden, die bereits über Erfahrungen im Afrikahandel verfügten. Nur so könnten sie durch vorhandenes Wissen über Verhältnisse von Land und Leute Fehlinvestitionen vermeiden. Neue Firmen müssten zunächst auf ihre Eignung hin überprüft werden. Es sollten neue Absatzgebiete erschlossen und bisherige erweitert werden. Selbstverständlich hätten Zolltarife für einen neuen Handel auf das notwendigste reduziert werden müssen. Die Abschrift blieb ohne Datum, entstand aber vermutlich um 1940.²⁸¹

Um solchen und ähnlichen Forderungen entgegenkommen zu können, arbeiteten die für die Kolonialplanungen verantwortlichen Behörden bereits an der Gestaltung eines Kolonialgesetzes. Die in den Forderungen der Firmen angesprochenen ökonomischen und administrativen Änderungen fanden Eingang in die Gesetzesvorschläge, die in Bremen für ein „Reichskolonialgesetz“ ausgearbeitet wurden. Dr. von Borke, juristischer Sachbearbeiter für Kolonialfragen im Stab des Stellvertreters Hitlers in Oldenburg, Alhorn und Bremen, reiste für diese Aufgabe in die Hansestadt.²⁸² Der Ort, an dem das Treffen im September 1940 stattfand, mutet konspirativ an: Die Privatwoh-

279 Schreiben von Heinrich Ebeling an Wilhelm Dannasch, 6.1.1942, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].

280 „Reichsfachschole für den Kaufmann in Bremen“, in: Bremer Nachrichten, 18.2.1944; „Neue Stätte bremschen Pioniergeistes“, in: Bremer Zeitung, 18.2.1944.

281 Abschrift „Ergebnis einer Aussprache mit den hanseatischen Afrika-Firmen über die Wünsche des Handels.“, ohne Datum, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

282 Kolonial-Verwaltung und -wirtschaft, Bericht über die Besprechung mit Parteigenosse Dr. von Borke, dem Beauftragten des Stabes des Stellvertreters des Führers in Oldenburg, Alhorn und Bremen, 17.9.1940, StAB 3-R.1.g. Nr. 92, S. 1-7.

nung des Gauwirtschaftsberaters Fromm. Borke hatte die Aufgabe, bei seinem Besuch die Auffassung Bremens über den Inhalt eines Grundgesetzes für die zukünftigen deutschen Kolonien herauszufinden. Das Hauptaugenmerk lag dabei auf der Frage, ob die den Siedlern zugeteilten Ländereien als Eigentum oder mit langfristigen Pachtverträgen überlassen werden sollten. Des Weiteren wurden Fragen zum Bodenrecht, der „Rassegesetzgebung“ sowie „Europäerkultur“ oder „Eingeborenenkultur“ diskutiert. Ein großer Themenkomplex behandelte die Frage zur Wirtschaftsform in den Kolonien. Die Teilnehmer an der Besprechung hielten unter anderem fest, dass die Kolonien nur als wirtschaftliches Ergänzungsgebiet in Betracht kämen. Unterschiedliche Auffassungen bestanden darüber, inwieweit Unternehmer Eigentum in den Kolonien besitzen dürften. Während eine Seite argumentierte, dass Kolonien nicht zum Siedlungsgebiet für Deutsche werden und Wirtschaftstreibende fest im deutschen Reich verankert sein sollten, vertrat zum Beispiel der Leiter der Auslandsorganisation Bohle den Standpunkt, dass Privateigentum auch in den Kolonien gewährleistet sein müsste.

„Pflanzern und Wirtschaftlern muss aber eigener Grundbesitz gegeben werden als Sicherung für die freie Unternehmertätigkeit. Die Arbeit in den Kolonien wird auch weiter Pionierarbeit bleiben, ihr muss also Anreiz durch gewissen Privilegien gegeben werden.“

Aus seiner Sicht hätte die nationalsozialistische Erziehung garantieren müssen, dass sich die private Wirtschaft in den Kolonien nicht unangemessen bereichert, sondern Gemeinwohl vor Eigennutz stellt.

Ein weiteres Treffen im Rathaus diente dazu, die Fragen in Anwesenheit des Bürgermeisters zu besprechen.²⁸³ Dieser teilte die Meinung des Gauleiters und war der Auffassung, dass die Kolonialwirtschaft weitestgehend der privaten Initiative vorbehalten bleiben müsste und die Bodenfrage zu Gunsten des Privateigentums zu entscheiden sei. Die Ergebnisse der zu Beginn erörterten Fragen nach „Rassegesetzgebung“, Bodenrecht, „Europäerkultur“ oder „Eingeborenenkultur“ und Einzel- oder Anteilsfirmen wurden am Ende der Besprechungen, die scheinbar alle an einem Tag stattfanden, festgehalten. Der nationalsozialistischen Politik entsprechend hielten es die verantwortlichen Politiker*innen für unabdingbar, dass die „Rassegesetzgebung“ streng sein müsse und Schwarze keine Deutschen werden dürften. Das Bodenrecht sollte zugunsten des Privateigentums entschieden werden. Anteilsunternehmen lehnten die Teilnehmer*innen ab, stattdessen sollten Einzelfirmen, beziehungsweise Privatgesellschaften bevorzugt werden, da sie größere Leistungen gewährleisten würden. Die vierte Frage entschieden sie zugunsten der „Europäerkultur“, wobei sie nicht ausschlossen, in einigen Gebieten, in denen es ihnen zweckmäßig erschien, die sogenannte „Eingeborenenkultur“ zu bevorzugen. Damit entsprach ihre allgemein gehaltene Zusammenfassung den rassistischen Vorstellungen der NS-Politik. Während der Besprechung über die wirtschaftliche Ausbeutung des afrikanischen Kontinents wurden erneut abstruse Vorschläge unterbreitet.

„Es wird bereits ein Plan ausgearbeitet, um geeignete Gebiete (Tschadsee austrocknen) zur Baumwollkultur heranzuziehen.“²⁸⁴

283 Ebd., S. 8-11.

284 Ebd., S. 6.

Die Aussage eines Mitarbeiters der Bremer Baumwoll AG zeigt, dass die Bremer Kolonialrevisionist*innen glaubten in der NS-Ideologie einen idealen Partner gefunden zu haben, mit dem sie ihre kolonialen Ziele umsetzen können.

3.6 „Bremens zukünftige Kolonialaufgaben“ – Denkschriften als Sprachrohr kolonialer Ansprüche

Die NS-Regierung Bremens vertrat den Anspruch Deutschlands „Kolonialstadt“ zu werden. Neben den Angeboten, die Bremen unter anderem dem Reichskolonialbund machte, war ihr Anspruch auch mit einer Reihe von Forderungen verknüpft. Wie rechtfertigten die Kolonialrevisionist*innen die Ansprüche gegenüber Behörden und Institutionen? Wie legten sie ihre Forderungen dar? Allen voran nutzten sie die koloniale Geschichte Bremens, um ihrer Rhetorik den nötigen Kontext zu verleihen. Die Akte „Bremens Ansprüche auf dem Gebiet der Kolonialpolitik“ enthält mehrere Denkschriften, die zahlreiche Referenzen auf die Bremer Kolonialgeschichte und das Hervorheben der Leistungen der sogenannten „Kolonialpioniere“ gemeinsam haben. Das schien selbstverständlich, war Bremen doch laut ihrer Meinung Deutschlands älteste Kolonialstadt und ihre Geschichte von den aller ersten Anfängen an Kolonisation gewesen.²⁸⁵ Als Rechtfertigung diente das Wirken und der Einfluss bekannter Bremer Kaufleute und Forscher*innen auf die Lebensumstände in den afrikanischen Kolonien während der deutschen Kolonialzeit. Eine Denkschrift über Bremens koloniale Leistungen und Aufgaben, die Heinrich Böhmcker in Auftrag gab, verweist auf die Arbeit Bremer Persönlichkeiten in den deutschen Kolonien.²⁸⁶ Inhalt und Struktur ähneln einem 15-seitigen Essay über „Bremen und die deutschen Kolonien“ von Herbert Abel.²⁸⁷ Der historische Exkurs von Abel stand ganz im Zeichen der kolonialrevisionistischen Propaganda. Er wertete den Wiederaufbau der Verbindungen in die Kolonien durch die Bremer Wirtschaft in den 1920er-Jahren als Zeichen dafür, wie wichtig und notwendig der Kolonialhandel für Bremen sei. In der Auftragsarbeit von Böhmcker wird der Wiederaufbau wie folgt beschrieben:

„So fest und notwendig waren jedoch diese Beziehungen geworden, dass der bremische Kaufmann im deutschen Interesse nicht darauf verzichten konnte. Nach Kriegsende erzwang er sich mit großer Zähigkeit unter schwersten Bedingungen die Wiederaufnahme seiner Tätigkeit in den afrikanischen Kolonialgebieten.“²⁸⁸

Neben der als Erfolg gewerteten Hartnäckigkeit der Kaufleute, verwies die Denkschrift auf die sozialen Aspekte der Arbeit der „Kolonialpioniere“ und erklärte diese als humanitäre Hilfe. Johann Viotor sei zum Beispiel den in der Kolonialarbeit auftretenden rein kapitalistischen Tendenzen entgegengetreten und habe jede Art von Plantagenwirtschaft bekämpft, die die einheimische Bevölkerung lediglich als Arbeitssklaven nutzte. Auch auf die Bedeutung der Hansestadt innerhalb der nationalen Kolonialpolitik wird besonderen Wert gelegt, da Bremen die Größe des „Deutschen Kolonialreichs“ erst ermöglicht hätten. Die Ausbreitung bis an den Tschadsee sei dem Afrika-Forscher

285 Entwurf einer Eingabe an den Reichskolonialbund, 20.6.1939, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

286 Schreiben des Bremischen Staatsamtes an den Präses der Handelskammer Bremen, Karl Bollmeyer, Entwurf der Denkschrift „Bremens koloniale Leistungen und Aufgaben“, 16.9.1940, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

287 Abel, Herbert: Bremen und die deutschen Kolonien, ohne Datum, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

288 Denkschrift „Die Freie Hansestadt Bremen und ihre Beziehungen zu den deutschen Kolonien“, Kapitel „Bremische Kolonialarbeit nach dem Weltkriege“, S. 4, 3.10.1940, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

Gerhard Rohlf, die Ausbreitung des deutschen Südseebesitzes dem Forschungsreisenden Otto Finsch zu verdanken. Dadurch hätten Bremer den Grundstein für die „[...] wirtschaftliche Ausbeutung der Kolonien“ gelegt. Die Aussage der Denkschrift war eindeutig: Ohne Bremen hätte Deutschland keine Kolonien besessen und ohne Bremer Einfluss wäre die afrikanische Bevölkerung verloren. Um den Ansprüchen Nachdruck zu verleihen, ist ein Kapitel den Schäden gewidmet, die Bremen durch den Verlust der Kolonien erlitten haben will. Die Stadt sei um die „Früchte des Erfolges“ gebracht worden, denn die investierte Arbeit und das Kapital bremischer Firmen hätten ersten Erfolg gezeigt. Deren Bedeutung für die gesamte deutsche Wirtschaft und für den bremischen Überseehandel sei nicht in Zahlen zu fassen. Diese Aussage war auch eine gute Ausrede dafür, keine konkreten Daten zum ökonomischen Erfolg des Bremer Kolonialhandels mit Afrika und anderen Überseekolonien angeben zu müssen. Zahlen, die die Ausführungen hätten belegen können, fehlen in allen Denkschriften. Der vermeintliche Schaden lässt sich nicht beziffern. Das war auch gar nicht nötig, da der gefühlte Erfolg für die Propaganda viel wichtiger war. Die Forderungen, die Bremen im Zuge einer neu ausgerichteten Kolonialpolitik stellte, werden am Ende in Form einer Liste aufgeführt. Daraus wird ersichtlich, dass sie die administrative Organisation der zukünftigen nationalen Kolonialpolitik in der Hansestadt ansiedeln wollten. Dazu gehörten unter anderem eine eigene Afrika-Reederei, eine Kolonial-Bank, ein Amt für Postverkehr sowie ein Land- und Forstwirtschaftliches Institut.

Vor Veröffentlichung der Denkschrift, wurden zunächst Inhalt und Form redigiert. Unter anderem hatte Carl Bollmeyer Berichtigungen und Ergänzungen empfohlen.²⁸⁹ Seine Aufmerksamkeit galt den wirtschaftlichen Aspekten. Er schlug vor hervorzuheben, dass Bremer Firmen bereits vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges eigene Handelsniederlassungen in afrikanischen Ländern unterhielten. Bollmeyer nannte als Beispiele die Firma Robert Kraemer, die versuchte in Verbindung mit französischen Unternehmen Handelsniederlassungen in Kamerun zu errichten und ein Konsortium Bremer Holzeinfuhrhäuser, das die „Ausbeutung“ westafrikanischer Holzvorkommen betreiben wollte. Größten Wert legte er auf die Forderung nach einer eigenen Bremer Afrika-Reederei, dagegen sah er für eine Kolonialbank in Bremen keinen Sinn. Dennoch betrachtete er das Schreiben als gute Möglichkeit, die Bremer Interessen aufzuzeigen.

„Wenn Bremen bei allen Stellen als kolonialer Vorort anerkannt wird und diese grundlegende Forderung Bremens sich durchsetzt, dann ist damit zugleich die Grundlage geschaffen für eine Weiterentwicklung der bremischen Kolonialinteressen [...]“²⁹⁰

Unter dem neuen Titel „Die Freie Hansestadt Bremen und ihre Beziehungen zu den deutschen Kolonien“ wurde die Denkschrift im Oktober 1940 an Ernst Wilhelm Bohle, Gauleiter der Auslandsorganisation der NSDAP²⁹¹ und Staatsrat Hodenberg gesendet. Im Vergleich zum ersten Entwurf beschränkte sich die größte Änderung auf ein zusätzliches Kapitel, das die Überschrift „Bremens zukünftige Kolonialaufgaben“ trug. Das

289 Schreiben von Karl Bollmeyer, Präses der Handelskammer Bremen, an das Bremische Staatsamt, 16.9.1940, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

290 Vgl. ebd.

291 Bohle, Ernst Wilhelm (* 28.7.1903; † 9.11.1960): vgl. dazu: Hausmann, Frank-Rutger: Ernst-Wilhelm Bohle. Gauleiter im Dienst von Partei und Staat (Zeitgeschichtliche Forschungen; Bd. 38), Berlin 2009, S. 5-13.

Kapitel öffnete mit dem Satz: „Die Erwartungen Bremens über die Beteiligung an der künftigen deutschen Kolonialtätigkeit gründen sich auf [...] Pionierarbeit.“²⁹²

Die Bremer NS-Regierung hatte eine klare Vorstellung davon, wie sie sich innerhalb der nationalen Kolonialpolitik positionieren wollten. Im Konkurrenzkampf nutzten sie die Beiträge, die Bremer*innen für die deutsche Kolonisation leisteten, als ihr stärkstes Argument. Die Kolonialrevisionist*innen gewannen ihr Selbstbewusstsein durch die koloniale Vergangenheit der Stadt und fühlten sich dazu befähigt, koloniale Aufgaben am Besten bestreiten zu können. Die Planungsbereitschaft wird in der zweiten Fassung der Denkschrift durch bereits realisierte Projekte erkennbar. Laut dieser habe Bremen ein tropenmedizinisches Institut gegründet und eine Pflanzenschutzstelle sowie eine Untersuchungsstelle für ein- und ausgeführte Pflanzenprodukte geschaffen, die die Schädlichkeit von Tropenpflanzen und pflanzlichen Tropenerzeugnissen untersuchen und bekämpfen sollten. Jedoch sind in den Akten weder Unterlagen noch Hinweise zu diesen Institutionen zu finden. Es ist daher fraglich, ob diese Einrichtungen überhaupt ihre Arbeit aufgenommen haben.

Schlussendlich wurde die Denkschrift in der Beilage „Unser kolonialer Wille“ der Bremer Zeitung am 27. November 1940 unter dem Namen von Heinrich Böhmcker veröffentlicht, werbewirksam platziert neben einem großen Foto des „Reichskolonialehnmals“.²⁹³

4. Zusammenfassung

Der Aktentitel „Bremens Ansprüche auf dem Gebiet der Kolonialpolitik“ ist eine trefende Beschreibung der kolonialpolitischen Bestrebungen Bremens während der NS-Zeit. Zu jener Zeit übte in der Hansestadt eine kleine Personengruppe großen Einfluss auf die Stadtregierung aus, um ihre kolonialpolitischen Ziele erreichen zu können. Die Förder*innen des kolonialen Gedankens waren Teil der bürgerlichen Schicht. Sie waren Parteimitglieder der NSDAP, arbeiteten in der Wissenschaft, gehörten der Bremer Kaufmannschaft an und hatten sich bereits zur Zeit der Weimarer Republik in kolonialen Verbänden organisiert. Dazu gehörten zum Beispiel die „Bremer Vereinigung für Deutsche Kolonialinteressen“, der „Reichsbund der Kolonialdeutschen“ und der „Deutsche Kolonialverein“. Trotz der Propaganda für deutschen Kolonialbesitz, insbesondere in der zweiten Hälfte der Dreißigerjahre, sprach Kolonialpolitik in Bremen nie breite Schichten der Bevölkerung an. Weil sie untereinander gut organisiert waren, gelang es den Kolonialrevisionist*innen aber, sich mit Politiker*innen, der Regierung und anderen Verbänden zu vernetzen. Zu diesem Netzwerk gehörten Wirtschaftssenator Otto Bernhard, Bremens Regierender Bürgermeister Heinrich Böhmcker, der Präses der Handelskammer Karl Bollmeyer, Handelsstudienrat Heinrich Ebeling, Dr. Alfred Müller-Armack, der Gauverbandsleiter Weser-Ems des Reichskolonialbund, Friedrich Rendemann, der Kolonialreferent Josef Renne und der Bremer Kaufmann Ludwig Roselius. Erste kolonialrevisionistische Projekte, die umgesetzt wurden, waren die Einweihung des „Reichskolonialehrendenkmal“ (1932) und die Umbenennung des „Städtischen Museums für Natur-, Völker- und Handelskunde“ in „Deutsches Kolonial- und Über-

292 Denkschrift „Die Freie Hansestadt Bremen und ihre Beziehungen zu den deutschen Kolonien“, Kapitel „Bremsche Kolonialarbeit nach dem Weltkriege“, S. 4, 3.10.1940, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.

293 Böhmcker, „Die Freie Hansestadt Bremen und ihre Beziehungen zu den deutschen Kolonien“, S. 1.

seemuseum" (1935). Aber auch teils abwegige Vorschläge wurden von der nationalsozialistischen Regierung in Bremen ernst genommen und verfolgt. Die Akten enthalten keine Dokumente, in denen Politiker*innen Zweifel an der Ausrichtung der Bremer Kolonialpolitik äußern. Ein Grund dafür war die Ideologie der NSDAP, die große Parallelen mit der der Kolonialrevisionist*innen aufwies. Ihre Forderungen deckten sich in Teilen mit der sogenannten „Raumfrage“ und beruhten auf dem gleichen völkisch-nationalen Denken. Letztere war bereits Teil der kolonialrevisionistischen Agitation in den 1920er-Jahren. Die Kolonialverbände sahen im Nationalsozialismus eine Möglichkeit gekommen, ihre Agenda voranzutreiben.

Die vollständige Integration in die NS-Politik machte die Zusammenarbeit mit verschiedenen NS-Organisationen in kolonialpolitischen Fragen notwendig. In Bremen wurden koloniale Projekte gemeinsam mit dem Reichskolonialbund (RKB), der Deutschen Arbeitsfront (DAF), ihrer Unterorganisation „Kraft durch Freude“ (K.d.F) sowie mit dem Kolonialpolitischen Amt der NSDAP realisiert. Sie deckten wirtschaftliche und wissenschaftliche Themen ab und sollten im Sinne der sogenannten „Volksgemeinschaft“ umgesetzt werden. Eine enge Kollaboration mit dem Reichskolonialbund wurde nach dessen Reichskolonialtagung 1938 in Bremen forciert. Um „Stadt der Kolonien“ werden zu können, sollte die Tagung jährlich in der Hansestadt stattfinden. Die Bremer Kolonialrevisionist*innen planten den Bau einer Veranstaltungshalle, die Einrichtung einer Kolonialschule für den RKB und zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten für die Tagungsteilnehmer*innen. Dafür wurde der Kontakt zur Organisation „Kraft durch Freude“ gesucht. Diese sollte in Bremen einen Hafen einrichten, um „K.d.F.-Reisende“ mit Schiffen zu kolonialen Großveranstaltungen bringen zu können. Um die Geltung eines nationalen Kolonialstandortes erlangen zu können, richtete Bremen eine „Dienststelle für koloniale Fragen“ und die „Staatliche Forschungsstelle für koloniale Wirtschaft“ ein. Die 1937 eingerichtete Dienststelle sollte mit Bremer Unternehmern zusammenarbeiten, um herauszufinden, wie eine erneute Kolonisation gestaltet werden müsste. Geplant war, mit den Arbeitsergebnissen Firmen beraten zu können und diese auch der Reichsregierung zur Verfügung zu stellen. Die Gründung einer Forschungsstelle schlug Alfred Müller-Armack, Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Münster, 1940 vor. Zu ihren Hauptaufgaben gehörten das Erstellen von Gutachten, die Weitergabe von Informationen an Behörden zum Zweck der staatlichen Raumordnung und Raumplanung sowie das Betreiben von Marktforschung für die an den Kolonien interessierte Wirtschaft. Die Gründung der „Staatlichen Forschungsstelle für koloniale Wirtschaft“ ist ein Beispiel dafür, wie in Bremen sehr weitläufig Kolonialpolitik geplant wurde, sie aber letztendlich den Anweisungen übergeordneter Behörden unterlag. Der ursprüngliche Plan von Müller-Armack sah ein „Kolonialinstitut“ vor, aber das KPA beanspruchte die Gründung eines „Institutes“ für sich und bat daher, die Pläne zurückzustellen. Anstatt das Projekt aufzugeben, konzentrierte sich Bremen auf den Aufbau einer „Forschungsstelle“. Größeres Konfliktpotenzial barg die Etablierung einer kolonialen Ausbildung in der Hansestadt. Die Kolonialschulen waren ein zentrales Element in der NS-Kolonialpolitik und der kolonialrevisionistischen Propaganda. Während der NS-Zeit wurden mehrere Anläufe unternommen in Bremen eine Kolonialschule zu etablieren, unter anderem von der Union zu Bremen, der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und der Bremer Regierung. Diese wollte ihren eigenen Plan umsetzen, stieß dabei aber auf Widerstand in der Partei, weil sie Vorschläge übergeordneter Behörden ignorierte. Eine weitere Auseinandersetzung entstand mit der DAF, da unterschiedliche Meinungen bestanden, ob Schulungsarbeiten Aufgabe des Staates

oder der Partei waren. Erst als die DAF drohte, ihre Schule aus Bremen abzuziehen und nach Hamburg zu verlagern, lenkte die Bremer Regierung ein und überließ der DAF die Gründung einer Kolonialschule.

Das Szenarium zeigt, dass auf regionaler Ebene zwar großzügig geplant wurde, bei konkreter Umsetzung größerer Projekte aber die Weisung der nationalen Ebene entschied. Darauf deuten auch zahlreichen Besuche in Berlin, die in den Akten vermerkt sind. Bremen suchte den Kontakt zur Leitung des Reichskolonialbunds, nahm Verbindung mit der Auslandsorganisation auf, sprach sich mit dem Wirtschaftsreferenten des Kolonialpolitischen Amt Kurt Weigelt und mit der Deutschen Arbeitsfront (DAF) ab. Das Netzwerk der Bremer Kolonialrevisionist*innen baute die notwendige Verbindung in die Hauptstadt auf. Diese funktionierte auch umgekehrt, erkennbar am Beispiel des „Reichskolonialgesetzes“. Das Gesetz brauchte mehrere Anläufe und an einer Version waren Politiker*innen aus Bremen beteiligt. Dabei diskutierten sie die ökonomischen und administrativen Aspekte der Kolonisation. Die Teilnehmer*innen sprachen unter anderem darüber, welche Wirtschaftsform in den Kolonien Anwendung finden sollte und ob Privateigentum langfristigen Pachtverträgen vorzuziehen sei. In Bremen wurde darauf geachtet, Eigentum in den Kolonien wirtschaftsfreundlich zu gestalten. Daher sprach sich Bremen für das Privateigentum aus, weil diese Entscheidung auch den Kaufleuten der Hansestadt zugutekam. Deren Wirken auf dem afrikanischen Kontinent spielte bei der Argumentation eine wesentliche Rolle. Während in der nationalen Kolonialpolitik die Mangelwirtschaft und die Versorgungslage in Europa im Vordergrund standen, bezogen sich die Bremer Kolonialrevisionist*innen in ihren Plänen auf die Bremer Kolonialgeschichte. Sie stärkten den Topos von der erfolgreichen Bremer Kolonialzeit und trieben die Legendenbildung um die sogenannten Bremer „Kolonialpioniere“ voran. Deren Leistungen wurden verklärt und standen in den Denkschriften im Vordergrund.

Die Überzeugung, mit der sie ihre Forderungen stellten und die Selbstverständlichkeit über andere Völker herrschen zu können, waren geprägt durch die nationalsozialistische Ideologie. Die Nationalsozialist*innen idealisierten die sogenannte „weiße Rasse“, propagierten die Notwendigkeit von „Lebensraum“, beschworen die „Volksgemeinschaft“ und trafen damit den Geist der Kolonialrevisionist*innen. Neben der glorifizierten Bremer Kolonialgeschichte und der nationalsozialistischen Ideologie könnte auch Selbstschutz ein Motiv der Planer*innen gewesen sein. Zumindest zeigt sich am Beispiel von Josef Renne, dass die Arbeit für die Kolonialplanung eine Möglichkeit war, den Kriegsdienst zu umgehen.

Was verraten die Pläne über die Bedeutung der Kolonien für die Hansestadt Bremen? Der Versailler Vertrag löste ein Trauma aus, dass 16 Jahre später noch nicht überwunden war. Und es hatte dazu geführt, dass bereits in den 1920er Jahren konservative Bremer Zeitungen die aus Bremen stammenden Lüderitz, Vogelsang, Vietor und Rohlfes wie Helden zelebrierten und ihnen bereitwillig Sonderausgaben widmeten. Diese Propaganda bestärkte die Kolonialrevisionist*innen in ihrem Denken und beeinflusste ihr späteres Handeln. Während sich die nationale Kolonialpolitik an ökonomischen Fragen orientierte, blickte Bremen zurück auf eine idealisierte Kolonialzeit und ignorierte den geringen wirtschaftlichen Nutzen. Stattdessen bezogen sie sich in beinahe jeder Denkschrift auf die sogenannten „Kolonialpioniere“ Bremens, um den Standort attraktiver erscheinen zu lassen und ihn von anderen abzugrenzen. Hamburg gehörte unter anderem zu den Konkurrenten, auch wenn in einigen Bereichen die Zusammenarbeit

gesucht wurde. Die daraus resultierende Frage wie aus Sicht Hamburgs die Konkurrenz in der Kolonialpolitik zu Bremen gesehen wurde, eröffnet ein spannendes Thema, das aber in einer gesonderten Arbeit behandelt werden müsste.

Als das KPA 1943 auf Weisung Hitlers seine Arbeit einstellte, veröffentlichte die „Staatliche Forschungsstelle für koloniale Wirtschaft in Bremen“ noch immer Forschungsarbeiten. Ein Jahr später erlangte die „Reichsfachschule für den Außenhandels- und Kolonialkaufmann“ in Bremen die staatliche Anerkennung. Diese zwei Institutionen, die bis zuletzt am kolonialen Gedanken festhielten, blieben eine Ausnahme. Das Gros der Pläne wurde nicht mehr realisiert. Übrig blieben Dokumente, die Einblicke in das koloniale Erbe der Hansestadt Bremen und den Auswirkungen nationalsozialistischer Weltanschauung gewähren.

5. Quellenverzeichnis

5.1 Unveröffentlichte Quellen aus dem Staatsarchiv Bremen

- Ansprüche Bremens auf dem Gebiet der Kolonialpolitik, StAB 3-R.1.g. Nr. 92.
Deutscher Kolonialverein, Gesellschaft für nationale Siedlungs- und Auslandspolitik e.V., Berlin, StAB 3-V.2. Nr. 1591.
Dienststelle für koloniale Fragen in Bremen, StAB 3-R.1.g. Nr. 88.
Entnazifizierung Karl Bollmeyer, StAB 4,66-I.-1136.
Entnazifizierung Heinrich Böhmcker, StAB 4,66-I-1005.
Entnazifizierung Heinrich Ebeling, StAB 4,66-I.-2461.
Entnazifizierung Josef Renne, StAB 4,66-I-8884.
Grundstück Marcusallee 9, StAB 7,1066-323.
Planung zur Errichtung einer Stadthalle, StAB 7,1066-132.
Koloniale Schulungsstätte, StAB 3-R.1.g. Nr. 108.
Monatsberichte über den Geschäftsbereich 1942-1944, StAB 4,35 Nr. 43.
Nachrichtenstelle der Polizeidirektion, StAB 4,65-1122.
Schulung im Kolonial- und Überseemuseum, StAB 3-R.1.g. Nr. 108.
Staatliche Forschungsstelle für koloniale Wirtschaft in Bremen, StAB A.1.d. Nr. 8.
Staatliche Forschungsstelle für Handel und Überseewirtschaft, StAB 4,92/1 [78].
Verhandlungen über Errichtung einer kolonialen Außenhandelsschule in Bremen, StAB 3-S.4.a. Nr. 254 [28].
Verhandlungen über den Ausbau der Handelsschule der Union zu einer Wirtschafts- und Kolonialschule, StAB V.2. Nr. 338 [75].

5.2 Zeitungen

- Bremer Nachrichten, 24.4.1924; 16.6.1933; 18.6.1933; 5.7.1936; 5.2.1938; 17.5.1938; 25.5.1938; 26.5.1938; 28.5.1938; 18.2.1944.
Bremer Zeitung, 25.5.1936; 28.5.1938; 18.2.1944.
Dresdner Anzeiger, 21.6.1939.
Weser Zeitung, 24.4.1924; 20.6.1924.

5.3 Weitere Quellen

- Asmis, Rudolf: Grundlage und Ziele der künftigen deutschen Kolonialverwaltung, in: Deutscher Kolonial-Dienst 5 (1940), Heft 9.

- Böhmcker, Heinrich: „Die Freie Hansestadt Bremen und ihre Beziehungen zu den deutschen Kolonien“, in: Unser kolonialer Wille. Beilage der Bremer Zeitung unter Mitarbeit des Gauverbandes Weser-Ems im Reichskolonialbund, Folge 1, 27.11.1940.
- Schnee, Heinrich: Afrika für Europa. Die koloniale Schuldfrage (Koloniale Volksschriften, Bd. 2), Berlin 1924.
- Versailler Vertrag, Deutsches Reichsgesetzblatt Teil I, 12. August 1919, Nr. 140, „Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten“.

6. Literaturverzeichnis

- Amm, Bettina: Die Ludendorff-Bewegung. Zwischen nationalsozialistischem Kampfbund und völkischer Weltanschauungssekte, Hamburg 2006.
- Bakoubayi Billy, Jonas: Musterkolonie des Rassenstaats. Togo in der kolonialpolitischen Propaganda und Planung Deutschlands 1919-1943, Dettelbach 2011.
- Berth, Christian, Rez.: Hoffmann, Wiebke: Auswandern und Zurückkehren. Kaufmannsfamilien zwischen Bremen und Übersee. Eine Mikrostudie 1860 - 1930 (Internationale Hochschulschriften, Bd. 523), Münster 2009, in: Connections. A Journal for Historians and Area Specialists, 28.1.2011, online in: www.connections.clio-online.net/publicationreview/id/rezbuecher-14645, 28.1.2011, gesehen am: 23.8.2018.
- Conrad, Sebastian: Deutsche Kolonialgeschichte, 2. durchgesehene Auflage, München 2012.
- Dahm, Volker: Die „deutsche Volksgemeinschaft“ und ihre Organisation, in: Dahm, Volker; Feiber, Albert A.; Mehringer, Hartmut; Möller, Horst (Hrg.): Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente zum Dritten Reich, 6. durchges. Aufl., München 2011, S. 213-246.
- Deschamps, Hubert: Henri Labouret. Nachruf, in: Journal de la Société des Africanistes, Band 29 (1959), Heft 2, S. 291-292.
- Erbar, Ralph: s.v. Schnee, Albert Hermann Heinrich, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften / Historische Kommission (Hg.): Neue Deutsche Biografie (NDB), Bd. 23, Berlin 2007, S. 280 f.
- Gründer, Horst: „...da und dort ein junges Deutschland gründen.“ Rassismus, Kolonien und kolonialer Gedanke vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, München 1999.
- Gustafsson, Heinz: Namibia, Bremen und Deutschland. Ein steiniger Weg zur Freundschaft, Delmenhorst (u.a.) 2003.
- Hausmann, Frank-Rutger: Ernst-Wilhelm Bohle. Gauleiter im Dienst von Partei und Staat (Zeitgeschichtliche Forschungen ; Bd. 38), Berlin 2009.

- Heyn, Susanne: Deutsche Missionen. Der Kolonialrevisionismus und seine KritikerInnen in der Weimarer Republik, in: Informationszentrum 3. Welt (iz3w), 2006, Heft 296, Deutsche Mission, S. 42-45.
- Herman, Jost: Der alte Traum vom neuen Reich. Völkische Utopien und Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1988.
- Hildebrandt, Klaus: Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und die koloniale Frage 1919 - 1945, München 1969.
- Hoffmann, Wiebke: Ein alter Afrikaner. Der Kaufmann Johann Karl Vietor zwischen Bremen und Afrika (Volkskunde & Historische Anthropologie, Bd. 14), Bremen 2012.
- Hoffmann, Wiebke: Auswandern und Zurückkehren. Kaufmannsfamilien zwischen Bremen und Übersee. Eine Mikrostudie 1860 - 1930 (Internationale Hochschulschriften, Bd. 523), Münster 2009.
- Koop, Volker: Hitlers fünfte Kolonne. Die Auslands-Organisation der NSDAP, Berlin 2009.
- Kum'a N'dumbe, Alexandre; Lakowski, Richard: Was wollte Hitler in Afrika? NS-Planungen für eine faschistische Neugestaltung Afrikas (Kritische und selbstkritische Forschungsberichte zur dritten Welt, 7), Frankfurt 1993.
- van Laak, Dirk: Deutschland in Afrika. Der Kolonialismus und seine Nachwirkungen, online in: <http://www.bpb.de/internationales/afrika/afrika/58870/deutschland-in-afrika?p=all>, 21.5.2005, gesehen am: 23.8.2018.
- Lewerenz, Susann: Die Deutsche Afrika-Schau (1935 - 1940). Rassismus, Kolonialrevisionismus und postkoloniale Auseinandersetzungen im nationalsozialistischen Deutschland, Frankfurt a. M. (u.a.) 2006.
- Linne, Karsten: Deutschland jenseits des Äquators? Die NS-Kolonialplanungen für Afrika, in: Schlaglichter der Kolonialgeschichte, Band 9, Berlin 2008.
- Linne, Karsten: „Arbeit für unsere koloniale Zukunft“. Die nationalsozialistischen Kolonialwissenschaften, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften (ÖZG) 17 (2006), Heft 1, Innsbruck 2006, S. 91-113.
- Linne, Karsten: Afrika als „wirtschaftlicher Ergänzungsraum“. Kurt Weigelt und die kolonialwirtschaftlichen Planungen im „Dritten Reich“ (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Bd. 47, Heft 2), Berlin 2006, S. 141-162.
- Linne, Karsten: „Weiße Arbeitsführer“ im „Kolonialen Ergänzungsraum“. Afrika als Ziel sozial- und wirtschaftspolitischer Planungen in der NS-Zeit, Münster 2002.
- Lührs, Wilhelm: Bremische Biographie 1912-1962, Bremen 1969.
- Michalka, Wolfgang: „Volksgemeinschaft“ und Großmachtspolitik 1933-1939 (Das Dritte Reich. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, Band 1), München 1985.
- Mosen, Markus: Der koloniale Traum. Angewandte Ethnologie im Nationalsozialismus, Bonn 1991.
- Müller, Hartmut: Lüderitz und der koloniale Mythos. Kolonialbewegungen in Bremen, in: Hinz, Manfred O. (Hrsg.): Namibia. Die Aktualität des kolonialen Verhältnisses

- (Diskurs. Bremer Beiträge zu Wissenschaft und Gesellschaft, Bd. 6.), Bremen 1982, S. 125-149.
- Osterhammel, Jürgen: Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen, 4. Auflage, München 2003.
- Peters, Fritz: Zwölf Jahre Bremen, 1933-1945. Eine Chronik, Bremen 1951.
- Repussard, Catherine: „Back to the Wild“. Ambivalence of Colonial Education during the Weimar Period in „Deutsche Jugend und Deutsche Kolonien“, in: Krobb, Florian; Martin, Elaine (Hrsg.): Weimar Colonialism. Discourses and Legacies of Post-Imperialism in Germany after 1918 (Postkoloniale Studien in der Germanistik, Band 6), Bielefeld 2014, S.89-105.
- Rheinisches JournalistInnenbüro: „Auch hier liegt deutsches Land!“ Ein deutsches Reich in Afrika, in: Recherche International e. V. (Hrsg.): „Unsere Opfer zählen nicht.“ Die dritte Welt im Zweiten Weltkrieg, 4., unveränderte Aufl., Berlin (u.a.) 2012, S. 35-40.
- Schleier, Bettina: Carl Adolf Lüderitz, Ludwig Roselius und Bremen als Stadt der Kolonien, in: Bremisches Jahrbuch 84, Bremen 2005, S. 233-240.
- Schmokel, Wolfe W.: Der Traum vom Reich. Der deutsche Kolonialismus zwischen 1919 und 1945, aus dem englischen von Elisabeth Wilke, London 1964.
- Schneider, Claudia: Die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“. Erholung für die Arbeiter - Produktionssteigerung für den Staat, online in: <http://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/die-ns-gemeinschaft-kraft-durch-freude/>, 2.11.2004, aktualisiert 15.6.2017, gesehen am: 23.8.2018.
- Schöfert, Arne: Der Reichskolonialbund und seine kolonialrevisionistische Propagandatätigkeit zwischen 1933 - 1943, 1. Aufl., Greiz, König, 2012.
- Schwarzwälder, Herbert: Das große Bremen-Lexikon, 2. aktualisierte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Band 1 A-K, Bremen 2003.
- Schwarzwälder, Herbert: Das große Bremen-Lexikon, 2. aktualisierte, überarbeitete und erweiterte Auflage, Band 2 L-Z, Bremen 2003.
- Schwarzwälder, Herbert: Das große Bremen-Lexikon, Bremen 2002.
- Stoecker, Holger: Afrika als „kolonialer“ Ergänzungsraum im „Dritten Reich“. Ressourcen, Visionen und Limitationen der NS-Kolonialwissenschaften, in: Flachowsky, Sören; Hachtmann, Rüdiger; Schmaltz, Florian (Hrsg.): Ressourcenmobilisierung. Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem, Göttingen 2016, S. 153-177.
- Verfassungsschutz Brandenburg: Verfassungsschutzbericht 2016, Brandenburg 2016, online in: https://verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/VSB%202016_web.pdf, gesehen am: 23.8.2018.
- Volkman, Hans-Erich; Chiari, Bernhard (Hrsg.): Ökonomie und Expansion. Grundzüge der NS-Wirtschaftspolitik (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 58), München 2009.
- Völckers, Carl, Indexeintrag: Deutsche Biographie, online in: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd133793273.html>, gesehen am: 23.8.2018.

- Wegmann, Heiko: Kokospalme mit Haken Kreuz. Die Kolonialbewegung in Freiburg während des Nationalsozialismus, in: Informationszentrum 3. Welt (iz3w), Juli/August 2009, Heft 313, S. 12-14.
- Wegmann, Heiko: Der Buchautor Karsten Linne im Interview. Die NS-Kolonialplanungen für Afrika, 6.8.2008, online in: <http://www.freiburg-postkolonial.de/Seiten/2008-Karsten-Linne-Kolonial-NS.htm>, 6.12.2008, gesehen am: 23.8.2018.
- Weiß, Hermann (Hrsg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. 2002.
- Wildt, Michael: Die Ungleichheit des Volkes. „Volksgemeinschaft“ in der politischen Kommunikation der Weimarer Republik, in: Bajohr, Frank; Wildt, Michael (Hrsg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2009, S. 24-40.
- Zimmerer, Jürgen: Expansion und Herrschaft. Geschichte des europäischen und deutschen Kolonialismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ) 44-45 (2012), S. 10-16.
- Zündorf, Irmgard: Biografie Alfred Müller-Armack, in: LeMO-Biografien, Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, online in: <http://www.hdg.de/lemo/biografie/alfred-mueller-armack.html>, gesehen am: 23.8.2018.